

politix

Ausgabe 31 | 2012



Arbeit

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

Arbeit



Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Therese Fuchs

Redaktionsteam: Therese Fuchs, Kathrin Glösel, Dominik Hultsch, Jakob Kalina, Stefan Marx, Marko Novosel, Richard Sattler, Meropi Tzanetakis

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Benjamin Gaier (benjamin.gaier@gmail.com)

Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Bilder:

Cover: Jan Vrsinsky - office hell; S. 2: Beebe, Spencer - Line Up of Some of Women Welders 1943; S. 4: Fritz Lang - Metropolis; S. 7: Phillie Casablanca - office; S. 10: opensource.com; S. 42: Benjamin Gaier ; S. 64: shutterstock

Editorial

Der Begriff der Arbeit besteht aus so vielen inhaltlichen Teilen, dass man ihn als in höchstem Maße heterogen bezeichnen kann. Für Marx war die Arbeit integrativer Faktor der Naturaneignung durch die Menschengattung und selbstverständlich bestand sie auch aus „Weiber- und Kinderarbeit“. Bei Hannah Arendt noch mit sanftem Heideggerschen Einschlag um Herstellen und Handeln erweitert, verschwindet bei Jürgen Habermas die Arbeit in der Dichotomie von System und Lebenswelt und bleibt theoretisch bis heute diffus. Die Wahrnehmung von Arbeit in unserer Gesellschaft folgt einer subjektivistischen Logik.

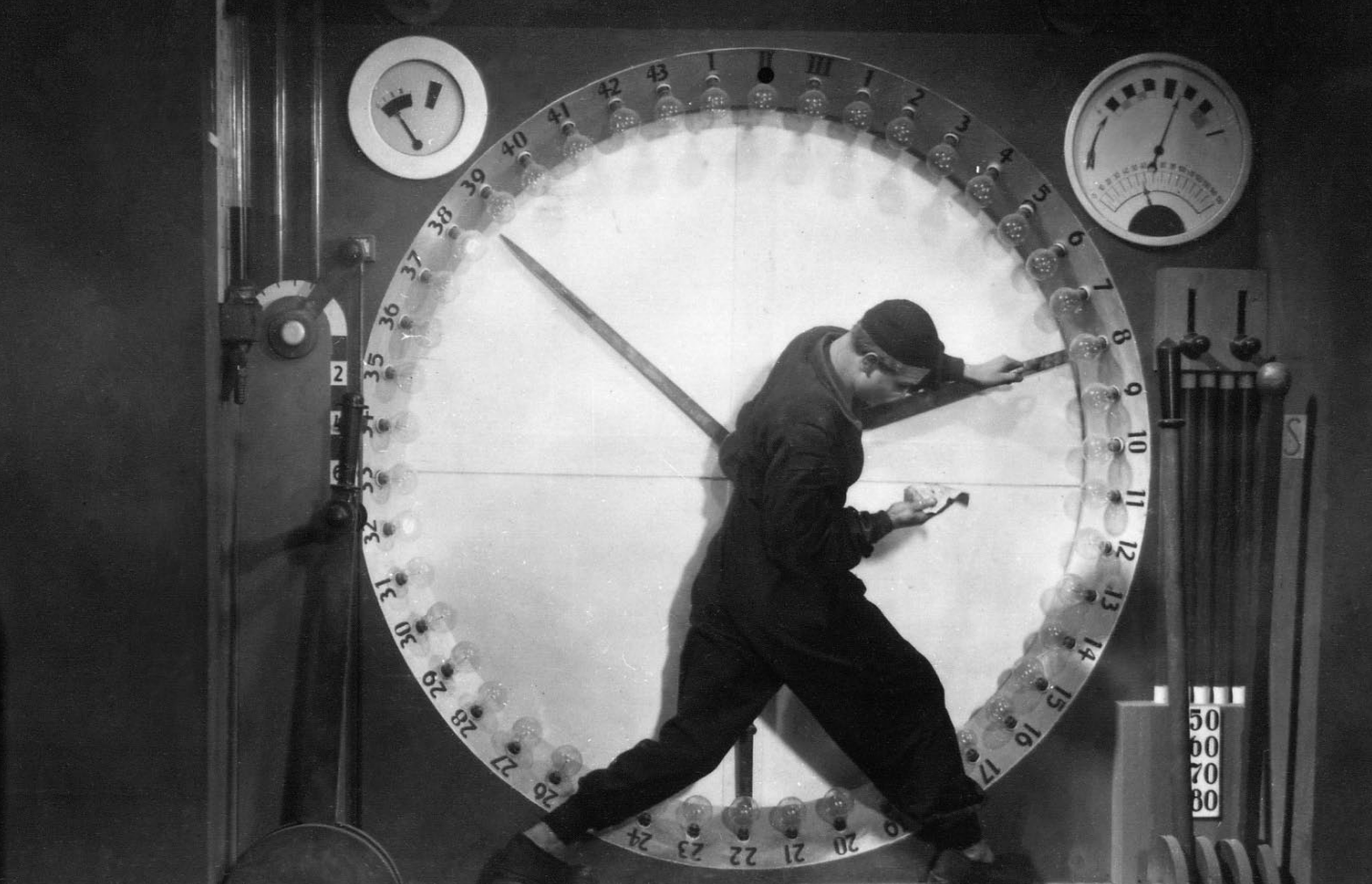
Das Alltagsverständnis operiert mit einem bedeutungsoffenem Arbeitsbegriff, dem eine bestimmte Sichtweise jeweils eingeschrieben wird. Daher hat die Beschäftigung mit dem Begriff Arbeit gesellschaftliche Implikationen, die sich die Politikwissenschaft nicht entgehen lassen kann. Schon deshalb, weil es darum geht, dem politischen Handeln durch die Zerstörung lieb gewonnener Vorstellungen beizuspringen.

Dieser Aufgabe in möglichst umfassender Weise Rechnung zu tragen, verdankt sich der Aufbau dieses Heftes, wo mit Manfred Füllsack, Beatrix Bener, Marko Novosel und Elmar Flatschart zunächst ein breites Theorieangebot zum Thema vorgestellt wird. Die Arbeit am Begriff wird durch Beiträge zum Fair Trade im wissenschaftlichen Arbeiten (Elisabeth Simbürger), dem Zusammenhang von Migration und Arbeit (Karima Aziz und Therese Fuchs) sowie Sexarbeit und Freiwilligentätigkeit (Eva van Rahden und Gerti Zupanich) ergänzt. Thomas Immervoll schließt mit einem Bericht von der Konferenz „Workers struggle from East to West“.

In der Mitte zwischen den beiden Themenbereichen von Theorie und Empirie angesiedelt sind die Aufsätze von Frigga Haug über die Zukunft von Arbeit und politische Interventionsmöglichkeiten und Ruth Kager über den Zusammenhang von Hausarbeitsdebatte und Gesellschaftskritik. Im internen Teil widmen wir uns, verstärkt durch die Studienrichtungsvertretung, der Steop sowie der Arbeit in Afghanistan. Zudem stellen wir mit Uwe Flick den neuen Professor für qualitative Methoden am Institut vor. Wie gewohnt schließen die Rezensionen zu aktueller Literatur aus der Politikwissenschaft die Ausgabe des Politix.

Wir möchten unseren LeserInnen auch nicht verbergen, dass das Politix ein neues Layout (mit dieser Arbeit wurde Benjamin betraut) hat. Damit einher geht ein personeller Umbruch, denn einige langjährige Redaktionsmitglieder haben das Politix-Kollektiv verlassen und einige neue werden sich finden, um aus altbewährten Redaktionsstrukturen etwas Neues zu schaffen (für weitere Details siehe Rückseite).

Viel Spaß beim Lesen wünscht die Redaktion.



Inhalt

Schwerpunkt: Arbeit

Arbeit als Eigenform	6
<i>Manfred Füllsack</i>	
Es gibt Besseres zu tun: eine Kritik der Arbeit	9
<i>Beatrix Bener</i>	
Von DrifterInnen und SurferInnen–Krisen der modernen Arbeitswelt	13
<i>Marko Novosel</i>	
Arbeit? Welche Arbeit?	17
<i>Elmar Faltschart</i>	
Wanted! Fair-Trade-Label für akademische Arbeit	22
<i>Elisabeth Simbürger</i>	
Immer der Arbeit nach!? Das Zusammenspiel von Arbeit und Migration.	25
<i>Karima Aziz</i>	
Arbeit ohne Wert: Hausarbeits-debatte und Gesellschafts-kritik	29
<i>Ruth Kager</i>	

Interventionen in die Politik um die Zukunft der Arbeit(1)	33
<i>Frigga Haug</i>	
Kritische Gedanken zum „Jahr der Freiwilligentätigkeit“ 2011	37
<i>Gerti Zupanich</i>	
Sexarbeit – kann denn das Arbeit sein?	39
<i>Eva van Rahden</i>	
Arbeitsmigrationspolitik in Österreich	41
<i>Therese Fuchs</i>	
Konferenz: Workers’ Struggles from East to West: New Perspectives on Labour Disputes in Globalised China	46
<i>Thomas Immervoll & Daniel Fuchs</i>	
Aktuell / Intern	
Interview: Uwe Flick	48
<i>Caroline Krischek, Richard Sattler</i>	
Malalai Joya – ein Stern am Himmel Afghanistans	52
<i>Caroline Triml</i>	
STEOP: Studieneingangs- und Orientierungsphase am ipw.	55
<i>Kathrin Glösel</i>	
Stoppt die StudienanfängerInnen!	57
<i>Dominik Hultsch</i>	
Löffler, Marion: Feministische Staatstheorie. Eine Einführung,	59
<i>Stefan Marx</i>	
Rezensionen	
Willems, Herbert: Synthetische Soziologie. Idee, Entwurf und Programm.	60
<i>Marko Novosel</i>	
Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora	61
<i>Ferdinand Hennerbichler</i>	
Stiglitz, Joseph: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft	62
<i>Marko Novosel</i>	

Arbeit als Eigenform

Manfred Füllsack

Anfang Dezember 2011 berichteten die Medien von einem *tweet* – einer Nachricht in der Mikroblogging-Plattform Twitter –, der über angebliche Zahlungsschwierigkeiten einer Lettländischen Bank informierte und damit einen Run auf die Geldautomaten der Bank auslöste. Der Ansturm sei so heftig gewesen – zahlreiche Letten räumten ihre Konten leer –, dass er das, was ihm als Gerücht zugrunde lag, die drohende Bankenpleite, beinahe tatsächlich ausgelöst hätte. Was immer hinter der Nachricht gesteckt haben mag, vorstellen lässt sich, dass die Bank zu diesem Zeitpunkt gar keine echten Zahlungsschwierigkeiten hatte, dass sie vielmehr erst der *tweet* ins Straucheln brachte. Im feuchten Umfeld aktueller Krisendiskurse wurde ein bloßes Gerücht viral und damit beinahe zur *self-fulfilling prophecy*.

Solche, scheinbar aus dem Nichts kommende Entwicklungen sind einigermaßen typisch für komplexe Zusammenhänge, wie sie unser Wirtschaftsleben heute durchziehen. In der Theorie als *externalities* bezeichnet, liegt ihre Ursache in der Eigendynamik, mit der Aspekte, die zunächst eher peripher scheinen, sich abkapseln, verselbstständigen und zu unvorhergesehenen und schwer kontrollierbaren Größen werden können. Diese Aspekte entwickeln eine Eigenform, mit ihnen eigentümlicher Logik, die quer zu der ihres ursprünglichen Zusammenhangs zu stehen kommen kann.

Um deutlich zu sehen, wie eine solche Eigenform entsteht, empfiehlt sich ein kleiner Ausflug in die mathematische Welt der Rekursionen. Das sind, einfach gesagt, wiederholte Aktivitäten, die das was sie hervorbringen, als Ausgangspunkt für den je nächsten Aktivitätsschritt verwenden. Die einfache Rechenanweisung „dividiere x durch 2 und zähle 1 hinzu“ zum Beispiel, erzeugt in einem ersten Schritt aus der Zahl 4 die Zahl 3. Im zweiten

Schritt, in dem nun die Zahl 3 als x genommen wird, ergibt sie die Zahl 2.5. Im dritten Schritt ergibt dieselbe Berechnung 2.125, im Vierten 2.063 usw. Schon anhand dieser kleinen Ergebnisfolge lässt sich erkennen, dass die Ergebnisse dieser Rechenanweisung die Zahl 2 anstreben. 2 fungiert für sie als *Attraktor*. Der entscheidende Aspekt dabei ist der Umstand, dass diese Rechenanweisung den Attraktor 2 von jeder erdenklichen Ausgangszahl aus anstrebt. Wir hätten sie auch von -15 oder von 41276 aus starten können, sie strebt stets auf 2 hin. Das heißt, die Rechenanweisung hat eine Eigenlogik, die sie ungeachtet ihres Ausgangspunktes unabdingbar die Zahl 2 anstreben lässt. Sie tut dies gewissermaßen kontextfrei, das heißt ohne auf ihre Umgebung, in diesem Fall ihre Ausgangswerte, Rücksicht zu nehmen.

Solche Entwicklungen finden sich nicht nur in mathematischen Zusammenhängen. Eigenformen entstehen in nahezu allen rekursiven Aktivitäten – auch in der möglicherweise folgenreichsten, die wir bis heute kennen, in der unserer Arbeit.

Auch unsere Arbeit verläuft rekursiv. Mit jeder noch so marginalen Arbeitsaktivität wird etwas erzeugt, das im je nächsten Arbeitsschritt als Ausgangspunkt für neuerliche Arbeit bereitsteht. Die Arbeit etwa, die das erste Rad hervorgebracht hat, schuf eine beräderte Welt, in der in weiteren Arbeitsschritten der Handkarren, das Auto oder auch das Mountainbike hergestellt wurden. Und die Herstellung des Autos brachte eine Welt hervor, in der im weiteren an Treibstoffnachschub, an Verkehrsflächen, an der Festlegung von Straßenverkehrsordnungen und vielem mehr gearbeitet wird.

Eine der bekanntesten Eigenformen, die in dieser Arbeit entstand, ist die des Industriearbeiters, wie er, primär männlich und größtenteils manuell tätig, hierzulande zum



Vorbild des Normalbeschäftigten wurde, und wie er einst in den sozialistischen Gesellschaften des europäischen Ostens als Proletarier zum Idealtyp von Wirtschaftsplänen und Agitprop gehypt wurde. Wer sich das Regelwerk und die Symbolik, mit der diese Form in den sozialistischen Lebenszusammenhang eingewoben war, auch nur ein Stück weit vor Augen führt, bekommt eine Ahnung von der Eigentümlichkeit, die solche Eigenformen entwickeln.

Die aus diesem Idealtyp hervorgegangene Form der monetär entlohnerten, vertraglich gebundenen, arbeitszeitlich geregelten und sozialversicherten Normalbeschäftigung orientiert und kanalisiert auch heute noch viele Bedingungen unserer Arbeit, und steht dabei in ihrer Eigenlogik immer öfter quer zum sonstigen Flow des Geschehens. Die Art und Weise etwa, wie unsere Bildung organisiert ist, wie die Entlohnung der Arbeit geschlechtlich verteilt ist, wie für soziale Sicherheit oder für Umverteilung gesorgt wird, richtet sich auch heute noch oft an der klassischen Form der Industriearbeit aus, obwohl diese Form für eine Vielzahl aktueller Arbeitsaufgaben schon lang nicht mehr passt.

Dabei schuf sich aber die Arbeit, gerade indem sie ihrer Eigenform folgte, selbst jene Bedingungen, die sich nun nicht in diese Form fügen. Betrachten wir, um diesen Umstand genauer zu verstehen, noch einmal kurz das oben genannte Beispiel der Rechenanweisung „ $x/2 + 1$ “. Diese Rechnung findet innerhalb eines Rahmens statt, den wir uns zunächst vielleicht als den der natürlichen Zahlen $\{1, 2, 3, 4, \dots\}$ vorstellen können. Im ersten Rechenschritt machte diese Berechnung eine 4 zu einer 3 und entsprach damit dem Rahmen. Im zweiten Schritt allerdings erhielten wir die Zahl 2.5, die nicht mehr natürlich, sondern reell ist und damit eigentlich einer anderen Form angehört. Deutlicher noch wird der Umstand, wenn wir statt „ $x/2 + 1$ “ die rekursive Rechenanweisung „dividiere -1 durch x “ betrachten, die einen oszillierenden Attraktor besitzt und auf die Eigenform $\sqrt{-1}$ hinausläuft. Diese Form, die nicht mehr den reellen, sondern den komplexen Zahlen angehört, sprengt ihren ursprünglichen Rahmen sehr deutlich. Sie schafft gleichsam aus sich heraus Gegebenheiten, die ihren eigenen Bedingungen nicht mehr genügen.

In ähnlicher Weise tut dies unsere Arbeit. Auch sie benötigt einen Rahmen, innerhalb dessen sie stattfinden kann. Und auch sie neigt dazu, diesen Rahmen beständig zu sprengen, nachdem sie ihrer Eigenform ein Stück weit gefolgt ist und diese damit bestärkt und stabilisiert, nur um gleichzeitig dabei Aktivitäten auf den Plan zu rufen, die sich in diesen Rahmen nicht fügen.

Der Ethnologe Stanley Udi beschrieb diesbezüglich eine Jagdgesellschaft, die um ihre wichtigste Arbeit, das Jagen von Wildtieren, produktiv zu verrichten, spezielle Rituale entwickelte, mit denen sie sich vor der Jagd in entsprechend Adrenalin-geschwängerte Stimmung versetzte, und nach der Jagd auch wieder so weit beruhigte, dass das soziale Gefüge des Stammes nicht gefährdet wurde. Diese Rituale rahmten die Jagd ein, die ihrerseits damit in der Vielzahl der in ihr gemachten Erfahrungen, der entwickelten *skills*, und nicht zuletzt auch in dem mit ihrem Erfolg steigenden Wohlstand der Gesellschaft ihre Eigenform festigte, während sie gleichzeitig auch die regelmäßige Pflege des Rituals zu einer anderen Arbeit werden ließ. Denn wenn dazu zum Beispiel spezielles Personal, ein Zeremonienmeister etwa, abgestellt wurde, so entsprach dessen Arbeit nicht mehr der Eigenform. Die Arbeit des Zeremonienmeister hatte mit der Jagd nichts mehr zu tun, begann aber, mit fortgesetzter Entwicklung, ihrerseits eine Form auszubilden – etwa die spiritueller und im weiteren geistiger, nicht mehr manueller Aktivitäten.

Analog dazu lässt sich die Vielzahl der Tätigkeiten, die die Entwicklung der Industriearbeitsform nach sich gezogen hat – gedacht sei nur etwa an die vielfältigen Bedürfnisse für Organisation und Management, für Buchhaltung, für Bildung, für Infrastruktur, für Jurisdiktion, für Finanzwesen, für soziale Sicherheit und vieles mehr – als Folge einerseits der Aktivitäten im Rahmen der Industriearbeit ansehen. Andererseits passt ein Großteil der in diesen Bereichen anfallenden Tätigkeiten nicht mehr in diesen Rahmen. Die genannten Aktivitäten haben vielmehr ihrerseits längst ihre Eigenform, ihre eigene Gesetzmäßigkeit entwickelt, mit der sie zur Logik der

Industriearbeitsform quer stehen, und in der sie ihrerseits dabei neuerlich Aktivitätsformen notwendig machen, die den Rahmen dieser Formen sprengen. Ein großer Teil heutiger, mitunter als postindustriell bezeichneter Aktivitäten – von der auf Dauer gestellten Notwendigkeit zur Weiterbildung, über die intellektuelle Produktion und ihre eigentumsförmige Zurechnung, bis hin zu Erziehungs- und Pflegearbeit und vielem mehr – fügt sich nicht in den Rahmen des klassischen Normalbeschäftigungsverhältnisses ein. Diese Aktivitäten passen nicht zu dieser Form.

Allerdings irritieren sie als Externalitäten. Und dies könnte im feuchten Umfeld der Wirtschaftskrise schnell viral werden. Nahezu schlagartig könnten die Prekarität der Beschäftigungsformen und die mangelnden Jobaussichten insbesondere junger Menschen eine Dynamik entfalten, die ähnlich getwitterter Pleitegerüchte oder fauler Immobilienhypotheken scheinbar aus dem Nichts kommend die bestehende Arbeitswelt und ihre Eigenformen hinwegfegen.

Manfred Füllsack ist Sozialwissenschaftler und lehrt an der Uni Wien/Institut für Philosophie

Es gibt Besseres zu tun: eine Kritik der Arbeit

Beatrix Beneder

Dieser Artikel folgt einigen Fährten im politischen Verhältnis von Arbeit und Identität, inspiriert u.a. durch die Teilnahme an gleichnamiger Aktionsforschungsgruppe*. Unbestritten zählt Arbeit zu den großen gesellschaftlichen Sozialisations- und Identitätsinstanzen. Diese Bedeutung kam ihr die längste Zeit nicht zu. Erst mit dem Kapitalismus wird aus einem notwendigen Übel ein Beruf, der bestenfalls eine Berufung darstellt (M. Weber), also dem „Wesen“ jedes Einzelnen entspricht. Als philosophischen Kern-text für diese Bedeutungsaufwertung gilt Hegels „Herr-Knecht-Szenario“, worin der Knecht durch seine Arbeit Selbstbewusstsein erlangt und so in das dialektische Ringen um Anerkennung eintritt. Dadurch wird Arbeit gewissermaßen zum Motor bürgerlichen Emanzipationsstrebens gegenüber feudalen Standesrechten. Definition und Stellenwert von Arbeit in einer Gesellschaft sind also ursächlich politisch. So erklärt eine Schautafel der Ausstellung „in Arbeit“ im Technischen Museum Wien: „Arbeit ist bewusstes Handeln zur Befriedigung von Bedürfnissen, Reaktion auf empfundenen Mangel und aktive Suche nach einem sinnerfüllten Leben“. So richtig der Satz beginnt, so falsch endet er. An dem Punkt, wo der Sinn zur Arbeit kommt, zeigt sich, wie ideologieanfällig bereits die Definition von Arbeit ist, was m.E. an dem Doppelcharakter von Arbeit liegt, zugleich gesellschaftliches Strukturierungsmerkmal und Selbstverhältnis zu sein.

Arbeitslosigkeit in einer Arbeitsgesellschaft ist für viele nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein persönliches Problem. Trüge ein Grundeinkommen dazu bei, Arbeit und Einkommen zu trennen, bliebe die Frage nach identitätsstiftender Anerkennung trotzdem offen. Die epochale Studie von Lazarsfeld/Jahoda (1978/1933) zu den Arbeitslosen in Marienthal zeigt, wie Langzeitarbeitslosigkeit die Persönlichkeit



Arbeit ist Lebenszeit und Zeit ist Geld – kann ein Grundeinkommen dieses Paradox auflösen? ©Technisches Museum Wien

verändert und zu abnehmender politischer und gesellschaftlicher Teilhabe führt. Hat sich seither die soziale Absicherung – trotz aller Kürzungen und Schikanen – verbessert, änderte sich wenig an den negativen psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. Es zählt zu den Paradoxien der Arbeit, dass gerade in Zeiten struktureller Arbeitsknappheit, die identitäts- und selbstwertrelevante Bedeutung von Arbeit zunimmt (Krempf 2011: 13). Dabei gibt es gute Gründe diese Art der Organisation von Arbeit zu kritisieren – soziale, ökologische, feministische – oder gleich alle zusammen, wie das *Manifest gegen Arbeit* (Gruppe Krisis) polemisch und pointiert zusammenfasst. Trotz Dauerkrise erfahren geistreiche Ansätze zu einer neuen Verteilung von Auskommen



und Arbeitskraft wenig öffentliches Interesse. Mitverantwortlich dafür ist das staatliche Beharrungsvermögen, ausschließlich Geld in die Beschaffung und Verteilung von Arbeitsplätzen zu investieren. Ich glaube, es gibt Besseres zu tun.

Arbeit ist kein Spiel

„Die identischen Worte für ‘Arbeit’ und ‘Spiel’ in Pravic [eine fiktionale Sprache, B.B.] hatten natürlich eine ausgeprägte ethische Bedeutung. Odo hatte die Gefahr erkannt, dass die Verwendung des Begriffs ‘Arbeit’ in ihrem Analogiesystem einen starren Moralkodex entstehen lassen könnte“ (Le Guin 2006: 246).

Nur in der Science-Fiction sind Arbeit und Spiel keine Gegensätze, obwohl doch beides Formen des Tätigseins (nach H. Arendt), des kommunikativen Handelns (nach J. Habermas) sind. Bezieht das Spiel seinen Reiz aus Freiwilligkeit, Begrenztheit und dem Ausverhandeln von Regeln, charakterisiert Arbeit zunächst Zwang, Notwendigkeit, Dauer und (Unter)Ordnung. Dabei ist Kultur nicht nur aus der Perspektive des Homo Faber, des schaffenden, Werkzeug nutzenden Menschen zu erzählen, sondern ist ebenso eine Geschichte des Homo Ludens, des spielenden Menschen (J. Huizinga). Insofern ist es aufschlussreich, wenn Friedrich Schiller im 15. Brief der „Ästhetischen Erziehung des Menschen“ schreibt: „Denn, um es endlich auf einmal herauszusagen, der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Worts Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt“. Darf das Kind noch spielen, muss der Erwachsene arbeiten. Die Begrenzungen klassischer Erwerbsarbeit minimieren das kreative wie sinnstiftende Potenzial des tätig Seins. Jobs sind rar, die jene rauschhaften Flow-Erlebnisse auslösen, die bei

konzentriertem, selbstbestimmten Arbeiten entstehen, wie es Mihaly Csikszentmihaly beschreibt. Das Ideal des schöpferischen, philosophierenden, Muße liebenden, Flöte spielenden Bürgers wurde in der Antike nur durch Sklaverei für eine vernachlässigbare Minderheit umgesetzt. Durch die Maschinen-SklavInnen der Industrialisierung ist es für viele realisierbar, dachten die PionierInnen der Arbeitskritik und verfassten ein „Recht auf Faulheit“ (Lafargue 1848), ein „Plädoyer für den Müßiggang“ (Unamuno 1903). Denn der Mensch erhält durch die, mittels Arbeit, hergestellte Technik einen Freiheitsraum, den es abseits ökonomischer Verwertungslogik zu nutzen gilt. Entgegen der Fetischisierung der Arbeit im Werk seines Schwiegervaters Karl Marx schreibt Paul Lafargue: „Je mehr sich die Maschine vervollkommnet und mit beständig verbesserter Schnelligkeit und Sicherheit die menschliche Arbeit verdrängt, verdoppelt der Arbeiter, anstatt seine Ruhe entsprechend zu vermehren, noch seine Anstrengungen, als wollte er mit den Maschinen wetteifern“. Dabei ging es ihm nicht (nur) um die simple Provokation, sondern er erkannte die Gefahren einer Aufspaltung des Lebens in eine Welt der Arbeit und des Konsums. Literarisch überzeugend beschreibt dies sein Essay „Der verkäufliche Appetit“: Ein wohlhabender Feinschmecker kauft einem Arbeiter dessen Appetit und Verdauungstätigkeit ab, dadurch bleibt ihm der endlose Essgenuss ohne zeit- und mühsame Digestion, so kann er vollern, bis der „outgesourcte“ Magen platzt. Hintergründig thematisiert diese bildstarke Geschichte Konsumsucht als die andere Seite der Arbeitssucht, wie sie aktueller kaum sein könnte.

Konsum ist Arbeit

Mit der maschinellen Massenfertigung von Waren wird die Konsumfähigkeit der Massen zur gesellschaftlichen Kraft. „Die Zivilisation entspringt mehr den verschiedenen Weisen des Konsumierens und deren Wandel als den Produktionsweisen und deren Wandel“ (2002/1908: 22). Schreibt Miguel de Unamuno dies, um das Nichtstun zu verteidigen, zählen PolitikerInnen wachsende bzw. schrumpfende

Konsumkraft zu ihren stärksten politischen Argumenten. Arbeit gegen Konsum und soziale Absicherung hieß im 20. Jahrhundert die Formel des fordistisch-industriellen Arbeitsmodells, einer kurzen Ära, der bis heute manche/r GewerkschafterIn nachtrauert. Obwohl es als Wachstumsmodell anhaltend und maßgeblich zum ökologischen Desaster beiträgt, den globalen Wettbewerb als einen Kampf um Arbeit anheizt (beschönigend Standortwettbewerb genannt); ein System, aufbauend auf unbezahlter weiblicher Reproduktionsarbeit, verantwortlich für die diskriminierende geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarkts. Den Großteil der Konsumarbeit übernehmen Frauen, die so verantwortlich sind für die Umwandlung von Waren in Erlebnisse, Gefühle, um eine Praxis alltäglicher Fürsorge zu bedienen (vgl. Sorgo 2009). Die Wahrhaftigkeit der Erwerbsarbeit kommt ohne Care-Arbeit nicht aus, ein weiterer Punkt eines kuriosen Arbeitsverständnisses, das ohne Konsum nicht funktioniert.

Kreativarbeit fordert Sinnzwang

Die Technik hat den/die ArbeiterIn als Subjekt der Geschichte gehörig unter Druck gesetzt und stellt ihn immer stärker in Konkurrenz zur Leistungsfähigkeit seiner technischen Prothesen. Das anhaltend arbeitsreduzierende Potenzial der Technik in der Herstellung alltäglicher Dinge beginnt bei der Industrialisierung der Landwirtschaft, wird weitergeführt in der Automatisierung handwerklicher Arbeit bis hin zur Verwandlung nahezu aller Arbeitsprozesse in digitalisierte Kommunikationsprozesse. Diese Verwandlung der Arbeit von „Produktion in Dienst“ (G. Treusch-Dieter) macht es legitim, zumindest in den post-modernen Dienstleistungsgesellschaften, von der „Antiquiertheit von Arbeit“ zu sprechen (Anders 2002/1977: 94). Und diese besteht nicht nur in einer technischen Adaption, sondern in einer Verkehrung von Mittel und Zweck. „Aber während früher das Ziel der Arbeit darin bestanden hatte, Bedürfnisse durch Erzeugung von Produkten zu befriedigen, zielt heute das Bedürfnis auf Arbeitsplätze; Arbeitsbeschaffung wird zur Aufgabe, Arbeit selbst zum herzustellenden Produkt.“ ...

„Diese neuen Produkte heißen ‚neue Bedürfnisse‘, die vermittels einer Arbeit, die ‚Werbung‘ heißt, hergestellt werden“ (ebda: 99). Das Zitat nimmt vorweg, weshalb gerade mit der Kreativwirtschaft so hohe Jobberwartungen verknüpft sind. Unterwirft man sich dem ökonomisch angeleiteten kreativen Imperativ, findet sich immer ein Bedürfnis, das bedient werden muss: etwa nach Sinn, Distinktion, Unterhaltung, Beratung. Jede/r ist KünstlerIn des eigenen Lebens und kann mit einer guten Idee und Kreativität zum „Unternehmer seiner selbst“ werden (M. Foucault) und schafft sich damit praktischerweise den Arbeitsplatz gleich selbst. Für Foucault besteht ein Merkmal neoliberaler Regierungsmentalität in jener Ablöse der ideologischen Leitfigur des/der Arbeitnehmenden zugunsten der UnternehmerInnen, Entrepreneurs, des „unternehmerischen Selbst“, es eröffnet Freiheiten, die auch eine (gesellschaftliche) Frei-Setzung der Einzelnen sind. Mit der Gefahr, dass die Frage nach sinnstiftender oder entfremdeter Arbeit zur individuellen Angelegenheit bzw. subjektiven Kompetenz wird und sich dem gesellschaftlichen Diskurs entzieht. Das unternehmerische Selbst vermarktet sich nicht nur selbst, sondern muss seinem Tun selbst Sinn geben, Erfolg wie Scheitern verbleiben auf individueller Ebene.

Wenn Arbeit immer öfter zum Einpersonen-Projekt wird, reduzieren sich die sinnstiftenden Elemente gemeinsamen Handelns. Andererseits macht die fortschreitende Kulturalisierung des Kapitalismus die Grenzen zwischen Arbeit und Spiel durchlässiger. In einer stark immateriell produzierenden Informationsgesellschaft arbeitet man oftmals mit denselben Maschinen, mit denen man spielt. Computer und Handys sind Universalmaschinen und ermöglichen neue Weisen der Zusammenarbeit, wie es das Projekt „Oekonux“ (zusammengesetzt aus Ökonomie und Linux) anstrebt. Ausgehend von der Idee freier Software soll eine freie Ökonomie auf dieser Basis des Kooperierens, Teilens, Verteilens und Spielens entstehen, Handeln jenseits von Arbeit und Konsum, ausgehend von

persönlicher Motivation und abzielend auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Selbst wenn die Übertragbarkeit des Konzepts auf materielle Produkte und die Möglichkeiten breiterer Partizipation stark verbessert werden müssten, ist es ein bedenkenswertes Konzept. Denn Dienst nach Vorschrift und Arbeit nach der Stechuhr sehe ich mir lieber im Museum an.

*Anlässlich des Kongresses des Österreichischen Arbeitskreises für Gruppentherapie und Gruppendynamik beschäftigte sich eine Gruppe von acht akademisch sozialisierten Menschen mit den Methoden des Soziodramas mit individuellen Arbeitserfahrungen und Identitätsentwicklungen.

Beatrix Beneder ist Politikwissenschaftlerin und Kommunikationsberaterin

Anders, Günther (2002/1980): Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. Bd. 2. München

Le Guin, Ursula K. (2006/1974): Die Enteigneten. Eine ambivalente Utopie. Bellheim

Lafargue, Paul (1999): Das Recht auf Faulheit u.a. ausgewählte Texte. Wien

Krempl, Sophie-Therese (2011): Paradoxien der Arbeit. Oder: Sinn und Zweck des Subjekts im Kapitalismus. Bielefeld

Sorgo, Gabriele: (2009): Im Keller des Heiligtums: Genderwissen über Konsum. Grazer Gender Lectures

Unamuno, Miguel (2002/1908): Plädoyer des Müßiggangs. Graz-Wien

Von DrifterInnen und SurferInnen–Krisen der modernen Arbeitswelt

Marko Novosel

Die Arbeitswelt befindet sich aktuell im Umbruch, die linearen Erfolgskarrieren scheinen immer mehr die Ausnahme, prekäre unsichere Projekte die Regel zu sein. Das keynesianische Paradigma, in dem Realgewinne in die eigenen MitarbeiterInnen reinvestiert, anstatt im Börsencasino verzockt wurden, scheint passe zu sein. Die sozialstaatlichen Institutionen schaffen es nicht, für die jungen Generationen stabile Strukturen aufzubauen. Aus diesen strukturellen Rahmenbedingungen entstehen zwei Grundtypen; der/die SurferIn, der/die sich opportunistisch von einer Erfolgswelle zur nächsten schwingt und der/die DrifterIn, der/die von den Konjunkturwellen hin und her gerissen wird. Dabei ist der Paradigmenwechsel keineswegs abgeschlossen; überall entstehen Übergangszonen oder „Fahrstühle“, in denen die prekär gewordenen Überflüssigen hin und her pendeln und dabei heftig geschaukelt bzw. verschaukelt werden.

Die keynesianisch dominierte Arbeitsidylle der 50er bis 80er Jahre

Innerhalb der staatlich organisierten Marktwirtschaft scheinen die Organisationen und Institutionen nach ihren jeweiligen fixen und stabilen programmatischen Werten sowie rational geplanten Zielen organisiert zu sein. Nach diesen Zielwerten entstehen Normstrukturen, die in die Form von beruflichen Positionen gegossen werden. Die dadurch entstehenden starren Konventionen, die das berufliche Beziehungsgeflecht bündeln, sind äußerst tragfähig. Die engen Rollenkorsette aus wechselseitigen Verpflichtungen, Bindungen und Verantwortungen sind als Arbeitspositionen straff gespannt. Die

Stellen sind pyramidenförmig, hierarchisch-bürokratisch oder autokratisch geführt, aber sicher. Die Arbeit voller standardisierter, vorherbestimmter Routinen, aber der Urlaub stets frei bestimmbar. Der bescheidene Lohn ist ohne Boni, aber die Lohnerhöhung vertraglich und gewerkschaftlich zugesichert sowie pünktlich ausbezahlt. Der Chef möglicherweise inkompetent, aber der Karriereaufstieg in Griffweite, da er linear erwartbar und vorhersehbar ist. Konjunktur und Wachstum der Realwirtschaft erscheinen als Fixsterne und der Kapitalismus wird scheinbar vom Sozialstaat gebändigt. Privatwirtschaft und Öffentlichkeit sind klar voneinander getrennt, wobei die staatliche Öffentlichkeit die Rahmenbedingungen für die privaten Märkte definiert. Da zwischen der Arbeit und der freien Zeit unterschieden wird, hat man sogar die Möglichkeit, sich individuell-persönlich zu entwickeln oder die traditionell-gemeinschaftlichen oder gesellschaftlich bestimmten, zwischenmenschlichen Beziehungen zu pflegen. Mittels Bildung erlangt man die nötige Qualifikation, mittels ihr die Stelle, mittels der Leistung den Laufbahnaufstieg; dazwischen liegen Bildungs-, Qualifikations- und Leistungstests, die immer wieder von unterschiedlichen, offiziellen Stellen durchgeführt werden. Das ist der Hauptunterschied zur Vormoderne; den feudalen, traditionellen oder ständischen sozialen Formationen, wo sich sozialer Aufstieg nicht über Leistung, sondern über Abstammung, Vererbung, soziale Herkunft (Stand, Familie, Kaste) oder Zuschreibung von persönlichem Status (Ehre) definierte. In dieser vormodernen Epoche herrschten die traditionellen bäuerlichen Sitten, Bräuche, das Gewohnheitsrecht, die Privilegien des Adels und des Klerus über jene des rationell-modernen bürgerlichen Staates. Die modern-bürgerlichen

Gesellschaftsformationen produzierten relativ solide, beständige, souveräne Identitäts- und Verhaltensdispositionen, aus denen ebenfalls recht tragfähige Beziehungen und Bindungen entstehen können.

Der Aufstieg der Märkte – die SelbstarbeiterInnen auf dem Rücken der ungezähmten Bestie

Seit der neoliberalen Wende, Anfang der 80er Jahre mit dem Motto „mehr privat, weniger und schlanker der Staat“ haben die staatlichen Institutionen an Bedeutung als stabilisierende Werteträger eingebüßt oder sind durch andere marktwirtschaftlich organisierte Institutionen, wie Medien oder einzelne Konzerne, ersetzt worden. In der spätmodernen Berufswelt mit ihrem Wettbewerbsdruck, wo gegen mehrere Kandidaten um die immer knapper werdende Stellen gebuhlt wird, und in denen jene mit anpassungsfähigen Dispositionen gewinnen, erinnert die Bewerbung zuweilen an diverse Castingshows. Qualifikations- und Leistungssimulation mittels Eindrucksmanagement und Showelementen, wie eingekauften MBAs oder plagiierten Abschlussarbeiten und erschwindelten Uni-Titel, stehen dabei hoch im Kurs. Kompetente Performance ersetzt qualifizierte Leistung, medialisierte Kämpfe um die Aufmerksamkeitspräsenz haben, wie die Marktwerte, schon längst die staatlich-bürgerlichen Bildungs- und Kulturwerte abgelöst. Die Trennungslinie zwischen staatlicher Öffentlichkeit und individueller Privatsphäre wurde längst medialisiert und ist weitgehend verschwunden. Immer mehr professionalisierte BerufsbegleiterInnen, Coaches, MediatorInnen, MotivatorInnen, QualitätssicherInnen, BeraterInnen, EvaluiererInnen, Projekt- und PR-ManagerInnen u.ä. professionelle DampfplauderInnen halten die MitarbeiterInnen zum weiteren Drehen des Hamsterrades an und fördern den Fetisch des laufenden Quality-Managements, des Verbesserns, Optimierens, Rationalisierens, der permanenten Weiterentwicklung und des Wachstums (vor allem der

Konzernaktien). Es entstehen laufend Jobs, die jenen der antiken Anpeitscher der Galeerensklaven immer mehr ähneln. Nur wird die Peitsche immer subtiler und virtueller in abstrakte Kennzahlen, Zielvorgaben, neueste, wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden verpackt. Die moderne Vorausberechnung, Erwartbarkeit und Planung der stabilen Dispositionen für jeweilige Rollen wurde von flexiblen, formbaren, netzwerkartigen Projektdispositionen ersetzt. Diese werden verstärkt von Einzelnen als Arbeit an sich (Selbstarbeit) eingefordert. Ähnlich wie sich ein/e SchwerstarbeiterIn Körperkraft antrainiert, werden den MitarbeiterInnen heute spätmoderne, sozial-emotionale sowie „hochselbstreflexive“ Kompetenzen als Verhaltensdispositionen andressiert; man hat jederzeit flexibel und verfügbar zu sein, jegliche Konflikte zu meiden sowie mit jedem jederzeit perfekt kooperieren und auskommen zu können. Dadurch verliert sich der in der Privatsphäre angeeignete Charakter als die jeweilige persönliche Eigen-Art. Die frühmoderne Arbeitswelt hat die Gesellschaft noch als Ganzes mittels Staatsinstitutionen und Arbeitsorganisationsweisen zusammengehalten, indem sie auf vormoderne, traditionelle Organisationsweisen und Werte, wie kollektive Solidarität, Loyalität, sowie gemeinschaftliche Verpflichtungen, Hilfeleistungen etwa der Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Familienbeziehungen oder Freizeitgruppen, Vereine oder Freundeskreise setzte. Auf diese Weise begriff der Mensch seine Identität als Ganzes, innerhalb eines modernen, nationalen Staates oder Nationalmarktes, in einen traditionell-gemeinschaftlichen Bindungskontext eingebettet. Sobald sich diese Kontextrahmen in der Spätmoderne zunehmend als nationale Märkte, Staaten und Traditionen aufzulösen beginnen, werden die persönlichen Identitäten sowie die sozialen Beziehungen brüchiger und die Berufe immer prekärer. Insgesamt lässt sich sagen, dass die frühmodern-staatlichen Institutionen aufgrund der traditionellen, vormodernen sozialen Gebilde (Sitten, Traditionen, Bräuchen u.ä.) entstanden sind, und in der Frühmoderne einer rationalen Revision unterzogen wurden. Diese frühmodernen Institutionen erfuhren

ein ähnliches Schicksal in der Spätmoderne; sie wurden der Marktrevision unterstellt und an die Marktmechanismen angepasst bzw. ihnen untergeordnet. Waren in der imperialistisch angehauchten Frühmoderne die Märkte dazu da, dem Staat zu dienen, trat während der Spätmoderne eine Kehrtwende ein. Wenn wir uns den Markt als ein wildes Ross vorstellen, so setzte die Frühmoderne alles ein, um das Pferd zu dressieren. Heute erscheint genau das Gegenteil eingetreten zu sein; wir werden von dem wilden Pferd mittels permanenter Selbst-Arbeit diszipliniert.

Die Projektnetzwerke der optimierenden SurferInnen und driftenden VerliererInnen

Den Wechsel könnten wir als von frühmoderner petrifizierender, gesellschaftlicher Starrheit der Realwirtschaft zur spätmodernen flexiblen, netzwerkartigen Verflüssigung des börsennotierten Marktcasinos klassifizieren. Somit wird das Leben zum Projekt und die Gesellschaft löst sich in multi-optionalen dynamischen Netzwerken auf. Diese produzieren im Hinblick auf den Arbeitsmarkt zwei Arten von Überflüssigen: Einerseits die RentierInnen, KonzernchefInnen, AktionärInnen, Vorstandsmitglieder u.a., die aufgrund des Netzwerks ohne oder mit geringer Leistung ein hohes Einkommen beziehen und andererseits jene Überflüssigen, und somit ausgeschlossenen Arbeitslosen, die aus dem Netzwerk herausfallen und teilweise an „falsche“ Netzwerke angeschlossen sind. Die falschen Netzwerke sind jene, aus denen sich keine neuen Geldprojekte generieren lassen können.

Diese Arbeitsprojektnetzwerke könnten wir als fluide-formbare amorphe Knetmasse, die sich je nach Konsum- und Marktwünschen, medialer Propaganda oder der political-correctness, die den neoliberalen Status Quo nicht in Frage stellt, jederzeit in neue Fertigformkonstruktionen mittels Selbst-Arbeit umgestalten lässt. Dabei sind Werte, Grundsätze und Ideale egal – es zählt nur der jeweils kurzfristige Markterfolg. Dieses Netzwerksystem erzeugt nomadische „Surfer“

(Rosa, 2005) die an der Wellenspitze des Erfolges von einer Welle zur anderen gleiten, dabei Gelegenheiten und Chancen opportunistisch als Turbo-Booster für den nächsten Karriere-Sprung nutzen. Der Surfer kann die wehenden Winde als Zeichen der Zeit deuten, um sein Segel in die richtige Richtung zu drehen. Indem er weitgehend frei von Idealen, Werten oder sonstigem intellektuellen Inhaltsballast ist, hat er ein möglichst leichtes Brett, um länger auf der Erfolgsoberfläche zu bleiben. Gleichzeitig kann er dadurch bei wechselnden Strömungen seinen Kurs und seine Position leichter wieder verändern. Andererseits gibt es die „Drifter“ (Rosa, 2005), das sind all jene, die in prekären Arbeitsverhältnissen, ganz unten, gegen die Wellen und Strömung kämpfen, um von ihnen vom einen zum nächsten freien Dienstnehmervertrag oder Praktikum geschleudert zu werden. Ab und zu rutschen sie ab oder sogar aus. Zuerst in die Teilzeit, dann in die Arbeitslosigkeit und werden dann immer weiter am Sand aufgerieben, in Übergangszonen fortgerissen und von Fahrstühlen wegbefördert. Der außengeleitete Surfer ist leicht ohne unnötigen, moralischen-ideologischen oder intellektuellen Ballast, wie ein Fähnchen im Wind und lässt sich in und von Projekten anderer bereitwillig einspannen. Solange er dadurch eigene Karriere-sprungvorteile sieht, ist er bereit auf jegliche Bindung zur Personen, Orten, Stellen, kulturellen Werten, eigenen Leidenschaften und Dingen zu verzichten. Dadurch bleibt er weitgehend in jeglicher Hinsicht (Inhalts-)leer. Die Surferziele sind nicht mehr (s)eine individuelle Position innerhalb der Gesamtgesellschaft aufzubauen, einnehmen, erarbeiten oder verteidigen sowie seinen Status innerhalb einer traditionellen Gemeinschaft oder Freizeitgruppe zu sichern, sondern innerhalb eines Netzwerks sich anbietende wechselnde Positionen zu erobern, um dann wieder rechtzeitig abzuspringen, nicht ohne dabei möglichst fette Boni kassiert zu haben. Während das frühmoderne bürgerliche Subjekt mittels Leistungsqualifikation seine Arbeit als Berufung erlebt und einen Platz in der Welt findet, heiratet und eine Familie gründet, eine politische Positionierung sowie eine atheistisch-religiöse und ethisch-ästhetische Haltung Zeit seines Lebens einnimmt,

lebt ein Surfer mehrere Leben gleichzeitig. Er/Sie wechselt ständig seine Berufe, Familien, Freunde, PartnerInnen, Häuser, Projekte, politische, religiöse, ethisch-moralische, ästhetische Haltungen und Positionen, je nach aktuellen Kursstand und Marktlage. Der Drifter kann mittels seiner Eigenleistung ebenfalls nicht mehr seine meist starke innere Position eigenmächtig ausbauen oder halten, sondern muss ständig wie ein Hamster im Laufrad strampeln oder der Karotte nachjagen, nur um auf der Stelle (in der gleichen Position oder inneren Haltung) bleiben zu dürfen. Selbst dann kann er in Depression oder Burn-Out abdriften, da sich die wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Konstellationen schneller ändern, als sich seine eigenen inneren Dispositionen und Haltungen an die System-Konstellationen wieder anpassen können.

In Zonen des Übergangs, den Nicht-Orten und Fahrstühlen

Der Drifter, dem entweder die nötigen Netzwerk-connections, das Ökonomische oder das Bildungskapital oder einfach die nötige fluide Identität sowie eine innere Haltung der Skrupellosigkeit fehlt, vergrößert immer mehr seinen Rückstand zum Surfer. Dadurch geht er quasi unter und wird von dem stummen Zwang der neoliberalen Marktverhältnisse zusätzlich bestraft. Denn er bleibt prekär und außerhalb der Netzwerke, innerhalb der sogenannten Übergangszonen (oder Fahrstühlen) stecken, in denen er dann rauf oder runter gefahren wird, ohne eine Chance zu haben, an den Knöpfen zu drehen, um aussteigen zu können und somit die jeweiligen Stockwerke selbst auszuwählen. Diese Übergangszonen sind „Nicht-Orte“ (Augé, 1994), die sich sowohl jenseits der Markt- oder Staatslogik befinden und trotzdem ihren Wirkungen unterliegen, wie z.B. Universitäten, die staatlich gefördert, trotzdem mehr oder weniger autonom, ihre Kunden als Humankapital für den Markt bzw. den Staat ausbilden. Die Zeit des Studiums, falls man nicht über die richtigen Surf-Netzwerke verfügt, wird meistens in prekärer Schwebe oder jenen „Zonen des Übergangs“ (Buden, 2009) verbracht. Zwischen

mehreren labilen Universitätsnetzwerken einerseits und ungesicherten Projekten andererseits, pausenlos rauf und runter zu fahren und dabei ordentlich verschaukelt zu werden, scheint das Los des Drifters zu sein. Die Zonen des Übergangs liegen zwischen zwei Netzwerken; jenem des Marktes und jenem des Staates, symbolisch lose aneinander gekoppelt.

Es bleibt zu hoffen, dass sich innerhalb dieser Zonen eigene zivilgesellschaftliche alternative Systeme bilden; eigene demokratische Banken, eventuell Währungssysteme, Tauschzirkel, sowie alternative politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Organisationsweisen; Gesundheitsversorgungen, Pensionsnetze, ja sogar alternative Ausbildungs- und Arbeitsstätten, die frei von ökonomischen Zwängen und staatlichen Ideologien wären. Es könnten alternative zivilgesellschaftliche „open-source“ Netzwerke entstehen, in denen jegliche Ressourcen und Infrastrukturen frei benutzt werden können, aber alles was man aus und mit ihnen Neues erschafft, naturgemäß allen anderen wieder „open-source“ zur Verfügung stellt muss. Dadurch könnten sich wissenschaftliche, soziokulturelle, künstlerische und andere exponentielle Quantensprünge ergeben. Zumindest würden wir von dem bald 30-jährigen neoliberalen, regressiven, Status Quo und der Bereicherung weniger und der Armut vieler wieder loskommen. Ein erster Schritt in die Richtung wäre z.B. das bedingungslose Grundeinkommen.

Marko Novosel ist Redaktionsmitglied und Absolvent am Institut für Soziologie

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung.
Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Augé, Marc (1994): Orte und Nicht-Orte.
Frankfurt a.M.: S. Fischer
Buden, Boris (2009): Zone des Übergangs.
Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Arbeit? Welche Arbeit?

Elmar Faltschart

Arbeit scheint ein alltägliches Konzept zu sein und als solches kaum hinterfragenswert. Konkrete Arbeitsverhältnisse mögen ob ihrer Verfasstheit (z.B. als moralisch verwerflich) von Interesse für den kritischen Blick sein, auch polarisieren bestimmte Arbeiten, wie etwa Sex-Arbeit; Der Arbeitsbegriff selbst wird jedoch kaum reflektiert. Dabei ist er als Gattungsbegriff von sich aus bereits mit einer spezifischen Aufladung versehen, die sowohl gesellschaftstheoretische als auch ideologiekritische Relevanz haben kann.

Eine Begriffsbestimmung führt dies deutlich vor Augen: Arbeit stammt vom lateinischen „arvum“, das Feld, ab und ist somit mit einer spezifischen, mühseligen und schmerzvollen Tätigkeit assoziiert. Ähnlich hat bspw. auch das französische „travail“ seinen Ursprung in einem recht unbequemen Bezugsrahmen: es stammt vom lateinischen „tripalus“ ab, was ein Folterwerkzeug war. Wie kam es zu dieser eigentümlichen Genese des heute so normal erscheinenden Begriffs? Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass Arbeit eine relativ neue Gattungsbezeichnung ist. Der Begriff war vor der Moderne als solcher nicht bekannt, es war nicht intelligibel, dass alle möglichen, sehr unterschiedlichen Tätigkeiten unter einem Begriff zusammengefasst werden könnten. Dies ist jedoch nicht nur ein bloß ideelles oder begriffliches Problem, denn Arbeit ist – gerade auf Grund ihrer Ubiquität – eine ganz besondere sozialwissenschaftliche Kategorie. Anders etwa als die Begriffe „Haus“ oder „Tisch“, bei welchen das bezeichnete Signifikat relativ unproblematisch erscheint und eine gewisse überhistorische Persistenz beanspruchen kann, steht Arbeit ganz unmittelbar mit einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung in Verbindung. Arbeit ist eine kapitalistische Kategorie und streng genommen ist es eine illegitime

Rückprojektion, wenn Tätigkeiten in anderen historischen Formationen als „Arbeit“ verstanden werden.

Diese Art von Rückprojektion ist natürlich nicht immer problematisch, z.B. wenn es nur um den versinnbildlichenden Gehalt des Begriffes Arbeit geht. Wird jedoch eine historisch-materialistische Analyse angestrebt, d.h. eine, die ideelle und materielle Aspekte von Geschichtlichkeit zusammendenkt, ja in ihrer Wechselwirkung betrachtet, so verbietet es sich dieses Konzept ahistorisch zu essentialisieren. Denn die Abstraktion Arbeit beruht nicht nur auf einer rein begrifflichen Vereinheitlichung verschiedenster Tätigkeiten, sondern verweist auf eine historische Entwicklung, hinter die zwar nicht mehr zurückgegangen werden kann, die jedoch in ihrer Eigenqualität akzentuiert werden muss. Arbeit ist nicht irgendeine Abstraktion, sondern eine Realabstraktion. Dieses von Alfred Sohn-Rethel systematisch entwickelte Konzept soll verdeutlichen, dass manche Abstraktionsleistungen eben nicht bloß im Kopf erfolgen, sondern gewissermaßen unmittelbar mit einer zugrundeliegenden historischen Realität verknüpft sind. Diese Verknüpfung von Denken und Materialität wird eben dann schlagend, wenn die verhandelten Tatbestände nicht bloß beliebige (soziale) sind, sondern eine spezifische Rolle in der gesellschaftlichen Synthesis spielen. Wenn also nachgewiesen werden kann, dass Gesellschaftstheorie um ihre Konzeptualisierung nicht herumkommt, die Kategorie allgegenwärtig ist und somit als konstitutiv für die Erschließung von Denken und Realität gleichermaßen zu gelten hat. Um dieser Eigenheit der Arbeit als moderner Kategorie nun nachzugehen, bietet sich immer noch die von Karl Marx ersonnene Herleitung von Arbeit an.

Arbeit bei Marx

In der Marxschen Darstellungslogik des Kapitals nimmt Arbeit eine zentrale Rolle ein. Marx Kritik der Politischen Ökonomie fußt auf einer Kritik der Arbeitswertlehre der Klassiker, welcher er vorwirft, das Verhältnis von Inhalt der Arbeit (bestimmte Tätigkeit) und ihrer Form als Tätigkeit schlechthin, eben als Arbeit, nicht genügend reflektiert zu haben. Er hebt dabei hervor, dass Arbeit, wird sie idealtypisch betrachtet, stets zwei Seiten hat. Sie ist einerseits konkrete Arbeit, insofern sie stets eine bestimmte Tätigkeit ist; andererseits ist sie aber auch abstrakte Arbeit, nämlich insofern sie einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter aufweist, der in bestimmter historischer Weise zu deuten ist. Abstrakt ist Arbeit, insofern sie Waren herstellt und somit Wert schafft. Abstrakte Arbeit bei Marx ist bezogen auf die gesellschaftliche Synthesis zu denken, die am Markt bloß in der privat(rechtlich)-en Form erscheint: die methodologische Perspektive des vereinzelt Einzelnen muss erst historisch hergestellt werden, sie ist eben nicht vorauszusetzen (wie dies etwa die klassischen Ökonomen noch taten). Der Status Quo, dass Individuen im Kapitalismus als BesitzerInnen der Ware Arbeitskraft fungieren, verweist auf eine meist blutige Durchsetzungsgeschichte der „Proletarisierung“, in der die Menschen gegen jene real stattfindende Subsumption kämpften. Dies darf nicht vergessen werden, denn diese Kämpfe gegen die Subsumption unter die Arbeit versinnbildlichen ihre historische Relativität und Bezogenheit ebenso, wie sie auf die gesamtgesellschaftliche Tragweite der Arbeitsvergesellschaftung hindeuten. Das heißt natürlich nicht, dass die Menschen im Umbruch zur Moderne gegen eine Kategorie kämpften; sie kämpften aber gegen die Durchsetzung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die eine homogenisierende Versachlichung darstellten, welche durch die vereinheitlichende Begriffsfindung repräsentiert wird.

Die Kämpfe dagegen lassen sich auf vielen Ebenen nachvollziehen; Nachdem sie alle möglichen Tätigkeiten, die früher außerhalb einer sachlichen, privaten Form stattfinden konnten, betraf, ist

auch der Bruch nicht nur „rein ökonomisch“ zu betrachten, wie es die Exemplifizierung bei Marx noch war, der u.a. auf die „Einhegung“ von ehemals gemeinen Land durch proto-kapitalistische GroßgrundbesitzerInnen verwies. Es könnte etwa argumentiert werden, dass die Durchsetzung der Arbeit zugleich auf die Etablierung des modernen Subjekts verweist, das seinerseits maßgeblich auch als Arbeitendes auftrat. Dabei wurde – schon längst bevor vom klassischen „Fabrikarbeiter“ des 19. Jahrhunderts die Rede sein konnte – ein Prozess der Normierung und Normalisierung in Gang gesetzt, der u.a. Frauen ausschloss, ihnen tendenziell einer Art „Natürlichkeit“ zuwies, die sie einerseits auf ihre biologische Funktion in der Fortpflanzung reduzierte, andererseits aus der Welt der Arbeit, verstanden als „Naturunterwerfung“ hinausdrängte. Auch wenn dies natürlich nie für eine relevante Menge der Bevölkerung faktisch zutraf – Frauen waren immer auch schon in der öffentlichen Sphäre der Arbeit zugegen – so etablierte sich auf einer symbolischen Ebene dennoch diese spezifische patriarchale Kodierung, die eben gesamtgesellschaftlich und durch die Individuen hindurch wirkt. Dies gehört ebenso zum Wesen der Realabstraktion Arbeit, was Marx in dieser Weise freilich nicht interessierte.

Abstrakte Arbeit impliziert aber auch bei ihm immer schon eine größere Aggregatebene, ist niemals als „einfache Kategorie“ zu fassen. Sie ist auf das Kapital bezogen, dem sie auf der Oberflächenebene der gesellschaftsimmanenten Antagonismen im Klassenkampf gegenüber steht. Arbeit als wertschaffende Tätigkeit will und muss immer schon ausgebeutet werden; sie muss Mehrwert produzieren, der akkumuliert wird und als Kapital prozessieren kann. Beim Kapital ist es offensichtlich, dass es nur als gesellschaftliche Prozesskategorie zu erfassen ist: denn eine Bewegung, in der am Anfang dasselbe wie am Schluss steht, nämlich Geld, kann in einer analytischen Binnenperspektive auf „das Einzelne“ nur als tautologisch, ja widersinnig erscheinen. Erst die prozessuale und gesamtgesellschaftliche Ebene und damit das beständige „Wachstum“ als Garant für eine quantitative Verschiebung (Vermehrung der „Königsware“ Geld), die zugleich auch eine qualitative ist (Ausdehnung des

„automatischen Subjekts“ Kapitalismus), macht Kapital denkbar. Kapital ist also letztendlich nur als Totalitätsprozess zu konzeptualisieren. Bei der Arbeit scheint dies hingegen nicht so selbstverständlich zu sein. Sie scheint als individuelle, überhistorische Bezeichnung für Tätigkeit schlechthin ein „einfacher“ Gattungsbegriff zu sein. Da Arbeit als Substanz des Kapitals jedoch direkt auf jenes verwiesen ist, kann auch sie strenggenommen nicht auf der Ebene einer vereinzelter Tätigkeit erschlossen werden:

„Der besondern Substanz, worin ein bestimmtes Kapital besteht, muß natürlich die Arbeit als besondere entsprechen; aber da das Kapital als solches gleichgültig gegen jede Besonderheit seiner Substanz, und sowohl als die Totalität derselben wie als Abstraktion von allen ihren Besonderheiten ist, so die ihm gegenüberstehende Arbeit hat subjektiv dieselbe Totalität und Abstraktion an sich.“

Obwohl die Entwicklung des Arbeitsbegriffs bei Marx ihre Ambivalenzen hat und sicherlich nicht unisono in jener radikal arbeitskritischen Lesart aufgeht, lassen sich seine Ausführungen doch mit jener oben vorgeschlagenen radikalen Kritik vereinbaren. Als Totalitätskategorie müsste Arbeit deshalb ebenso rigoros kritisiert werden wie das Kapital.

Arbeit oder/und Hausarbeit?

Nur wenn dies vorausgesetzt wird, lässt sich schließlich auch eine Schwierigkeit überkommen, welche der geschlechterblinde Marx wiederum gar nicht sah, die jedoch die (sozialistische) Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts massiv tangierte: die Frage nach der gesellschaftlichen Qualität der sog. „Hausarbeit“, all jener Tätigkeiten, die im privatisierten Bereich zur Reproduktion der (gesellschaftlich produzierten) atomisierten „Lebenseinheit“ Familie, aber insgesamt natürlich (damit) auch zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems als solchem beitragen. Denn der Streit darüber, ob diese Tätigkeiten betrachtet mit der Brille eines „methodischen Individualismus“, also reduziert auf eine einzelne, idealtypische „Situation“, nun Wert schaffend sind oder nicht kann auf dieser Ebene gar nicht

gelöst werden und sollte einem kritischen Ansinnen folgend auch gar nicht auf ihr behandelt werden; Vielmehr ist die grundsätzliche patriarchale Spaltung auf der gesellschaftlichen Totalitätsbene, auf der sie beruht, zu untersuchen. Die Herausbildung eines warenproduzierenden Patriarchats, welches beständig eine „Wert-Ab-spaltung“ hervorbringt, vergeschlechtlichte Dualismen produziert, die symbolisch das Männliche privilegieren und eine (symbolische und sich auch strukturell verstetigende) Sphärentrennung mit sich bringen, hat dabei als Vorlage zu dienen. Diese gesellschaftstheoretische Vorlage ist jedoch keine zeitlose, essentialistisch zu betrachtende, ebenso wie sie nicht vermittlungslos auf die Ebene des Einzelfalls, der Individuen, der Tätigkeiten in einer spezifischen Situation transponiert werden kann. Es lässt sich also sagen, dass en gros jene Tätigkeiten, die mit der gesellschaftlichen Maschine des Kapitals verknüpft sind „Arbeit“ darstellen, während all jene, die hiervon distinkt gehalten werden, die Reproduktion der Arbeitenden sichern, dieser Qualifikation entbehren. Dies lässt sich erneut weit interpretieren, z.B. auch in einem globalen gesellschaftlichen Raum, wo die (westliche) Welt der durchgesetzten Arbeit nur die Spitze eines Eisbergs von halbformellen oder gar nicht in einer kapitalistischen Arbeitsform erscheinenden Tätigkeitsformen ist. Gewissermaßen könnte gesagt werden, dass hier tatsächlich eine Analogie besteht, denn ohne Zweifel baut das westlich-hegemoniale System der Arbeit schon alleine insofern auf die Peripherie, als jene maßgeblich zur „stofflichen Reproduktion“ qua natürliche Ressourcen beiträgt. Ähnlich argumentierten auch bereits die Bielefelder Subsistenztheoretikerinnen, jedoch ohne den arbeitskritischen Totalitätsbezug. So zogen sie aus der an sich interessanten theoretischen Erweiterung falsche, weil allzu unmittelbare politische Schlüsse. Denn Reproduktion und Produktion, hegemoniale und subalterne Momente sind eben nicht einfach aufzulösen, indem festgehalten wird, dass ja eigentlich eine große Masse an nicht-wertschaffenden Tätigkeiten die Basis der kapitalistische Ökonomie im engeren Sinn ist und dieser Tatsache nur politisch Geltung verschafft werden muss. Denn

dies würde gerade die eigentliche (patriarchale) Herrschaftslogik des Kapitalismus ignorieren, die in der fetischistischen Verkehrung von Inhalt und Form liegt: es ist kein „reales“ Substrat, keine „wirkliche“ Basis der Tätigkeiten ausmachbar; „real“ wird nur, was in der Form aufgeht und zugleich ist die Form der Arbeit die einzige relevante Realität. Die damit einhergehenden Ausschlussmechanismen sind konstitutiv und spannen ein Netz immanenter Widerspruchsachsen auf, die sich beständig auftun, wenn eine transzendierende Perspektive angestrebt wird. Hiergegen kann im Einzelnen natürlich sehr wohl aufbegehrt werden; die systematische Ignoranz gegenüber reproduktiven Tätigkeiten (im Haushalt wie auch in globalerer Perspektive), ja ihre gesellschaftlich wirkliche Irrelevanz wird dadurch aber niemals überwunden werden. Hierfür müsste die gesamte Logik der Arbeit als hegemoniales, gesellschaftsordnendes Prinzip ausgehebelt werden.

Wider der Politik vom Standpunkt der Arbeit aus

Im Lichte dieser kategorialen und geschlechterkritischen Arbeitskritik lässt sich dann auch die Politisierung des Begriffs Arbeit in der klassischen ArbeiterInnenbewegung problematisieren. Sie musste in zweierlei Hinsicht zu kurz greifen.

Einerseits bezog sie sich durch und durch positiv auf Arbeit, nicht nur im Sinne der Standpunktposition des Proletariats, sondern noch viel weitergehend mit Bezug auf die „produktiven“, schaffenden Seite der Arbeit und der zugehörigen kulturellen Vermittlung (z.B. des „Proletkults“). Die (enthistorisierte) Betonung der Produktivität und des Wachstumsaspekts war jedoch im Totalitätsbezug natürlich stets auf die Kapitaleseite verwiesen. Die verquere „staatskapitalistische“ Akkumulation der realsozialistischen Länder verdeutlichte dies anschaulich, da in ihr – trotz des Versuches der Eliminierung von Marktkonkurrenz und Klassenherrschaft – weiterhin der stumme Produktivitätszwang einer „sekundären Arbeitsvergesellschaftung“ wirkte (1). Dass Kapitalismus als totalitäre Vergesellschaftung in pluralsten Spielarten auftreten kann und selbst noch in

gemäß der eigenen Logik defizitärer Form (ohne umfassender Marktvermittlung) relativ lang existieren konnte, lässt sich hieraus ebenfalls auch lernen. Ebenso sollte hieraus der Schluss gezogen werden, dass der positive Bezug auf Arbeit immer in eine Sackgasse führt. Auch eine vorsichtiger Politik, die den Arbeitsstandpunkt verteidigen will um ihn letztlich abzuschaffen, ist hier noch kritisch zu betrachten: Sie hat zwar ihre immanente Berechtigung in den alltäglichen (Über-Lebens-)Kämpfen der Arbeitenden; dennoch ist sie letztlich nicht immanent, als sie auf das Hier und Jetzt bezogen ist, sondern auch zu problematisieren, weil sie dazu tendiert den Status Quo zu verfestigen und somit letztlich sogar noch der Durchsetzung der weiteren Arbeitsvergesellschaftung zuzuspielen.

Schließlich ist allerdings die arbeiterInnenbewegte Politisierung der Arbeit auch in einer patriarchatskritischen Hinsicht letztlich nicht zu halten. Denn im Standpunkt der Arbeit wird niemals das (weibliche) Andere aufgehen können, es wird ihm bei allen Annäherungsversuchen stets äußerlich bleiben müssen, da auf einer tiefen symbolischen Ebene Arbeit als „Motor“ des warenproduzierenden Patriarchats immer männlich besetzt bleiben wird. Dies selbst dann noch, wenn es gar nicht mehr „biologische Männer“ sind, die da arbeiten – die Rollenzuschreibung folgt weiterhin einer patriarchalen, heteronormativen Logik, in der klar ist, dass die wertförmig-patriarchale Herrschaftsmaske und das, was sie als „das Männliche“, als maskulinistische Ideologie hervorbringt, trotz aller Flexibilisierungen dominant bleiben. Dieses Schisma beweist wiederum auch die historische Erfahrung der zweiten Frauenbewegung, in der sich die sozialistischen und feministischen Positionen sukzessive voneinander weg entwickelten, je mehr geschlechterkritische Theorie und Praxis sich radikalisierte. Immanent sind diese Seiten auf Grund der basalen Formlogik auch nicht zusammen zu bringen, müssen zwei oppositionelle Achsen des im System stattfindenden Emanzipationskampfes darstellen (2). In der Kritik des Gesamtzusammenhangs sollten

sie jedoch als dialektisch aufeinander bezogene Seiten des einen Systems „warenproduzierendes Patriarchat“ verstanden werden.

Politische Handlungspotentiale müssen nun zwangsläufig im Bestehenden beginnen, gerade wenn sie jenes Bestehende überwinden möchten. Wollen sie dies aber wirklich konsequent tun, in diesem Sinne „politisch radikal“ sein, so müssen sie die Ebene der kategorialen Kritik zumindest implizit nachvollziehen. Dies bedeutet für Bewegung mit der Standpunktbestimmung „Arbeit“ (oder auch „Hausarbeit“ bzw. die ganze Sphäre der „weiblichen“ Tätigkeitsfelder, die ja prinzipiell eben nicht eingeeht ist, viel stärker mit dem „Frau-Sein“ als solchem verknüpft ist), dass sie mindestens in ihrer Überwindungsperspektive über bloße Lippenbekenntnisse hinauskommen muss. Eine positive Bezugnahme auf die eigene Subjektposition mit all ihren symbolischen Gehalten verbietet sich insofern, was natürlich die paradoxe Situation einer widersprüchlichen Politik mit sich bringt: „nach außen hin“ muss ein Status verteidigt werden, der „nach innen hin“ nicht nur abgelehnt werden sollte, sondern als Zustimmung, als Pein und als „unechte Notwendigkeit“ verspürt werden müsste. Das chauvinistische Pochen auf Produktivität und Fleiß müsste dabei zu allererst fallen, ebenso wie eine bloße Anerkennungsperspektive in der Logik des Systems immer nur als Mittel zum Zweck, als notwendige Nebensache fungieren dürfte. In diesem Punkt ist Paul Lafargue – der nicht zuletzt selbst aufgrund seiner Hautfarbe als „Anderes der Arbeiterbewegung“ diskriminiert wurde und so die widersprüchliche Konstitution wohl deutlicher vor Augen hatte, als die meisten Anderen – immer noch ein guter Stichwortgeber für ein politisches Credo: Für ein „Recht auf Faulheit“!

Elmar Flatschart ist Dissertant am ipw

- (1) Vgl. hierzu anschaulich:
- (2) Dabei ist natürlich auch eine Politik vom Standpunkt der Frau aus zu problematisieren. Aus falschen Motiven, aber in der Konsequenz der Kritik der Identitätspolitik richtig hat dies auch Judith Butler in ihren Arbeiten nachgewiesen.

Bierwisch, M. (2003): Arbeit in verschiedenen Epochen und Kulturen – Einleitende Bemerkungen, in: Die Rolle der Arbeit in verschiedenen Epochen und Kulturen, ed. Bierwisch, M, 7-19. Berlin: Akademie Verlag

Kurz, R. (1994): Kollaps der Modernisierung Leipzig: Reclam

Marx, K. (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42 of. Berlin: Dietz

Sohn-Rethel, A. (1973): Warenform und Denkform. Versuch über den gesellschaftlichen Ursprung des „reinen Verstandes“. In Geistige und körperliche Arbeit, 30-115. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Werlhof, C.V. (1983): Lohn ist ein „Wert“. Leben nicht? Auseinandersetzung mit einer „linken Frau“. Replik auf Ursula Beer. Prokla 50

WANTED!

Fair-Trade-Label für akademische Arbeit

Elisabeth Simbürger

Das Jahr 2011 war von zahlreichen Studierendenprotesten weltweit geprägt. Großbritannien, Österreich, Puerto Rico, Kolumbien und insbesondere Chile waren und sind Schauplätze von Demonstrationen der Studierenden gegen Studiengebühren, Hochschulkapitalismus, und den drohenden Verlust von Bildung als öffentlichem Gut. AkademikerInnen nehmen in diesen Protesten zumeist nur eine Nebenrolle ein. Dies sei umso erstaunlicher, als die prekäre Lage von Studierenden und AkademikerInnen erstaunliche Parallelen aufweist, so Gigi Roggero, der das Phänomen von prekarierten Studierenden und AkademikerInnen in Italien und Nordamerika empirisch erforscht hat. Die Grenzen zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt verschwimmen zunehmend, worin Roggero ein Charakteristikum von kognitivem Kapitalismus ortet: „In the overlap between the educational and labor markets, the devaluation of knowledge is immediately a devaluation of the workforce. In this scenario the student no longer responds to the classic figure of the worker-in-training but immediately becomes a worker, or better, a precarious worker. Indeed, the struggle against *déclassement* and ‘precarization’ have been central objectives of recent university movements“ (Roggero, 2011: 3).

Studierende und AkademikerInnen in der Prekaritätsfalle

Für lange Zeit galt Hochschulbildung als Garant für Beschäftigungssicherheit und hohes Einkommen. Dies hat sich mit dem verstärkten Ansturm auf Universitäten seit den 1970er Jahren und dem steigendem Bedarf nach höherqualifizierten Arbeitskräften radikal geändert. Obwohl akademische Zertifikate mittlerweile für den Eintritt in den hochschwelligeren Arbeitsmarkt unabdingbar geworden sind, sind sichere Beschäftigungsverhältnisse und ein abwechslungsreicher, selbstbestimmter Tätigkeitsbereich nicht mehr die logische Folge eines langjährigen Studiums. Der Begriff der „Generation Praktikum“ beschreibt die Problemlage einer ganzen Generation. Universitätsbildung ist dabei oft nicht viel mehr als ein erstes Sprungbrett zu Gratisarbeit in Form von Praktika und führt erst nach mehreren Jahren, wenn überhaupt, zu längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen. Für Großbritannien sprechen Patrick Ainley und Martin Allen treffend von der „Lost Generation“: Universitätsausbildung resultiere nicht im erhofften sozialen Aufstieg und besseren Gehältern, sondern endet in der jahrelangen Rückzahlung von Studiengebühren und schlecht bezahlten und unerfüllenden Jobs (Ainley and Allen, 2010). Der Begriff des „deskilling“ bezeichnet das Phänomen von hochqualifizierten und schlecht-bezahlten Arbeitskräften, deren Tätigkeitsbereich und Qualifikation durch verstärkte Kontrolle und

Automatisierung entwertet wird (Brown and Scase, 2001). Im Jahr 2012 handelt es sich hierbei bereits um einen „alten Hut“ der auf Fredrick W. Taylors bahnbrechende Publikation „The principles of scientific management“ zurückgeht. Eine von Taylors Strategien zur Outputmaximierung war die Anwendung von Prinzipien wissenschaftlichen Managements auf Arbeit (Taylor, 1967). Das Prinzip der Arbeitsteilung in Planung und Ausführung erlaubt es dem Management, die Kontrolle über den gesamten Arbeitsprozess gewinnen. Dieses Phänomen hat in der Privatwirtschaft schon vor Jahrzehnten Fuß gefasst und letztlich mit etwas Verspätung auch den akademischen Bereich erreicht (Dominelli und Hoogvelt, 1996). Quality Assurance in Forschung und Lehre sowie Outputagreements gehören für AkademikerInnen heute zum Arbeitsalltag (Bryson, 2004; Simbürger, 2009). Wissen wird dabei zum ökonomischen Produkt gemacht und komplexe, kritische geistige Arbeit in kleinere und klar trennbare Arbeitsschritte geteilt. Dies geht mit einer Abwertung von akademischer Arbeit einher (Dominelli and Hoogvelt, 1996).

Frederick W. Taylor und die Transformation akademischer Arbeit: die akademische Fabriksarbeiterin

Globale Netzwerke wie Edufactory sind darum bemüht, die globale Dimension des Problems der neoliberalen Universität darzustellen (www.edufactory.org). Gigi Roggero, Mitbegründer und Aktivist von Edufactory, vertritt in seinem Buch „The production of living knowledge“ die These, dass es sich bei akademischer Arbeit um die neue Fabriksarbeit handelt (Roggero, 2011). Anders gesagt könnte man von einer teilweisen Taylorisierung von akademischer Arbeit sprechen (Barry et al., 2001; Ozga und Lawn, 1988). Der Vergleich mit Fließband und Vollautomatisierung muss dennoch mit Vorsicht unternommen werden, als akademische Arbeit trotz aller Fragmentierung noch nicht vollständig automatisiert ist und Raum für Gestaltung lässt. In vielen Ländern sind ein

PhD und zahlreiche Publikationen jedoch keine Garantie mehr für eine fixe Stelle (Hockey, 2004). Akademische Billiglohnarbeit ist insbesondere für private Universitäten ohne staatliche Förderung ein zentraler Bestandteil der Aufrechterhaltung des Universitätslebens.

In Chile, der Wiege des Neoliberalismus, dem ersten Land in welchem Friedrich Hayeks Wirtschaftsmodell auf laboratorische Weise während der Pinochetdiktatur zwischen 1973 und 1990 mit Zwang implementiert wurde, und das 2011 mit der massiven Studierendenbewegung in den Schlagzeilen war, ist die Situation der akademischen Arbeit ein akutes Problem. Eine jüngst gegründete Assoziation für prekarierte Lehrende an Universitäten gibt an, dass 62% aller Universitätslehrenden in Chile – mehr als 33.000 Personen – nur stundenweise bezahlt werden (Reyes León and Santos, 2011). Mehr als 33.000 Personen in Chile arbeiten als umgangssprachlich sogenannte Taxi-Professoren (*profes taxi*). Insbesondere private Universitäten geben stündlich bezahlten AkademikerInnen oftmals ganz klare Vorgaben zu Lehrplan und Unterrichtsinhalt. Die angebliche Freiheit der Lehre bleibt somit auf der Strecke, ganz zu schweigen von einer möglichen Verbindung zwischen Forschung und Lehre im humboldtschen Sinne. Profes-Taxi können von Forschung nur mehr träumen.

Fair-Trade-Labels für akademische Arbeit?

In der iso-zertifizierten Welt von heute erstaunt es, dass akademische Arbeit noch nicht genauer unter die Lupe genommen worden ist. Wenngleich AkademikerInnen immer mehr und besseren Output produzieren sollten, welcher durch Quality Assurance Agreements und Benchmarking kontrolliert wird, scheint Qualitätskontrolle von akademischen Arbeitsbedingungen noch kaum verbreitet zu sein. Während viele chilenische Universitäten ihre Studienprogramme damit bewerben, dass ein hoher Prozentsatz der Lehre von AkademikerInnen mit MA oder PhD durchgeführt wird, werden die eigentlichen Arbeitsbedingungen von Lehrenden totgeschwiegen. Die Asociación de académicos a

honorarios (Assoziation der Taxi-Professoren) hat die nationale Quality Assurance Agentur dafür angeprangert, Universitäten zu akkreditieren, ohne die Arbeitsbedingungen ihrer Lehrenden zu prüfen (Reyes León and Santos, 2011). Auf diese Weise würden zudem auch noch die Bildungscredentials von lediglich stundenweise beschäftigten AkademikerInnen dazu benutzt, um zukünftige Studierende anzuwerben.

Der Kleidungsproduktionsbereich ist in den letzten Jahren immer mehr für Ausbeutungsarbeitsverhältnisse in Niedriglohnländern angeprangert worden. Clean Clothing-Kampagnen sollten nach dem Beispiel von Fair Trade Coffee dazu führen, dass KonsumentInnen nicht nur ein Produkt, sondern auch die Gewissheit kaufen, dass Selbiges unter menschenwürdigen Umständen produziert wurde. Auf Druck von KonsumentInnen hat in den letzten zwanzig Jahren ein Umdenkprozess eingesetzt (Gendron, C. and Bisailon, V. and Rance, A. I. 2009). Es gibt jedoch keinen Grund, warum sich ethischer Konsum nur auf Kleidungsstücke und Kaffee beschränken sollte, die in Niedriglohnländern produziert wurden. In den 1990er und frühen 2000er-Jahren hat sich Bildung zum ökonomischen Konsumgut Nr. 1 entwickelt. In diesem Sinne könnte es für Studierende und Eltern als sogenannte BildungskonsumentInnen von zunehmendem Interesse sein, einen akademischen Titel an einer Universität erlangen zu wollen, welche ihre AkademikerInnen auf nachhaltige Weise beschäftigt. Quality Assurance und Marktlogik einmal anders gedacht, könnte ein Fair-Trade-Label für akademische Arbeit sogar gewisse Wettbewerbsvorteile für Universitäten mit sich bringen. Freilich setzt dies auch voraus, dass gute Arbeitsbedingungen und vertragliche Verhältnisse für KonsumentInnen ein Wert an sich wären. Es steht zudem wohl außer Frage, dass ein Fairtrade-Label für akademische Arbeit lokalen und globalen Charakter hat. Ausbeutung im akademischen Bereich ist allerortens gang und gäbe. Ihre „Opfer“ sitzen mit dir in Wien, Klagenfurt, London, München, New York, Santiago und Mexico City im Kaffeehaus.

Elisabeth Simbürger lebt und forscht in Santiago de Chile (Universidad Diego Portales) und arbeitet zur Zeit an einem dreijährigen Forschungsprojekt zu akademischer Arbeit und Identität in neoliberalen Hochschullandschaften, am Beispiel Chile.

Académicos a honorarios (2011): <http://www.ahonorarios.org/> [accessed 2nd December 2011].

Ainley, P. und Allen, M. (2010): *Lost Generation? New Strategies for Youth and Education*. London: Continuum.

Barry, J. and Chandler, J. and Clark, H. (2001): „Between the Ivory Tower and the Academic Assembly Line“. *Journal of Management Studies* 38 (1): 87-101.

Brown, P. and Scase, R. (2001): *Higher Education & Corporate Realities. Class, Culture and the Decline of Graduate Careers*. London: UCL Press.

Dominelli, L. and Hoogvelt, A. (1996): „Globalization, contract government and the Taylorization of intellectual labour in academia“. *Studies in Political Economy* 49: 71-100.

Edufactory, (2011): www.edufactory.org [accessed 18th August 2011].

Gendron, C. and Bisailon, V. and Rance, A. I. (2009): „The institutionalization of Fair Trade. More than just a degraded form of social action.“ *Journal of Business Ethics* 86: 63-79.

Hockey, J. (2004): „Working to return to employment: the case of UK social science contract researchers“. *Studies in Higher Education*. 29 (5): 559-574.

Ozga, J and Lawn, M. (1988): „Interpreting the labour process of teaching“. *British Journal of Sociology of Education* 9: 323-336.

Reyes León, D. and Santos, M. (2011): 'LOS PROFESORES TAXIS - El hedor de lo heredado: La desprofesionalización académica y su parqū humano'. *Le Monde Diplomatiquē*. Edición Chilena. 3rd October 2011. <http://www.lemondediplomatiquē.cl/LOS-PROFESORES-TAXIS-El-hedor-de.html> [accessed 6th October 2011].

Roggero, G. (2011): *The Production of Living Knowledge. The Crisis of the University and the Transformation of Labor in Europe and North America*. Philadelphia: Temple University Press.

Simbürger, E. (2009): *Against and beyond – for sociology. A study on the self-understanding of sociologists in England*. Unpublished PhD thesis. University of Warwick.

Taylor, F. W. 1967. *The Principles of Scientific Management*. New York: Norton Library.

Immer der Arbeit nach!?

Das Zusammenspiel von Arbeit und Migration

Karima Aziz

Migration wird im medialen Diskurs und von rechts-populistischen ImmigrationsgegnerInnen gerne als Bedrohung für den nationalen Arbeitsmarkt inszeniert, in anderen Zusammenhängen wie beispielsweise auf europäischer Ebene setzt sich hingegen immer mehr die Erkenntnis der Notwendigkeit von Arbeitsmigration zur Erhaltung des bestehenden Gesellschaftssystems durch. Das Zusammenspiel von Arbeit und Migration führt in unterschiedlichen Zusammenhängen zu je spezifischen Situationen, was eine differenzierte Herangehensweise an die Thematik erforderlich macht. Migration und Arbeit hängen sowohl auf individueller als auch struktureller Ebene zusammen, so kann einerseits „immer der Arbeit nach“ (le monde diplomatique 2008) als Motivation zur Migration dienen und andererseits wirken Arbeitsmärkte und Migrationsregime zusammen.

Der Beginn der Arbeitsmigration nach Österreich wird meist mit dem GastarbeiterInnensystem ab Anfang der 1960er Jahre angesetzt, hierbei forcierte Österreich mit Hilfe von bilateralen Anwerbeabkommen mit Ländern wie der Türkei und dem damaligen Jugoslawien eine gezielte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument sollte allerdings eine dauerhafte Niederlassung in Österreich durch Rotation verhindern, doch Österreich wurde dennoch zum „Einwanderungsland wider Willen“ (Fassmann/Münz 1996: 209).

Die Folgen des fehlenden politischen Bekenntnisses zur Migration, wie mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende sozioökonomische Gleichstellung, beschränkte Zugangs-Möglichkeiten zu Bildung, Wohnen, Arbeit und Partizipation, dominieren den heutigen österreichischen Integrationsdiskurs (vgl. Allgäuer et. al. 2010). Obwohl Österreich und vergleichsweise auch die BRD ein in ihren Folgen schlechtes Beispiel für die Organisation von angeworbener migrantischer Arbeitskraft lieferten, war dies anderen Ländern wie beispielsweise Island keine Lehre und führte nicht zu einem stärkeren Bekenntnis zur Immigration, was bei der Konferenz „Integration and Immigrants’ Participation“ in Reykjavik im November 2011 deutlich wurde. Während des Baubooms in Island 2006 wurden zahlreiche polnische BauarbeiterInnen angeworben, welche jedoch nach der Finanzkrise 2008 nicht in andere Arbeitsmarktsektoren eingebunden werden konnten, was von Seiten des isländischen AMS vorzugsweise mit mangelnden isländischen Sprachkenntnissen erklärt wird. Die Erwartung der politischen Verantwortlichen, MigrantInnen würden bei Verlust oder nach Auslaufen der Beschäftigung in ihre Heimat zurückkehren, traf wiederum nicht ein. Denn einerseits verhindert die bereits entwickelte soziale Verankerung im Zielland eine Remigration und andererseits ist insbesondere die Rückkehr als „erfolgloseR“ MigrantIn eine unterschätzte Barriere.

Nachfolgend auf das GastarbeiterInnensystem wurden in Österreich rechtliche Regelungen zu Aufenthalt und Beschäftigung zunehmend verschärft mit dem Ziel einer Reduktion und Steuerung einer „unkontrollierten Zuwanderung“ (König/Stadler 2003: 228). Restriktive Migrationsregime können Migration jedoch nicht verhindern, sondern führen vielmehr zur Entwicklung von informellen Beschäftigungssektoren und irregulärer Wanderung, wie am Beispiel des informellen Pflegedienstleistungsmarktes in Österreich deutlich wurde. Hierbei bestimmen Nachfrage und Angebot die Organisation von Arbeitsmigration.

Die österreichische Regierung, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer zählten zu den ersten Befürwortern legislativer Einschränkungen für ArbeitsmigrantInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Aufgrund der Einkommensunterschiede, der geografischen Nähe der neuen Mitgliedsstaaten, bereits etablierter Wanderung aus diesen Gebieten und der damaligen Prognosen, die von 3 bis 5 Millionen ArbeitsmigrantInnen in der Phase von 2005-2030 ausgingen, wovon 20% nach Österreich hätten kommen sollen, bestand die Befürchtung einer „Überflutung“ des Arbeitsmarktes (vgl. Tamas/Münz 2006: 100). Mit 1. Mai 2011 ist nun die Übergangsfrist für Arbeitskräfte aus Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen ausgelaufen, jene für Rumänien und Bulgarien wurde bis 2013 verlängert. Eine „Überflutung“ des Arbeitsmarktes wurde seit dem Ende der Übergangsregelung nicht festgestellt, vielmehr stand beispielsweise die Tourismus-Branche vor dem Problem, dass die Kontingente für ausländische Saisoniers aufgrund des Auslaufens gekürzt werden sollten, obwohl ein Drittel der Beschäftigten nicht aus dieser Ländergruppe stammt (vgl. der Standard 3. Februar 2011).

Die Konzeption von Migration als einmaliger Wanderung in eine Richtung wie im GastarbeiterInnensystem ist allerdings längst überholt (vgl. Cyrus 2000: 95). Begriffe wie Pendel-, zirkuläre oder Quasi-Migration

versuchen die neuen Formen der internationalen Migration zu benennen. Norbert Cyrus (2000: 96) verweist in diesem Zusammenhang auf die Relevanz von mobilen Migrationsmustern und konzipiert den/die TransmigrantIn mit einer multiplen oder hybriden Identität und einer grenzüberschreitenden, transnationalen Beziehungsstruktur (vgl. Pries 1997: 3-6). Gemäß Cyrus (2000: 101) können trotz fließender Grenzen fünf Idealtypen von MigrantInnen beschrieben werden, die entlang ihrer Integration in der Ankunfts- und Herkunftsgesellschaft unterschieden werden: EinwandererInnen, TransmigrantInnen, PendlerInnen, Wurzellose und GemeinschaftssiedlerInnen.

Insbesondere politische Restriktionen bezüglich Aufenthalt und Beschäftigung haben diese Heterogenität der Migrationstypen bedingt, da sich MigrantInnen den jeweils neuen Rahmenbedingungen anpassen, so diente das Migrationsregime ungewollt als Basis für die Entstehung mobiler Migrationsmuster und des informellen Sektors (vgl. Cyrus 2000: 100 f.). Zusätzlich zum restriktiven Migrationsregime begünstigen auch bessere Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, Globalisierung, migrantische Netzwerkstrukturen, ethnische/nationale Differenzierungen von Arbeitsmärkten und die Anonymität im sozialen Raum Transnationalisierung.

Soziale Netzwerke (vgl. Haug 2000: 19 f.) sind hierbei zentral, da sie einerseits Migrationsentscheidungen beeinflussen können und andererseits zur Entstehung von Kettenmigration führen. Demnach können durch Kontakte in den Zielländern die Risiken und Unkosten der Migrationsentscheidung minimiert werden, beispielsweise durch Hilfe bei der Arbeitssuche. Im Rahmen derartiger Kettenwanderungen sind MigrantInnen dann auch leichter in der Lage staatliche Regelungen zu umgehen.

Die Methoden, mit der zunehmenden Informalität von Beschäftigungen umzugehen, tendieren zu einer Perpetuierung der bereits etablierten prekären Regelungen. Sowohl die

Dienstleistungsschecks in der BRD (vgl. Lutz 2007) als auch die Formalisierung der 24h-Pflege in Österreich orientierten sich entlang der prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse von migrantischen HaushaltsarbeiterInnen. Hierfür wurden in Form von Ausnahmeregelungen enorme Eingriffe in arbeitsrechtliche Grundstandards vorgenommen, die Regelungen bezüglich Arbeitszeiten, Entlohnung etc. untergraben. So werden sowohl das Migrationsregime als auch arbeitsrechtliche Bestimmungen umgangen ohne die Situation migrantischer Arbeitskräfte zu verbessern. Deutlich wird hierbei, dass die Aufrechterhaltung des bestehenden Gesellschaftssystems verbunden mit steuerlichen Einnahmen und der Entkriminalisierung der ArbeitgeberInnen im Vordergrund stehen und nicht die arbeitsrechtliche Gleichstellung, die Absicherung oder das Verhindern von Ausbeutung von MigrantInnen.

Aufgrund der Privatheit des Arbeitsplatzes werden Vergehen im Privathaushalt dennoch kaum verfolgt, in anderen Beschäftigungssektoren wird Informalität hingegen teilweise scharf geahndet, wie beispielsweise bei Razzien gegen Schwarzarbeit am Bau. Hierbei werden bei migrantischen Arbeitskräften häufig sowohl arbeitsrechtliche als auch aufenthaltsrechtliche Verstöße tragend. Die Prekarität der Arbeits- und Lebenssituation folgen aus der Unsicherheit sowie Ausbeutung in Bereichen der Arbeitszeit, Entlohnung und sozialrechtlicher Ansprüche. Wie an den fast schon plakativen Beispielen des Privathaushaltes und des Bausektors deutlich wird, bestehen geschlechterspezifische Arbeitsteilungen auch bei migrantischen Arbeitskräften. Dies folgt der Logik der herrschenden Geschlechterverhältnisse genau so wie im Gros des Arbeitsmarktes, welcher zudem auch noch von einer ethnischen Segmentierung geprägt ist.

Diese ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes (vgl. Herzog-Punzenberger 2005) wird am Beispiel türkischer StaatsbürgerInnen und/oder in der Türkei Geborener deutlich, von welchen sich ca. 63% der zwischen 15 und 35 Jährigen im Segment der un- oder angelernten ArbeiterInnen wieder findet, während nur 13%

einer Facharbeitsstelle nachgehen. Barbara Herzog-Punzenberger (2005) beschreibt auch eine Hierarchisierung unter MigrantInnengruppen entlang von unterschiedlichem Human- und Sozialkapital; dementsprechend kann die Arbeitsmigration von deutschen StaatsbürgerInnen nach Österreich als "Elitenwanderung" bezeichnet werden. Erfolg und Aufstieg in der Migration hängen demnach vom jeweiligen Human- und Sozialkapital ab, aber auch die Zielsetzung einer Migrationsentscheidung bestimmt die Beurteilung des Erfolgs. Ist die Wanderung Teil einer Haushaltsstrategie, um beispielsweise die Ausbildung der Kinder oder einen Hausbau zu finanzieren, muss die Arbeitsstelle nicht einem gewissen Prestige entsprechen und auch prekäre Arbeits- und Lebenssituationen werden als Teil des Deals akzeptiert.

Durch ethnische Segmentierung und mangelhafte Ausbildungs-Anerkennungsregelungen bleiben wertvolle Fähigkeiten von MigrantInnen ungenutzt, diesem „brain waste“ wurde im Juli 2011 in der neuen Europäischen Agenda für Integration Rechnung getragen, in welcher die Europäische Kommission die Mitgliedsstaaten dazu aufruft, Dequalifizierung durch effektivere Anerkennungsmethoden entgegen zu wirken. Insbesondere für Flüchtlinge könnte eine Verbesserung der Akkreditierung vorteilhaft sein, da sie während des häufig langen Asylverfahrens aufgrund der Verwehrung des Arbeitsmarktzuganges eine Phase der Dequalifizierung durchleben und ihre teils hochwertigen Abschlüsse auch bei einem positiven Bescheid selten anerkannt werden, wie regelmäßig aus der Beratungstätigkeit der Caritas berichtet wird. Eine Neuregelung des Arbeitsmarktzugangs von AsylwerberInnen in Österreich ist ohnehin längst überfällig, denn in der herrschenden Regelung wird vor allem von Prostitution und ein wenig von Saisonarbeit als legaler Arbeitsmöglichkeit für AsylwerberInnen Gebrauch gemacht. Auch bei der erwähnten Konferenz in Island berichtete die isländische AMS-Vertreterin von überraschenden Qualifikationen der arbeitslosen MigrantInnen wie im Medienbereich, mit Hochschulabschlüssen etc., welche sie aufgrund der vorherigen

Beschäftigung im Bausektor nicht erwartet hätte. In Island, einem Land in dem es nur Quotenflüchtlinge gibt, läst übrigens die Verwehrung des Arbeitsmarktzuganges für AsylwerberInnen enormes Erstaunen und Entrüstung aus.

Die Bedrohungsszenarien für den nationalen Arbeitsmarkt fördern die politische Zurückhaltung im Bekenntnis zu Migration. Doch das daraus folgende restriktive Migrationsregime führt zu informellen Arrangements, die weder dem Bedrohungsszenario entgegen wirken noch die Situation der migrantischen Arbeitskräfte verbessern. Vielmehr wird die Erhaltung des Gesellschaftssystems auf dem Rücken der hierarchisch am weitesten unten stehenden Gruppen erreicht; doch Lebenslagen werden immer subjektiv wahrgenommen und so nehmen migrantische Arbeitskräfte häufig Unsicherheit und Ausbeutung in Kauf für einen höheren Lebensstandard für sich und ihre Familien.

Karima Aziz ist Polonistin, Politikwissenschaftlerin und Projektmitarbeiterin bei Missing Link /Gemeinwesen von Asyl & Integration NÖ der Caritas der Erzdiözese Wien.

Allgäuer, Alicia/ Kreutzer, Mary/ Schmidinger, Thomas (Hg.)(2010): ZusammenReden - Debatten über Integration in österreichischen Kommunen. Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag.

Cyrus, Norbert (2000): Mobile Migrationsmuster. Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland. In: Berliner Debatte INITIAL 11, 5/6, S.95-103.

Der Standard 3. Februar 2011: Saisonnier Kontingente werden gestützt.

European Agenda for the Integration of Third-Country Nationals 20.07.2011 url: http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110720/1_EN_ACT_part1_v10.pdf zuletzt aufgerufen am 09.01.2012.

Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (1996): Österreich - Einwanderungsland wider Willen. In: Fassmann, Heinz (Hg.): Migration in Europa: historische Entwicklungen, aktuelle Trends und politische Reaktionen. Frankfurt, Main (u.a.): Campus-Verlag, S. 209-229.

Haug, Sonja (2000): Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Nr. 30. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Herzog-Punzenberger, Barbara (2005): Schule und Arbeitsmarkt ethnisch segmentiert? Einige Bemerkungen zur „Zweiten Generation“ im österreichischen Bildungssystem, In: Binder, Susanne (Hg.) (u.a.): Herausforderung Migration. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien, S. 191-211.

König, Karin/ Stadler, Bettina (2003): Entwicklungstendenzen im öffentlich-rechtlichen und demokratiepolitischen Bereich. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt/Celovec: Drava, S. 226-260.

Le monde diplomatique (2008): Immer der Arbeit nach. Migration im Zeitalter der Globalisierung. Edition Nr. 4.

Lutz, Helma (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen: Barbara Budrich.

Pries, Ludger (1997): Neue Migration im transnationalen Raum. In: Pries, Ludger (Hg.): Transnationale Migration. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges., S.15-45.

Tamas, Kristof/ Münz, Rainer (2006): Labour Migrants Unbound? EU Enlargement, Transitional Measures and Labour Market Effects. Stockholm: Institute for Future Studies.

Arbeit ohne Wert: Hausarbeits-debatte und Gesellschafts-kritik

Ruth Kager

Kaum eine andere Debatte zeigt so gut, wie sehr feministische Problemstellungen gesamtgesellschaftliche Herausforderungen betreffen. Die Hausarbeitsdebatte als nach wie vor bedeutenden Ausgangspunkt (feministischer) gesellschaftskritischer Interventionen vorzustellen, bildet deshalb das Anliegen dieses Artikels.

Welches gesellschaftliche Verhältnis wird mit der Forderung „Lohn für Hausarbeit“ und dem darin problematisierten Verständnis von Hausarbeit als Nicht-Arbeit herausgefordert? Geht es um die kapitalistische Produktionsweise, die sich geschlechtsspezifische Zuschreibungen zur Steigerung von Profit zunutze macht? Oder bezeichnen asymmetrische Geschlechterverhältnisse ein Ausbeutungsverhältnis, das der kapitalistischen Aneignung menschlicher und natürlicher Ressourcen per se zugrunde liegt? Die für die Hausarbeitsdebatte kennzeichnende Herausforderung bestand insbesondere für marxistisch-feministische TheoretikerInnen darin, eine vermittelnde Antwort für beide Problemstellungen zu finden. Der Hauptstreitpunkt war schließlich, ob eine solche Vermittlung überhaupt möglich bzw. sinnvoll sei. Im Folgenden soll ausgehend von einer ausführlicheren Darstellung des Bielefelder Subsistenzansatzes danach gefragt werden, ob sich eine derartige Polarisierung der Fragestellung durch eine Fokussierung ihrer politischen Relevanz vermeiden lässt.

Politische Grenzziehungen

Industrialisierung und Moderne haben ein hierarchisches Verhältnis von produktiven und reproduktiven Tätigkeiten vielleicht nicht erstmals hervorgebracht, jedoch der Entwicklung westlicher Demokratien zugrunde gelegt. Die durch dieses Verhältnis reproduzierte Hierarchie von Tätigkeiten wurde dabei immer auch staatlich reguliert und legitimiert. In der Institution der Ehe wurde die geschlechtsspezifische Auftrennung von öffentlicher bezahlter Produktion und privater unbezahlter Reproduktion normalisiert (vgl. Behning 2004: 193). Dass die beiden Bereiche nichts Natürliches, sondern durch politisches Handeln hergestellte Grenzziehungen darstellen, zeigt sich nicht zuletzt in der aktuellen Verschiebung und Vervielfältigung dieser Grenzen.

Damit soll nicht gesagt sein, dass das in der Kleinfamilie zelebrierte Ideal einer geschlechtsspezifischen Komplementarität von Produktion und Reproduktion jemals ohne Widersprüche existiert hätte. Während Geschlechterrollen auf die dichotome Trennung der beiden Arbeitsphären wie „zugeschnitten“ (ebd.) scheinen, können reproduktive Tätigkeiten durchaus kommodifiziert und produktive Tätigkeiten in den privaten Nahraum verlagert werden. Konstant scheint also weniger eine klar zu treffende Unterscheidung von Produktion/Öffentlichkeit und Reproduktion/Privatheit, denn die Geringschätzung „feminisierter“ Tätigkeitsbereiche

zu sein. Ob nicht bezahlt oder schlecht bezahlt macht schließlich kaum einen Unterschied. So sind Frauen* in den ersten Jahren dieses Jahrtausends zwar nicht mehr quantitative, aber doch „qualitative Verliererinnen“ (Notz 2010: 483) am westdeutschen Arbeitsmarkt, wo sie in dequalifizierten Bereichen länger und für weniger Geld und unter oftmals schwerwiegenden psychischen und physischen Belastungen arbeiten (vgl. ebd.).

Materialisierung der Ausbeutung

In marxistisch-feministischen Auseinandersetzungen der 1970er und 1980er Jahre ging es zunächst um den theoretischen Nachweis, dass Hausarbeit als produktive Arbeit zu werten sei. So argumentiert etwa Mariarosa Dalla Costa in ihrer richtungsweisenden Intervention, dass Reproduktionsarbeit zur Herstellung und beständigen Erneuerung der Ware Arbeitskraft als Quelle von Mehrwert anerkannt werden müsse (vgl. Dalla Costa 1973: 40). Claudia v. Werlhof spricht in diesem Zusammenhang von einer „Materialisierung des Materialismusbegriffs“ (v. Werlhof 1983: 49), die endlich zu leisten sei, wenn man(n) die marxistische Theorie bzw. deren gesamt-gesellschaftlichen Anspruch nicht endgültig aufgeben wolle.

Als eine der ersten und bedeutendsten Diskussionen der Neuen Frauenbewegung thematisierte die Hausarbeitsdebatte das Geschlechterverhältnis explizit als kapitalistisches Produktionsverhältnis (vgl. Baier 2010: 75). Es wurde versucht zu zeigen, wie „Frauenleben“ (Privatheit, Dequalifizierung, Unterbezahlung, Sexualisierung) ökonomisch ausgebeutet werden. Im Bielefelder Subsistenzansatz wurde dieser Nachweis radikalisiert und argumentiert, dass ökonomische Ausbeutung prinzipiell entlang vergeschlechtlichter (und also politischer) Achsen organisiert sei. Vergeschlechtlichung meint demnach, dass Arbeitskraft gerade nicht einen neutralen Maßstab bildet, sondern durch spezifische Eigenschaften besonders profitabel wird. Der reproduktive Charakter von Tätigkeiten, so die These, stellt hier einen maßgeblichen Faktor dar.

Globalisierte Reproduktion und Hausfrauisierung

Im von v. Werlhof gemeinsam mit Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies formulierten Subsistenzansatz wird die Bedeutung der Reproduktion radikalisiert, indem analog zur Hausarbeit auch Subsistenzproduktion (1) in der so genannten „Dritten Welt“ als Grundlage für kapitalistische Verhältnisse fokussiert wird. Reproduktion wird demnach nicht nur in den Haushalten der Industriestaaten verwertet, sondern der globale Süden insgesamt als reproduktive Basis zur Schaffung von Mehrwert entwertet. Die Ausbeutung von Nichtlohnarbeit erfolge auf der Ebene internationaler Arbeitsteilung quasi im Weltmaßstab (vgl. v. Werlhof 1983: 52).

Ausgehend von Rosa von Luxemburg und deren Verweis auf die Bedeutung nicht-kapitalistischer Bereiche als Voraussetzung für die Schaffung von Mehrwert, wird eine Parallele zwischen Frauen* und kolonisierten Menschen gezogen: „So ist die männliche Arbeitskraft der ‘3.’ Welt im Weltmaßstab eine ‘weibliche’, gegenüber der weiblichen aber weiterhin eine männliche. Auch das ist damit gemeint, wenn von ‘sozialer’, anstatt biologisch-individueller Bestimmung des ‘Geschlechts’ die Rede ist“ (ebd.: 54). Sexismus und Rassismus werden also nicht der kapitalistischen Problematik untergeordnet, sondern umgekehrt die kapitalistische Produktionsweise als solche in ihrer sexistischen und rassistischen Dimension analysiert.

Subsistenzproduktion sei darum nicht ein Überbleibsel traditioneller Gesellschaften, sondern unmittelbare Lebensgrundlage und Basis kapitalistischer Warenproduktion. Während also konventionelle Begriffe von Entwicklung und Unterentwicklung prinzipiell kritisiert werden, konstatiert der Bielefelder Ansatz schließlich eine generelle Tendenz von Hausfrauisierung als „strukturelle Grundlage für die Entwertung aller [weiblichen] Arbeit im Kapitalismus“ (Baier 2010: 76).

Nach v. Werlhof beschreibt eine solche Hausfrauisierung aber nicht eine historisch neue Entwicklungsweise kapitalistischer Vergesellschaftung, sondern die Entwertung der

Reproduktion als ihren zentralen Mechanismus. Damit ist schließlich auch die Ausbeutung von Naturressourcen gemeint bzw. von dem, was als „Natur“ verfügbar gemacht wird. So fragt v. Werlhof, ob die Ausbeutung von anscheinend „Natürlichem“ nicht immer schon profitabler gewesen sei. Insofern dem Dualismus von Natur und Kultur eine Geschlechterordnung zugewiesen ist, sei Prekarität für „weibliches“ Arbeiten und Leben prinzipiell bezeichnend (v. Werlhof 1983: 53f.). Weiblichkeit wird dabei aber nicht an biologischen Frauen*, sondern an naturalisierten Lebenszusammenhängen festgemacht.

Der Bielefelder Subsistenzansatz kann schließlich wie folgt zusammengefasst werden: Während die Produktion von Waren auf die Reproduktion von Leben angewiesen ist und deshalb Subsistenzproduktion ausgebeutet wird, kommt es zugleich zur Zerstörung ebendieser reproduktiven Basis. Um diese Ausbeutung zu verschleiern, wird Reproduktion (wie auch „männliche“ Lust oder Gewalt) naturalisiert und von gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen (während etwa „produktive“ Gewalt eingeschlossen wird). Dem entspricht das neuzeitliche dualistische Naturverständnis: Kultur wird im Gegensatz zu Natur gedacht und zur Legitimierung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung herangezogen. Der globale Süden wird dabei zur Subsistenzregion der Weltwirtschaft und Gewalt gegen Frauen* und kolonisierte Menschen zur alltäglichen Praxis (vgl. Baier 2010: 77).

Dieses selbstmörderische Fazit wird jedoch nicht ohne widerständige Hoffnung formuliert. Denn Subsistenzproduktion sei nicht auf ihre Rolle im kapitalistischen ökonomischen System zu reduzieren. Da sie nicht nur die Ware Arbeitskraft, sondern auch „lebendige Menschen“ (ebd.: 78) herstelle, bilde sie einen möglichen Ausgangspunkt für Widerstand. Die Verallgemeinerung der Subsistenzarbeit wird somit zur politischen Option. Dementsprechend wurde die im Rahmen der Hausarbeitsdebatte vorgebrachte Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ wie die dementsprechende Gleichstellungspolitik von der „Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen“ abgelehnt. Die Gleichberechtigung von Erwerbs- und Familienarbeit würde nicht nur eine

Anerkennung der Hausarbeit, sondern auch eine Verfestigung weiblicher Rollenzuschreibungen und der Ausbeutung reproduktiver Tätigkeiten bedeuten (vgl. Behning 2004: 199).

Postindustrielle Wohlfahrt

In frauenpolitischen Kontexten wird heute kaum mehr von Hausarbeit gesprochen. Familienarbeit in Kombination mit Erwerbsarbeit bildet das zentrale Thema. Es ist ein Kampf um Anerkennung der Doppelbelastung durch Familien- und Erwerbsarbeit, etwa durch die Vermeidung hierauf fußender Diskriminierung und entsprechende Fördermaßnahmen für eine gleichgestellte Partizipation am Arbeitsmarkt (vgl. ebd.: 199).

Während die Forderung nach Lohn für Hausarbeit heute veraltet scheint, waren Impulse der Hausarbeitsdebatte für die Entwicklung feministischer Sozialstaatskritik maßgeblich. Im Zentrum dieser Kritik stand der Nachweis, dass Sicherungssysteme auf männliche Lohnarbeit bzw. den Familienlohn eines Ehemanns ausgerichtet und für „weibliche“ Lebenszusammenhänge diskriminierend sind. Ein solches „Familienernährermodell“ war auch ausschlaggebend dafür, dass Sozialstaatstheorien nur dem Klassenkonflikt, nicht aber der sozialen Ungleichheit im Bereich der Reproduktion Rechnung trugen (vgl. ebd.: 200f.).

Mit der Krise industrieller Erwerbsarbeit, der Globalisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Verabschiedung vom keynesianischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im neoliberalen Staat wurde schließlich auch das Familienernährermodell fraglich. Auch das ist gemeint, wenn heute von der Erosion der Normalfamilie die Rede ist. Trotzdem ist, nicht zuletzt in Zeiten der Krise, eine Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen zu verzeichnen. Die arbeitsmarktpolitische Inklusion von Frauen* führt also mitnichten zur Abschaffung geschlechts-spezifischer Arbeitsteilung. Umgekehrt ist, wie im Bielefelder Subsistenzansatz konstatiert, von einer „Feminisierung“ der Erwerbsarbeit zu sprechen.

Geschlechtsspezifische Ausbeutungsverhältnisse sind allerdings entlang einer Mehrzahl von Konfliktlinien zu analysieren, etwa in Bezug auf Ethnizität, Herkunft, Sexualität, Alter und Disability. Dabei bleibt offen, wie der von feministischer Seite geforderte postindustrielle Wohlfahrtsstaat (Fraser) ausschauen könnte. Selbst das Grundeinkommen, das als Lösung gegen fortschreitende Prekarisierung verhandelt wird, „[steht] vor dem Dilemma, die Geschlechtszuschreibung von Arbeitsbereichen nicht aufzulösen“ (Behning: 201). In aktuellen Kontexten von Krise, Schulden und Sparpolitik bleiben feministische Interventionen schließlich von zentraler Bedeutung.

Naturalisierungen von Ausbeutung als politische Grenzziehungen

Bedenklich ist, dass im politikwissenschaftlichen Mainstream der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung nach wie vor eine Perspektive auf die öffentliche Sphäre dominiert (vgl. ebd.: 196). So können die durchaus variablen Grenzziehungen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, wie von Produktion und Reproduktion, nicht als Adjustierungen geschweige denn Grundlage von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in den Blick kommen. Dem entgegengesetzt müssen die Fragmentierung von Öffentlichkeit(en) und Privatheit(en) und die Verteilung reproduktiver Tätigkeiten in ihren geschlechtsspezifischen und anderen Dimensionen untersucht werden. Ein Fokus auf Mechanismen der Naturalisierung könnte dabei zu analytischer Schärfe verhelfen, um unterschiedliche und multidimensionale Achsen der Ausbeutung greifbar zu machen. Werlhofs Begriff von Naturalisierung als zentraler Mechanismus kapitalistischer Ausbeutung könnte hierbei einen interessanten Ausgangspunkt bilden. Im Subsistenzansatz werden Naturalisierungen auf mehreren Ebenen beschrieben, ohne ein essenzialistisches Verständnis von Geschlecht zu vertreten – denn im Gegensatz zum Geschlecht sind reproduktive Tätigkeiten konkret fassbar. Zentrale Fragestellungen wären dementsprechend, warum

reproduktive Arbeit in Zwangsverhältnissen organisiert wird, wie also Reproduktion entwertet und wer dieser Ausbeutung ausgesetzt wird. Dabei könnte die politische Gestaltung von Reproduktionsverhältnissen in den Vordergrund treten und Prozesse der Naturalisierung als politische Grenzziehungen verstehbar werden. Politik hat immer auch mit der Regulierung von Reproduktion zu tun. Entscheidend scheint also, wie solche Verhältnisse politisch festgelegt werden und dass immer erst entschieden wird, wer sich welchen naturalisierten Zwängen zu beugen hat. Die kapitalistische Produktionsweise wird vor diesem Hintergrund als Prozess verstehbar, in dem Zwänge spezifisch verteilt werden. Verhältnisse von Produktion und Reproduktion, in historisch spezifischen Entwicklungsweisen auf bestimmte Art und Weise determiniert, sind demnach Bestandteil von Strategien, der Reproduktion Herr zu werden. Nach wie vor geht es deshalb darum, herrschaftslos über diese Verhältnisse zu entscheiden.

(1) Als Subsistenzproduktion wird „die gebrauchswertorientierte, unmittelbar auf die Herstellung und Erhaltung des Lebens gerichtete Arbeit“ (Baier 2010: 76) bezeichnet.

Ruth Kager ist Absolventin am ipw

Baier, Andrea (2010), „Subsistenzansatz: Von der Hausarbeitsdebatte zur ‚Bielefelder Subsistenzperspektive‘“, in: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate, Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie (Wiesbaden: VS Verlag, 3. erw. Aufl.), S. 75-80

Behning, Ute (2004), „Arbeit und Arbeitsteilung“, in: Rosenberger, Sieglinde K.; Sauer, Birgit (Hg.), Politikwissenschaft und Geschlecht (Wien: UTB), S. 191-210

Dalla Costa, Mariarosa (1973), „Die Frauen und der gesellschaftliche Umsturz“, in: dies.; James, Selma, Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Internationale Marxistische Diskussion 36 (Berlin: Merve), S. 27-66

Notz, Gisela (2010), „Arbeit: Hausarbeit, Ehrenamt, Erwerbsarbeit“, in: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate, Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie (Wiesbaden: VS Verlag, 3. erw. Aufl.), S. 480-488

Werlhof, Claudia v. (1983), „Lohn ist ein ‚Wert‘. Leben nicht? Auseinandersetzung mit einer ‚linken Frau‘. Replik auf Ursula Beer“, in: Prokla 50, S. 38-58

Interventionen in die Politik um die Zukunft der Arbeit⁽¹⁾

Frigga Haug

Vor 14 Jahren erschien ein politischer Vorschlag zur Arbeitsproblematik des Club of Rome, der Unabgegoltene enthält. Sein Versprechen: eine systematische Behandlung der Arbeitslosigkeitskrise und die Vision einer neuen Arbeitsgesellschaft (von Weizsäcker), ein arbeitsethisches Fundament (Bierisch), eine eingehende Analyse der moralischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte der Arbeit (Club of Rome).

Im Zentrum: eine Ausdehnung des Arbeitsbegriffs auf alle "produktiven Tätigkeiten im erweiterten Sinn" (u.a. 14 u. 211). Im Gegenzug soll der geläufige Arbeitsbegriff auf den Ausdruck Beschäftigung verengt werden, womit er zugleich ermäßigt, abgewertet und was wir als "Krise der Arbeitsgesellschaft" kennen (seit 1982, seit dem Soziologentag, auf dem Dahrendorf, Offe, et al. diesen Sprachgebrauch vorschlugen), harmloser wird, ein „Dilemma“, aus dem herausgefunden werden kann.

Der historische Exkurs zurück in die Agrarwirtschaft soll verdeutlichen, dass die Konzentration auf bezahlte Arbeit in der Güterproduktion nur eine Epoche ist. Jetzt sollen die beiden anderen Dimensionen menschlicher Produktivität und Kreativität, die "identitätsstiftend" (212) sind, zum Einsatz gebracht werden, "eine völlig andere Organisation von Arbeit" (212) voranzutreiben.

Weizsäcker begründet eingangs: menschliche Arbeit bloß als ökonomischen Produktionsfaktor einzusetzen verursache Schäden und sei eine Herabwürdigung. Arbeitslosigkeit bedeute dann nicht nur Abnahme von materiellem Wohlstand, sondern beraube den Menschen auch der Möglichkeit von Selbstverwirklichung und aktiver Teilnahme an Gesellschaft. Es geht darum,

die derzeitige Entwicklung, die auf eine Massenarbeitslosigkeit zusteuert, als äußerst bedrohlich wahrzunehmen und sofort an Abhilfe zu gehen.

Die Autoren nehmen Forderungen aus der Frauenbewegung auf: Anerkennung der Hausarbeit als Arbeit. Sie ergänzen: Anerkennung überhaupt der unzähligen ehrenamtlich, umsonst verrichteten Tätigkeiten durch ihren Einschluss in den Arbeitsbegriff. Sie schlagen eine Dreiteilung des Verständnisses von Arbeit vor (236 ff). Zu den herkömmlichen entlohnerten Arbeiten, die auf ca. 20 Std. pro Woche reduziert werden sollten (212), kommen solche, die man auch berechnen und auf den Markt bringen könnte, die aber herkömmlich nicht bezahlt geleistet werden, sondern „freiwillig“ oder „wohlätig“ (37) wie Kinderbetreuung, Haushaltstätigkeiten, viele ehrenamtliche Tätigkeiten (sie werden zu 70% von Frauen getan und bilden etwa ein Drittel des Sozialprodukts in Deutschland (150)). Schließlich gibt es Tätigkeiten, die nicht als Tauschwerte ausgedrückt werden – sie nennen solche des "Eigenkonsums" und der "Eigenproduktion" wie Reparaturen, Selbstbehandlung, Bildung (151) und behaupten, dass diese Tätigkeiten in "unserer Dienstleistungsgesellschaft" dauernd zunehmen. Als Beispiel führen sie die Selbstbedienung in der Distribution und am Geldautomaten an, "wo vormals monetisierte Systeme abgeschafft werden" (151). Sie resümieren, "dass jede Strategie für die Entwicklung von Beschäftigung und produktiven Tätigkeiten alle drei Formen der Produktion parallel fördern muss" (145). Dies dient dem Nachweis, dass eine Gesellschaft, die allein auf Tausch basiert – mit Geld als Vermittler und einer Berechnung der Verausgabung von Zeit – zunehmend weniger überlebensfähig ist.

Die Lohnarbeitszeitverkürzung soll flankiert werden durch ein Grundeinkommen und eine negative Einkommensteuer (179). Dies gewährleistet, dass niemand in Armut leben muss, soll aber „Arbeit subventionieren nicht Untätigkeit“ (181). Alle sollen über ein Mindestmaß an Geld verfügen als Einkommen aus Arbeit und als Grundeinkommen für Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Gesundheit. Unmittelbare Abhängigkeiten sollen dadurch überwunden werden: zwischen Männern und Frauen, ArbeitnehmerInnen von ArbeitgeberInnen, Arbeitslosen und Arbeitslosenämtern usw. (176).

Von Kapital, Profit und Markt als gesellschaftlicher Regelungsinstanz ist nirgends die Rede, jedoch werden einigermaßen realistisch die Folgen betrachtet, die der zunehmende Reichtum in Gestalt der wachsenden Produktivität der Arbeit unter kapitalistischen Verhältnissen für die Produzierenden hat: dass sie nämlich zu großen Teilen arbeitslos werden (96). Auch der Raubbau an der Natur wird in die Bestandsaufnahme genommen: es müsse ein Weg gefunden werden, „den Wert der Mitgift und des Erbes der Natur“ für uns festzustellen (139f). Schließlich wird vorgeschlagen, den Maßstab für Wohlstand zu ändern, ihn nicht mehr als Summe aller monetären Kosten zu fassen, sondern Kriterien wie „Kaufkraft“ und „Menschheitsentwicklung“ zur Grundlage zu machen (257f). Tätigkeiten ohne Bezahlung sollen anders stimuliert werden (264). Sozialpolitik müsse so gestaltet werden, dass alle das Recht haben, produktiv tätig zu sein (249). Ziel ist eine Vollbeschäftigung (in der neuen dreigeteilten Version, die sie „verschiedene Schichten der Arbeit“ nennen), in der ein Minimum an Erwerbsarbeit vereinbart sei (249).

Kritisiert wurde, dies bedeute eine Verschlechterung: Pflichtarbeit für die Armen, zu geringes Grundeinkommen für die Vielen, Armut, Polarisierung und einen Verlust an Perspektive.

Die Kritik gewinnt in dem Maße an Plausibilität, wie man sich das Gesamtprojekt nur als kapitalistische Überlebensstrategie denkt und nicht vom Standpunkt eines veränderten krisenhaften Kraftfeldes spricht, in dem wir als Handelnde vorkommen und ein politisches Projekt überhaupt erst Konturen und Hegemonie

gewinnen muss. Vorläufig sehen wir eine Reihe von für uns bislang positiven Bestimmungen – radikale Verkürzung der Arbeitszeit, Einbeziehung aller Arbeiten in den Arbeitsbegriff, Ansprüche an Arbeit, dass man sich mit ihr überhaupt identifizieren kann – als Material für eine Lösung der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ von oben.

Betrachten wir die Phänomene mit marxschem Blick als „Elemente der neuen Gesellschaft“ in den Fesseln der alten und zugleich als „Umwälzungsfermente“, die unser politisches Handeln bestimmen. Warum nicht eine Halbierung der Erwerbsarbeitszeit für alle mit einem Ausgleich, der ein Leben ermöglicht, in dem „Ernährung, Kleidung, Wohnen, Gesundheit“ gesichert sind und dies selbstverständlich ergänzen um Bildung und Politikkompetenz sowie Entfaltung von Fähigkeiten? Warum nicht endlich die vielen Mogelpackungen an ehrenamtlichen und unbezahlten Arbeiten vor allem von Frauen aufnehmen in den Fundus der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und die Herausforderung, die ein solches Unterfangen im Ernst für die Kapitalverwertungsstrukturen bedeutet, offensiv mitartikulieren?

Die Autoren sehen eine Überwachung des „Wohlstands“ vor und des Wechsels in den Tätigkeitsarten. Vorbilder sind der Human Development Report und Sozialpolitik. Ließe sich solches nicht für eine sozial gerechtere Gesellschaft ausarbeiten, statt Kontrolle zu befürchten, wo es jetzt unter dem Mantel der Freiheit äußerst ungerecht zugeht?

Ich setze unter feministischem Gesichtspunkt implizit voraus, dass die gewohnte Politik, u.U. etwas mehr Lohn für die gebliebenen zumeist männlichen Arbeiter zu erringen und im übrigen die Gesamtentwicklung der Arbeit auf eine Katastrophe zutreiben zu lassen, kein Projekt ist, das Frauenunterstützung verdient, aus ihm mithin keine gemeinsame Zukunft zu gewinnen ist.

Seit fast drei Jahrzehnten versuche ich, die wichtigen aktuellen Problematiken zu bündeln: den Rückgang an Erwerbsarbeit, die einseitige Verteilung der mit Familienarbeit/Reproduktionsarbeit benennbaren Bereiche, die Notwendigkeit einer politischen Gestaltung der Gesellschaft, die

Entwicklung aller, dass sie als politisch-kulturelle Menschen handeln können. Als Vorschlag veröffentlichte ich zuletzt: eine Vierteilung in Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Arbeit an sich selbst und politische Arbeit. Als politische Losung inmitten der "Krise der Arbeitsgesellschaft" schrieb ich: wir haben nicht zu wenig, sondern zu viel Arbeit (1996). Später habe ich als Menschenrechte eingefordert: Recht auf Arbeit (verstanden als Lohnarbeit), Recht und Pflicht auf Arbeit an Zukunft – Sorge für Leben und Natur und Recht auf Politik als Gesellschaftsgestaltung und in allen Fällen ein Recht, alle diese Bereiche sich lernend anzueignen (neu 2008, 3A 2011). Daher war ich auf der einen Seite erleichtert, als mit dem Bericht an den Club of Rome meine Fragen offensichtlich im Mainstream diskutierbar werden und gleichzeitig verwirrt, wie ähnlich und wie anders sie hier klingen.

Auf den ersten Blick sieht man, wie beliebig der Arbeitsbegriff beim Club of Rome erweitert ist. Während ich versuchte, meine Vorschläge an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und ihrer Verteilung zu orientieren, wird im Bericht alles aufgenommen, was Menschen überhaupt tun könnten. Maßstab ist die eigene Organisation des individuellen tätigen Lebens und die Aufnahme von möglichst viel nichtbezahlter Arbeit in die Lebensplanung. Das gesellschaftlich Notwendige, das an Zukunft zu orientieren ist – also die Sorge für die nächste Generation ebenso einschließen muss, wie die für die außermenschliche Natur – und an Gerechtigkeit, auf diese Weise also auch die Völker in den Dritten Welten einbezieht, verschwindet im Club of Rome-Vorschlag im Markt der Möglichkeiten. Was geschieht, wenn man sie nachträgt?

Die Beliebigkeit betrifft alle einzelnen Bestimmungen. Sie ist gewonnen durch gezielte Weglassungen. So sind unter der Kategorie *nichtmonetisierten Tätigkeiten* "freiwillige oder wohltätige Arbeiten" (37) vorgeschlagen. Indem Absicht und guter Wille der solcherart Tätigen die Definition bestimmen, verschwindet der Sinn, den diese Tätigkeiten für Gesellschaft haben oder haben könnten. In der Kategorie der "nichtmonetisierten Tätigkeiten" – worunter

auch alle unbezahlte Kinderbetreuung, Haushaltstätigkeiten etc. fallen – verschwindet der Skandal, dass die Gesellschaft es sich leistet, die Frage der Zukunft ins Abseits des *außerökonomischen Sektors* geschoben zu haben. Diese beiden Tätigkeiten sollen auf einem Satellitenkonto (150) ebenso bilanziert werden wie das Bruttosozialprodukt den Wohlstand einer Nation ausweist. Dieser Vorschlag ist nicht nur von der Hand zu weisen, sondern problematisch. Einerseits werden politische Argumentationen für die Anerkennung und Aufwertung von Hausarbeit gestärkt, wenn man auf den "Wert" der unbezahlten Arbeit in diesen Bereichen verweisen kann. Andererseits gerät durch die "Erhebung" zeitintensiver Reproduktionsarbeit in den Rang von Lohnarbeit eine der Hauptproblematiken unseres Zivilisationsmodells aus dem Blick: dass die Lebensmittelproduktion im weiteren Sinn, die nach Profitgesichtspunkten reguliert ist, sich über das Leben erhoben hat, als sei dies nicht Ziel, sondern bestenfalls ein Absatzmarkt. Dem gesunden Menschenverstand scheint es eher ein Anschlag auf die Menschlichkeit, wenn man etwa vorrechnet, was das Aufziehen eines Kindes nach Tariflohn kosten würde, und fragt, ob dieses Produkt „Kind“ dann auf irgendeinem Markt verkaufbar wäre, ob die investierte Arbeit sich also gelohnt habe. Befürchtet wird nicht nur von konservativer Seite, dass auf diese Weise nun auch *Liebestätigkeiten* entseelt würden, wenn man sie in Geld umrechnet. Die Nichtbezahlung von zeitintensiver Arbeit am Lebendigen ist nicht nur Gewohnheit und hat Tradition, sie ist nicht nur grundlegend für die Unterdrückung und Marginalisierung von Frauen, sie ist auch ein Hoffnungsposten in diesem Zivilisationsmodell, wo ansonsten nur zählt, was sich bezahlt macht und durchfällt, was sich am Markt nicht bewähren kann.

In der Leichtigkeit, mit der zudem die dominante Stellung der Lohnarbeit verabschiedet ist, wird die Rechnung gewissermaßen ohne den Wirt, bzw. ohne die Herren der Gesellschaft gemacht. In der Argumentation der Autoren taucht Lohnarbeit irgendwann in der Entwicklung der Arbeit (plötzlich, 90) auf; ihre Zeit scheint abgelaufen. Kein Gedanke wird verschwendet an die doppelte

Verkehrung, welche die Form der Lohnarbeit anzeigt: dass hier auf gesellschaftlicher Stufenleiter privat gearbeitet wird, von Menschen, die frei genug sind, dies zu tun und zugleich keine andere Möglichkeit haben, als zum Überleben ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und dass dieser Zusammenhang die Entwicklung vorantreibt von Krise zu Krise, weil die Erzielung von Profit keine nachhaltige Regelung der Wirtschaftsweise ist. Vermutlich sind Schwächen der Beliebigkeit und Gleichgültigkeit, die auf jede ethische Wertung ebenso verzichten wie sie keinen Zwang auf individuelle Lebensweisen auszuüben scheinen, gerade die Stärken, die eine allgemeine Zustimmung hervorbringen können. Dies wird abgesichert durch das Versprechen existenzsichernden Einkommens, so vage dies auch im einzelnen bleibt. Prüfen wir diesen Vorschlag für unsere reichen industriell entwickelten Gesellschaften, für die die "Krise der Arbeitsgesellschaft" ein brennendes Problem ist. Hier klingt die Vergewisserung von Selbstverwirklichung in Eigenarbeit oder im Hobby nicht gar so zynisch. Jedoch wird offensichtlich, dass "Selbstverwirklichung" als ganz individuelle Handlung gedacht ist, losgelöst von anderen und von Gesellschaft im Großen. Vereinzelt wird gewählt, ob man sich eher im Garten, im Kegelverein oder bei der Altenpflege „verwirklicht“. Man macht einen Lebensplan, wie man ein Menüe zusammenstellt. Der Zusammenhalt wird ins Imaginäre geschoben.

Frigga Haug ist Soziologin und Philosophin

(1) Stark gekürzte und aktualisierte Fassung meines Beitrags (1999): Terrainverschiebungen für eine Politik um die Zukunft der Arbeit oder Entwendungen aus der Kommune?, Auszug in: Haug, Frigga (2008, 3.A 2011): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg: Argumentverlag

Giarini, Orio, u. Patrick M. Liedtke (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. Hamburg: Hoffmann und Campe

Haug, Frigga (1985): Automationsarbeit und Politik bei Kern/Schumann. In: Das Argument 154, 27. Jg., 1985, 813-831

Haug, Frigga (1986): Zeit der Privatisierungen? Verarbeitungen gesellschaftlicher Umbrüche in Arbeits- und Lebensweise. In: Das Argument 156, 28., Jg., 174-190

Haug, Frigga (1986): Entwicklung von Tätigkeiten und Qualifikationen. In: Dokumentation Kongress Zukunft der Arbeit, DGB, Stuttgart, 69-76

Haug, Frigga (1996): Das neoliberale Projekt, der männliche Arbeitsbegriff und die fällige Erneuerung des Geschlechtervertrags. In: Das Argument 217, 38 Jg., 683-696

Matthes, J. (Hg.), (1983): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York: Campus

Kritische Gedanken zum „Jahr der Freiwilligentätigkeit“ 2011

Gerti Zupanich

Schön langsam gewöhnen wir uns daran: regelmäßig stellt die Europäische Kommission ein Jahr unter ein besonders Motto. Macht es Sinn, dass ein vorbestimmtes Thema in die breite Öffentlichkeit gerückt wird? Beim „Jahr der Freiwilligentätigkeit“ ist es angebracht, sich kritische Gedanken zu machen. Gerne wird diese freiwillige Arbeit als „Ehrenamt“ für die Gesellschaft bezeichnet. Es existiert für Österreich eine eigene Ehrenamtsbörse im Web mit ca. 25 Adressen, bei denen man sich engagieren kann. Ehrenamt impliziert eben: ich tue Gutes für die Allgemeinheit.

Martin Oberbauer, Leiter der Ehrenamtsbörse meint in „Kreuz und Quer“ (30.8.2011 ORF2): „Eine Gesellschaft ohne Freiwilligenarbeit wäre eine karge und menschenfeindliche Gesellschaft ... In den vergangenen 20 Jahren gab es einen Wandel in der Freiwilligenarbeit. Der dienende, aufopfernde Helfer (sic), meist mit religiösem Hintergrund, veränderte sich zum Freiwilligen, der für seinen Einsatz etwas haben will: Anerkennung, Kontakte, Kompetenzen für die berufliche Laufbahn und Mitgestaltung bei gesellschaftlichen Prozessen.“

Die geänderten Gründe, der sich ehrenamtlich Betätigenden, resultieren aus den Veränderungen in der Gesellschaft, aus den Defiziten des Sozialstaates, in einer Welt, die zunehmend profitorientiert ist.

Das Ausmaß der Freiwilligentätigkeit in Österreich überrascht, wenn es statistisch erfasst wird: Die Statistik Austria unterscheidet in FORMELLE (Organisationen/Vereine) und INFORMELLE

(Nachbarschaftshilfe, Pflege Angehöriger) Tätigkeiten. Definiert wird Freiwilligenarbeit als „Leistung, die freiwillig und ohne Bezahlung außerhalb des eigenen Haushalts erbracht wird“. 44% der über 15-jährigen ÖsterreicherInnen leisten in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit im Ausmaß von bis zu 10 Wochenstunden. Die am meisten Prestige versprechende, weil öffentlich sichtbare, sind Rettungsdienste und Katastrophenhilfe, etwas geringer der Sozial- und Gesundheitsbereich. Den höchsten Prozent-Anteil verzeichnet die Statistik allerdings im Bereich Kunst, Kultur, Unterhaltung und Freizeit, gefolgt vom kirchlich-religiösen Bereich. (Quelle: Mikrozensus 4.Quartal 2006 Statistik Austria)

Geht man von dieser durchschnittlichen 10-stündigen Wochenleistung an unbezahlter Arbeitsleistung aus, entspricht diese der von 425.000 Vollzeiterwerbstätigen. (Quelle: Freiwilligenbericht 2011, NPO-Institut, More-Hollerweger, Eva)

In diesem Freiwilligenbericht wird die Einteilung systematisiert in:

1. Wirtschaftlich, als Wertschöpfungsbeitrag,
2. Sozial im engerem Sinn: Freiwilligenarbeit unterstützt den Aufbau von sozialem Kapital, die Inklusion und Integration verschiedener sozialer Bevölkerungsgruppen,
3. Politisch, im Sinne von Teilhabe an kollektiven Entscheidungen und
4. Instrumentell im Sinne der Realisierung von Zielen bspw. für Kunst, Kultur, Sport, Religion und Kirchen, Soziales und Gesundheit. (Quelle: More-Hollerweger, 2011)

Die Europäische Kommission stellt ihrer Entscheidung vom 4. Juni 2008, 2011 als das Jahr der Freiwilligentätigkeit zu erklären, voran: „Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas bietet die Freiwilligentätigkeit viele aber noch bei weiten Teilen ungenutzte Möglichkeiten.“ Spätestens bei diesem Satz beginnen sich kritische Gedanken zu regen. „Kritisches, freiwilliges Engagement braucht gesellschaftliche Reflektion: Was macht der Staat dabei? Und müssen wir gegebenenfalls die Bedingungen, die Infrastruktur, die öffentliche Anerkennung für freiwilliges Engagement verändern?“ (Ulrich Brand in „Kreuz und Quer“ am 30.8.2011 ORF2). Wenn sich die Europäische Kommission erwartet: „dass sich mehr Menschen ehrenamtlich engagieren und das Bewusstsein für den Mehrwert dieses Engagements gesteigert wird“, bedingt das nicht, dass Ehrenamtliche die Arbeitsplätze Vollzeitwerbstätiger besetzen und ersetzen? Wer hat davon den größten Nutzen? Einerseits die Wirtschaft durch Einsparung von Kosten, auf jeden Fall der Staat, der somit viele soziale Aufgaben und Kosten auf die Gesellschaft auslagert.

Gerne wurde 2011 bei nationalen Veranstaltungen, zwar auf den Wert dieser freiwilligen Leistung der Zivilgesellschaft hingewiesen. Gleichzeitig wurde die ältere Generation dazu angeregt bzw. aufgefordert, sich in der nachberuflichen Lebensphase – und der nun vorhandenen Freizeit – mehr zu engagieren. Es sei ehrenvoll und wichtig etwas für die Allgemeinheit zu tun.

Die Generation 60plus als ReservistInnen für kostenfreie Arbeitsplätze?

Wenn schon mit der Moral argumentiert wird, dann hätten sie und alle Freiwilligen gerne entsprechende Rahmenbedingungen seitens des Staates, sonst entspräche es einer organisierten Ausbeutung. Auch die Qualifikation, um eine freiwillige Tätigkeit auch möglichst professionell ausüben zu können, bedarf einer Regelung und Neuorientierung.

Freiwilligentätigkeit ist das soziale Kapital der Gesellschaft, das wir in einer zunehmend profitorientierten Welt aufwerten sollten.

Gerti Zupanich ist Absolventin am ipw

www.freiwilligenweb.at mit Link zum Bericht des freiwilligen Engagements in Österreich, erstellt vom NPO (Institut für interdisziplinäre Nonprofit Forschung an der WU Wien), Projektleitung Eva More-Hollerweger und Arno Heimgartner.

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 auf www.bmask.gv.at

Sexarbeit – kann denn das Arbeit sein?

Eva van Rahden

Schon das Wort Sexarbeit ist in Österreich ein strittiges, denn die Verwendung eben dieses zeigt, dass Prostitution als Erwerbsarbeit akzeptiert und anerkannt wird. Doch ist das Wort Sexarbeit zum jetzigen Zeitpunkt in Österreich nicht konsensfähig, so wird in dem Arbeitsbericht „Prostitution in Österreich“ des ExpertInnenkreises „Prostitution“ von sexuellen DienstleisterInnen gesprochen. (1)

Prostitution stellt noch immer eines der großen Tabuthemen unserer Gesellschaft dar. Der Umgang mit ihr ist selten frei von moralischer Bewertung. Was macht es so schwer, diese spezielle Form von Dienstleistung als Arbeit anzusehen und zu akzeptieren? Im politischen Diskurs wird das Thema hauptsächlich als ein frauenpolitisches gesehen, da auf der Seite der Kunden in der Regel Männer zu finden sind, die AnbieterInnen von Sexarbeit stellen überwiegend Frauen dar.

Als Erklärung für diese Tatsache werden oft biologistische Argumente angeführt, ohne das Ungleichgewicht der Geschlechter mit zu berücksichtigen. So kann die theoretische Frage: „Gäbe es in einer gleichberechtigten Gesellschaft keine Prostitution mehr, oder aber würde diese Form der Dienstleistung von beiden Geschlechtern gleichermaßen nachgefragt werden?“ zum heutigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Die häufig sehr moralisch geführte Diskussion hat eine anhaltende Spaltung innerhalb der feministischen Bewegung bewirkt. Auf der einen Seite stehen jene, die Sexarbeit als eine autonome Entscheidung der Frau, so ihr Geld zu verdienen,

akzeptieren und sich deshalb für eine bessere Absicherung dieser Tätigkeit einsetzen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Entkriminalisierung der Sexarbeit, als erster Schritt zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von SexarbeiterInnen. Und auf der anderen Seite stehen jene, die jede Form des bezahlten Sex ablehnen und Frauen, die dies anbieten, per se als Opfer sehen. Diese Haltung hat in Schweden zu einem Verbot des Kaufes von sexuellen Dienstleistungen geführt. Von Schweden aus wird dieses „erfolgreiche“ Modell in Europa sehr lobbyiert. Deutschland hingegen hat sich für den anderen Weg entschieden – hier wurde 2002 Prostitution als Arbeit gesetzlich anerkannt. (2)

Viele Frauen sehen Sexarbeit als zeitlich befristete Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern. Die Gründe dafür sind vielfältig und häufig nicht eindimensional. Trotzdem lässt sich sagen, dass die meisten Frauen eine Alternative haben und man deshalb nicht verkürzt sagen kann, dass es keine andere Möglichkeit für sie gibt. (3) Diese Verkürzung trägt dazu bei, die Frauen nur als „Opfer“ wahrzunehmen, die über keinerlei Handlungsspielraum verfügen. Prostitution ist auch keine Sackgasse, aus der es für die Frauen keinen Ausweg mehr gibt, nach dem Motto: ein Mal Prostituierte, immer Prostituierte. Immer wieder entscheiden sich Frauen, in einem anderen Bereich tätig zu werden und es gelingt ihnen auch immer wieder, mit mehr oder weniger großen Hindernissen.

Das Ansehen, das SexarbeiterInnen in einer Gesellschaft haben, ist immer auch ein Indikator für das Ansehen aller Frauen in dieser Gesellschaft. Noch immer ist die Haltung von einer Doppelmoral geprägt, der männlichen Normen und Werten zu Grunde liegen. Für Männer gelten andere Regeln im Zusammenhang mit Sexualität als für Frauen. Die Doppelmoral der Gesellschaft zeigt sich hier deutlich. Eine Entstigmatisierung der tatsächlich in der Sexarbeit tätigen Frauen in unserer Gesellschaft würde dieser latenten Bedrohung aller Frauen die Kraft nehmen. Ein erster wichtiger und konkreter Schritt wäre die Aufhebung der Rechtssprechung, die Verträge im Bereich der Prostitution für „sittenwidrig“ erklärt.

Zur rechtlichen Situation in Österreich

Prostitution ist in Österreich grundsätzlich seit 1975 erlaubt. Allerdings verstößt sie laut einem OGH-Urteil „gegen die guten Sitten“. Diese Rechtssprechung hat zum Beispiel Auswirkungen, wenn ein Kunde nicht bezahlt und ihn die Sexarbeiterin klagen möchte. Gemäß einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 1989 handelt es sich bei einem Vertrag zwischen einer Prostituierten und ihrem Kunden um einen „sittenwidrigen Vertrag“, bei dem „Leichtsinn, Unerfahrenheit, Triebhaftigkeit und Trunkenheit von Personen“ ausgenutzt werden. Deswegen können Sexarbeiterinnen den vereinbarten Lohn auch nicht einklagen, wenn der Kunde nicht bezahlt.

1984 wurden SexarbeiterInnen steuerpflichtig, aber erst 1997 erhielten sie die Möglichkeit der Sozialversicherung der Gewerblichen Wirtschaft beizutreten. Bis heute kann eine SexarbeiterIn nicht angestellt tätig sein oder für diese Tätigkeit ein Gewerbe anmelden, sie ist als sogenannte „Neue Selbstständige“ eingestuft.

Die Ausübung der Prostitution wird in Österreich durch mehrere Gesetze geregelt. Im AIDS-Gesetz und Geschlechtskrankheitengesetz sind die sogenannten „amtsärztlichen Untersuchungen“ für Prostituierte vorgeschrieben. Demnach müssen sich SexarbeiterInnen wöchentlich

einer Gesundenuntersuchung unterziehen und mindestens alle drei Monate einen Aidsstest machen.

Wohnungsprostitution ist in allen Bundesländern verboten, Hausbesuche hingegen sind in einigen Bundesländern erlaubt.

Generell sind viele Bestimmungen bezüglich Prostitution Ländersache und werden auch in der Praxis sehr unterschiedlich gehandhabt. Beispielhaft seien hier Vorarlberg und Wien angeführt. In Vorarlberg ist die Ausübung der Prostitution nur in genehmigten Bordellen erlaubt, für ganz Vorarlberg gibt es aber keine einzige Bordellgenehmigung. Wien ist das einzige Bundesland, das auch die Anbahnung auf der Straße außerhalb von Wohngebieten erlaubt. Mit November 2011 trat in Wien ein neues Prostitutionsgesetz in Kraft, das erstmalig auch ein Genehmigungsverfahren für Bordelle enthält. Derzeit wird diese Regelung vom Magistrat und anderen Eingebundenen evaluiert. Ergebnisse folgen im Verlauf dieses Jahres

Eva van Rahden ist Abteilungsleiterin der Beratungsstelle „Sophie“

(1) Siehe: <http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=31425>

(2) Einen vertiefenden Ländervergleich finden sie hier: Prantner, Marie-Theres(2006): Sexarbeit... Frauenrechtverletzung oder eine Arbeit wie jede andere? <http://v000702.vhost-vweb-02.sil.at/wp-content/uploads/2008/07/sexarbeit-frauenrechtsverletzung-oder-eine-arbeit-wie-jede-andere.pdf>

(3) Sexarbeit wird in dem Artikel als eine sexuelle Dienstleistung gegen Entgelt, welche freiwillig zwischen zwei erwachsenen Menschen vereinbart wurde, definiert.

Arbeitsmigrationspolitik in Österreich

Therese Fuchs

Arbeitsmigrationspolitik ist ein gutes Beispiel zu zeigen, wie Arbeitsmarktpolitik in Österreich gedacht und umgesetzt wird. Gerade der Blick auf die „Randgruppe“ der ArbeitsmigrantInnen – so meine Vermutung – kann Tendenzen verdeutlichen, die sonst weniger in den Blick geraten würden. Der Text soll einen kurzen Überblick über Eckdaten der Arbeitsmigrationspolitik geben und versuchen, Kontinuitäten und Verschiebungen darzustellen.

Protektionismus, Gastarbeit und Korporatismus

Grundlegend für die Arbeitsmarktpolitik Österreichs im 20. Jahrhundert war der Gedanke des Protektionismus, der im Inlandsarbeiterschutzgesetz von 1925, verlangt von den freien Gewerkschaften, beschlossen von der christlich-sozialen Regierung, zum Ausdruck kam. Grundlegend war auch die Einbindung der Sozialpartner in die Bewilligungsverfahren von ausländischen Arbeitskräften. Als es in den 1950er Jahren zu einer starken Nachfrage nach Industriearbeitskräften kam, lehnten die Gewerkschaften die Forderung nach einer Liberalisierung der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften zunächst ab. Der Ausbau der Verbändekooperation – konkret die Angliederung eines Ausschusses für Lohnfragen an den bestehenden für Preisfragen – wurde von Julius Raab (Bundeswirtschaftskammer) akzeptiert, im Gegenzug ein Zugeständnis bezüglich der Zulassung von „Fremdarbeitern“ von Franz Olah (ÖGB) verlangt. (Wimmer, 1986:7)

Ein Kontingent von 47.000 ausländischen Arbeitskräften, die temporär in Österreich arbeiten durften, wurde für das Jahr 1962 vereinbart.

„Die Art und Weise wie Österreich hier zu Beginn der 60er Jahre in eine bewußte Ausländerbeschäftigungspolitik eintrat, ist außerordentlich wichtig für das Verständnis der politischen Form, in welcher in Österreich eine politische Materie wie die Ausländerbeschäftigung bestimmt wird: Die Entscheidung über den Umfang und die (regionale bzw. branchenmäßige) Verteilung der zuzulassenden Ausländer am österreichischen Arbeitsmarkt fallen ausschließlich in den sozialpartnerschaftlichen Gremien der Verbändekooperation; diese Entscheidungen wurden von den zuständigen Ministern ... zur Kenntnis genommen und exekutiert.“ (Wimmer, 1986:7) Formal-rechtliche Grundlage blieb dabei bis 1976 bemerkenswerterweise die „Reichsverordnung über ausländische Arbeitskräfte“ – 1933 in Deutschland beschlossen und nach dem Anschluss auch in der Ostmark gültig – die 1945 durch das Reichsüberleitungsgesetz in österreichisches Recht transformiert wurde.

Diese Praxis der Quotensetzung durch die Sozialpartner hielt sich bis 1975, wie das Paradigma der temporären „Gastarbeiterbeschäftigung“, das auch darin zum Ausdruck kam, dass eine Integrationspolitik erst in den 1990er Jahren in die Diskussion kam. Bis dahin wurde von einem „Rotationsprinzip“ ausgegangen. Deutlich wurde dieses Scheitern vor allem mit der Erdölkrise und der folgenden Rezession, die die Nachfrage nach Arbeitskräften reduzierte. Es kam zum Anwerbestopp und der Beendigung der „Touristenbeschäftigung“. Die Beschränkung des



Neuzugangs zum Arbeitsmarkt hatte aber einen paradoxen Effekt: „konnten Ausländer zuvor erwarten, nach einer vorübergehenden Rückkehr in ihre Heimat wieder in Österreich Beschäftigung zu finden, so war es angesichts der restriktiven Politik klüger, im Land zu bleiben und die Familie rasch nachzuholen.“ (Bauböck/Perchinig, 2006: 730f)

Institutionalisierung und Parlamentarisierung

Mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) von 1975 bekam das Sozialministerium eine große Rolle zugesprochen, das System der Sozialpartnerschaft wurde ebenfalls institutionalisiert, ironischerweise zu einem Zeitpunkt, als die Kontingente rapide an Bedeutung verloren. Das Prinzip, Arbeitsmigrationspolitik nicht über Einreisebestimmungen, sondern über den Zugang zum Arbeitsmarkt zu regeln, blieb aber erhalten. Bauböck und Perchinig sprechen

von einer Behandlung der MigrantInnen als „Verschubmasse am Arbeitsmarkt“ und der „extremen Abhängigkeit der Ausländer von ihren Arbeitgebern“. (Bauböck/Perchinig, 2006: 731)

Dabei kommt die paradoxe Situation des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck, dessen Ziel es war, vor allem die Interessen der inländischen ArbeiterInnen zu vertreten, auch weil die Zustimmung der Zulassung von AusländerInnen zum Arbeitsmarkt als Druckmittel in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen verwendet werden konnte.

Das Prinzip der Regulierung über den Zugang zum Arbeitsmarkt änderte sich erst in den frühen 1990er Jahren. Die hinter verschlossenen Türen verhandelte Thematik wurde – insbesondere durch den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider, aber auch durch den Einzug der Grünen ins Parlament – verstärkt zum öffentlich diskutierten Thema. Kraler nennt das die „Parlamentarisierung“ der Migrationspolitik (Kraler, 2011: 30). Die

Agenda wanderte vom Sozial- ins Innenministerium und ein neues Paradigma tauchte auf: *regulierte Zuwanderung*.

„Since the early 1990s, immigration has rapidly re-emerged as a highly contested, divisive, and explosive challenge for public policy across Europe. Active labor migration has been rediscovered after a prolonged hiatus. Under the influence of employer associations, governments once again contemplate and have quickly implemented new labor recruitment schemes across Europe.” (Menz, 2010:1f.)

Managed migration und Saisonarbeit

Die Notwendigkeit einer Reform wurde nicht nur vom Innenministerium, sondern von einer breiten Gruppe von Akteuren wahrgenommen. Konsens war die Ineffizienz des bestehenden Systems. Eine Quotenregelung sollte her, die zwischen Kategorien von MigrantInnen und verschiedenen Einwanderungsmotiven unterschied und so effektiver managen und regulieren können würde. Die Gewerkschaft wollte ein AuslBG, das besser unterscheiden sollte zwischen neu Eingewanderten und schon hier Ansässigen, um letztere gegen erstere zu verteidigen. Außerdem wurden effizientere Maßnahmen gegen irreguläre Beschäftigung gefordert.

Die Reform des AuslBG 1990 kam den Forderungen der Gewerkschaft aber nur teilweise nach: die neu eingeführte Bundeshöchstzahl legte fest, dass höchstens 10% der Beschäftigten in Österreich ausländische StaatsbürgerInnen sein dürfen. Kategorien nach den verschiedenen Aufenthaltsgründen und Quoten für diese Kategorien wurden mit dem Fremdenengesetz 1992 eingeführt, wobei die exakte Beschreibung der Kategorien und die Quotensetzung in den folgenden Jahren immer wieder abgeändert wurden.

So auch im sogenannten „Integrationspaket“ 1997. Festgeschrieben wurde das Prinzip „Integration vor Neuzuzug“. Interessanterweise wurde gleichzeitig der Status eines Saisoniers ohne Recht auf Aufenthaltsverfestigung und Familiennachzug für die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr eingeführt.

Politische Wende, Schwächung der Sozialpartnerschaft, EU-Erweiterung

Die Saisonarbeitsregelung ist auch weiterhin einen Blick wert. So wurde gleichzeitig mit dem „Ausländerpaket“ der schwarz-blauen Regierung 2002 die Arbeitsmigration von un- oder wenig qualifizierten Personen beendet (Quoten gab es nur mehr für qualifizierte Menschen – sogenannte „Schlüsselarbeitskräfte“, mit einem konkreten Jobangebot und einem Mindestverdienst von 60% der Höchstbeitragsgrundlage der SV), die Saisonarbeit von 6 auf 12 Monaten und auf alle Branchen ausgeweitet. Die Saisonarbeit stieg um mehr als das zehnfache von 5.161 Bewilligungen 1999 auf 56.500 im Jahr 2002 an und wurde so zur neuen Gastarbeit (Kraler 2011:36). Demnach war es auch nicht verwunderlich, dass das in der Öffentlichkeit vermittelte Ziel – die Reduzierung der Immigration – nicht erreicht wurde.

Die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten im Jahr 2004 wurde in Österreich in Bezug auf die Öffnung des Arbeitsmarktes mit Besorgnis gesehen. Österreich kündigte von vornherein an, alle Übergangsfristen auszuschöpfen und seinen Arbeitsmarkt volle sieben Jahre lang geschlossen zu halten. Ausnahmen gab es für bestimmte Berufe. Gemeinsam mit Deutschland erhielt Österreich eine Sonderregelung, wonach die Dienstleistungsfreiheit für Unternehmen aus den neuen Mitgliedstaaten in bestimmten Sektoren aufgehoben wurde.

Durch eine Koalition aus FPÖ, AK und ÖGB wurde der Ausschluss von Saisoniers vom Bezug des Arbeitslosengeldes – auch wenn sie ein Jahr ununterbrochene Beitragsleistung vorweisen konnten – gesetzlich festgeschrieben. Das sollte verhindern, dass Saisonarbeit als Tür für permanente Einwanderung „missbraucht“ würde. FPÖ und Gewerkschaft waren sich einig, dass Saisonarbeitskräfte nicht integriert werden sollten.

2005 beschloss die mittlerweile schwarz-orange Regierung gemeinsam mit der SPÖ eine erneute Reform des Fremdenrechts. Änderungen waren

teilweise notwendig, um EU-Recht umzusetzen. Durch die im Vertrag von Amsterdam festgelegte Vergemeinschaftung der Einwanderungspolitik wurden wesentliche Bereiche der Integrationspolitik für lang-ansässige MigrantInnen der nationalen Entscheidungshoheit entzogen. (vgl. Bauböck/Perchnig, 2006: 738) Die Art, wie die EU-Direktiven umgesetzt wurden, erhöhte die schon bestehende Ungleichheit von Aufenthaltsstatuten, was für einige ImmigrantInnen – vor allem die, die unter EU-Recht einreisten – Verbesserungen brachte. Ebenso wurden weitere Restriktionen beschlossen: so wurde die Zahl der Voraussetzungen für einen Daueraufenthaltsstatus weiter eingeschränkt auf a) Schlüsselarbeitskräfte, b) Personen mit einem Minimum-Verdienst von 1,300 Euro im Monat, c) Familienmitglieder von ansässigen MigrantInnen (es sei denn die Quote ist nicht schon ausgeschöpft), d) Personen mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung in einem anderen EU-Staat.

RWR-Card für Hochqualifizierte und Stammsaisoniers für die Landwirtschaft

Nach dem Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP 2008 sollte gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Rot-Weiß-Rot-Karte ausgearbeitet werden. Diese sollte nach Wunsch des Innenministeriums das Quoten-System für die Zuwanderung ersetzen, um selbige noch genauer auf die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes abzustimmen. Auf Vorschlag der Sozialpartnerkommission wurde ein 3-Säulen Modell ausgearbeitet: 1. Hochqualifizierte mit (dem „richtigen“) Uni-Abschluss ohne konkrete Jobzusage, 2. Fachkräfte in Mangelberufen und 3. sonstige Schlüsselkräfte. Mit der RWR-Card wurde auch die EU-Richtlinie für die „Blue Card“ umgesetzt, allerdings außerhalb des Säulenmodells.

Interessant hier auch wieder, dass gleichzeitig das AuslBG eine neue Kategorie von „Stammsaisoniers“ vorsah. AusländerInnen, die in den Jahren 2006 bis 2010 in der Land- und Forstwirtschaft jeweils mindestens vier Monate im Rahmen der bisherigen Saisonkontingente beschäftigt und entsprechend zur Sozialversicherung angemeldet waren, können sich bis April 2012 beim AMS registrieren lassen. Damit werden die Stammsaisoniers als gesonderte Gruppe erfasst und haben außerhalb der vorgesehenen Saisonkontingente einfacheren Zugang zu einer saisonalen Beschäftigung in der Landwirtschaft.

Schlussfolgerungen

Es zeigt sich in der Arbeitsmigrationspolitik

1. eine Verschiebung von der *Regulierung* über den Zugang zum Arbeitsmarkt zu einem Mischsystem mit dem AuslBG 1992, das Kategorien von MigrantInnen festlegt, teilweise aber eine konkrete Jobzusage voraussetzt – hin zu einem Punktesystem, auf dem die RWR-Card beruht.
2. Verändern sich die Rolle, die einzelne *Akteure* zunehmend. Vor allem ist hier natürlich auf die Rolle der Sozialpartner einzugehen. Waren sie die dominanten Akteure bis in die 1970er Jahre, verschiebt sich dann der Einfluss sukzessive in Richtung Ministerien (und hier vom Sozial- ins Innenministerium) bzw. Parlament. Dennoch sind Sozialpartnerverbände nicht von der politischen Bühne verschwunden, nur spielen sie nun eher die Rolle von Think-tanks, denn alleinige Entscheidungsinstanz. Parteipolitik darf natürlich nicht vergessen werden – v.a. der Aufstieg der FPÖ und der Einzug der Grünen ins Parlament veränderten die innenpolitische Lage und die Diskussion über Migration (Asyl wurde das vorherrschende Thema, Arbeitsmigration geriet immer mehr aus dem öffentlichen Blickfeld). Hier muss auch auf den Einfluss der Medien und die öffentliche Diskussion hingewiesen werden.
3. Gerade in Bezug auf *Diskurse* sind die Differenzen zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenverbänden höchst interessant. Sie lassen sich mit der grundsätzlichen Frage nach der optimalen Größe des Erwerbspersonenpotenzial auf den Punkt bringen. Während Gewerkschaften

Vollbeschäftigung als Ideal anstreben, ist für ArbeitgeberInnen ein großes Erwerbspersonenpotenzial von Vorteil, weil dadurch der Wettbewerb steigt.

Sehr gut kommt diese „positive“ Sicht auf Migration in einem Paper von CEPS, ein europäischer Think-Tank zum Ausdruck: „A key priority should be to fully embrace the role of migration in enhancing Europe’s competitiveness, stimulating growth and responding to the challenges of ageing population and a shrinking labour force in the EU. ...As...migrants make significant economic contributions, while also boosting productivity, acting as a job-market safety valve, reducing pay pressures and raising the economy’s... rate of growth. In addition, owing to their age profile, they generally pay more in taxes than they receive in welfare services.“ (Carrera et.al. 2011: 11) Was auffällt, ist einerseits eine Differenz zwischen einer Rhetorik, die Zuwanderung als positives Phänomen betrachtet – als Humankapital, als Faktor für Wirtschaftswachstum, als Heilmittel gegen die problematische demographische Entwicklung, als SteuerzahlerInnen – und einer Realität, die MigrantInnen oft in Niedriglohnbereiche und prekäre Arbeitsverhältnisse drängt. Symptomatisch dafür ist das neueste Fremden-gesetz, das gleichzeitig mit der Einführung der RWR-Card zur Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte die Saisonarbeit faktisch zur dauerhaften Beschäftigung, immer noch ohne Recht auf Aufenthaltsverfestigung, ausbaut.

Andererseits aber kann ein Sozialstaat nur funktionieren, wenn er auf einer klaren Trennung von In- und AusländerInnen beruht. So wurden in Österreich erst in den 90er Jahren Fragen der Aufenthaltssicherheit erörtert und damit vom Paradigma „Gastarbeiter“ abgegangen. Aber auch heute zeigt der Ausschluss von Saisoniers vom Bezug des Arbeitslosengeldes, für den sich ÖGB und FPÖ gemeinsam eingesetzt hatten, wie versucht wurde, den Österreichischen Sozialstaat vor der unrechtmäßigen „Ausnutzung“ durch MigrantInnen – ein im Boulevard viel diskutierter Tatverdacht – zu schützen. Beim Bezug von Familienbeihilfe oder Mindestsicherung sind Drittstaats-Angehörige, im Unterschied zu Angehörigen eines EU-Mitgliedstaates, erst

mit einem auf Dauer ausgerichteten Aufenthaltstitel gleichgestellt. Die Bemühungen der EU zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – z.B. die gegenseitige Anrechenbarkeit von Pensionsansprüchen – ist hier sicher ein bemerkenswerter Schritt, der zu verfolgen ist. (1) Bis jetzt war es – um in den vollen Genuss sozialstaatlicher Absicherung zu kommen – immer noch am besten, kontinuierlich (wenn geht ohne Betreuungszeiten) in einem Land beschäftigt zu sein. Die „keynesianisch dominierte Arbeitsidylle der 50er bis 80er Jahre“, der mein Kollege Marko Novosel in seinem Artikel wortreich nachtrauert – sie hat für eine kleine Schicht männlicher, einheimischer Arbeiter gegolten.

Therese Fuchs ist Redaktionsmitglied und Dissertantin am ipw

(1) siehe ausführlich: Stephan Leibfried (2010): Social Policy. Left to the Judges and the Markets? in: Wallace et.al.: Policy Making in the EU, Oxford University Press

Carrera, Sergio/Atger, Anais Faure/Guild, Elspeth/Kostakopoulou, Dora (2011):

Labour immigration policy in the EU: a renewed agenda for Europe 2020. CEPS Policy Brief No. 240

Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2006): Migrations- und Integrationspolitik, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Politik in Österreich, das Handbuch, Manz, Wien

Kraler, Albert (2011): The case of Austria. In: Giovanna Zincone/Rinus Penninx/Maren Borkert (eds.): Migratory Policy Making in Europe. IMISCOE. Amsterdam

Menz, Georg (2010): The Political Economy of Managed Migration, Oxford University Press

Wimmer, Hannes (Hg. 1986): Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Campus Verlag

Konferenz: Workers' Struggles from East to West: New Perspectives on Labour Disputes in Globalised China

Universität Wien, Renner-Institut, Wien,

22.-24. September 2011

Thomas Immervoll & Daniel Fuchs

Die interdisziplinäre Konferenz wurde von der Universität Wien in Kooperation mit transform!europe, transform!at, dem Renner-Institut, der Grünen Bildungswerkstatt Wien, der Arbeiterkammer Wien sowie „Weltumspannend arbeiten“ organisiert. Ziel war es, einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der jüngsten Arbeitskonflikte zu leisten. Die Arbeitsverhältnisse in der Volksrepublik China haben in den letzten Jahren einen signifikanten Wandel erfahren. Der wissenschaftliche Austausch über Transformationsprozesse sollte ebenso wie die Kooperation von Gewerkschaften und NGOs gestärkt werden. Über 30 internationale Vortragende, darunter zahlreiche NGO- und GewerkschaftsaktivistInnen, nahmen an der Konferenz teil.

Thema der Podiumsdiskussion mit Pun Ngai (Hong Kong Polytechnic University, Peking University), Chang Kai (Renmin University), Suki

Chung (Labour Action China, Hong Kong) und Carlos Polenus (International Trade Union Confederation) zum Auftakt der Konferenz waren die Hintergründe für die Streikwelle in der chinesischen Automobilindustrie 2010 sowie die Möglichkeiten und Grenzen einer Reform des All-Chinesischen Gewerkschaftsbunds (ACGB). Während Chang Kai auf die Notwendigkeit der Einbindung der neuen autonomen ArbeiterInnenorganisationen in die bestehenden Gewerkschaften hinwies, plädierte Pun Ngai für neue Wege der Organisierung außerhalb der Gewerkschaften.

Auch Anita Chan (University of Technology, Sidney) widmete sich der Frage des Reformpotentials des ACGB: Sie kritisierte die fehlende Nachhaltigkeit von Reformansätzen und schätzte die Erfolgspotentiale der jüngsten Versuche einer Implementierung von Kollektivverhandlungen als gering ein. Die Rolle von NGOs beurteilte

sie kritisch. Sie hätten einen großen Anteil am gestiegenen Rechtsbewusstsein chinesischer ArbeiterInnen, doch ihr Fokus auf Rechtsberatung habe zur Individualisierung von Arbeitskonflikten und der Legitimierung des bestehenden Arbeitsrechts beigetragen.

Die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse wurden aus zahlreichen Perspektiven diskutiert. Jonathan Unger (Australian National University) unterstrich die (durch Mobiltelefone und Internet) verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten sowie die gestiegene Erwartungshaltung von WanderarbeiterInnen - eine weitere Intensivierung der Arbeitskämpfe sei daher zu erwarten. Tim Pringle (SOAS, University of London) argumentierte jedoch, dass die Streiks von 2010 weniger eine Besonderheit darstellten, sondern das Ergebnis der Entwicklung von Protesten in den letzten Jahrzehnten seien. Chinesische ArbeiterInnen hätten gezeigt, durch Streiks wesentliche Lohnerhöhungen erringen zu können. Es bestünden jedoch weiterhin bedeutende Schranken für die Entstehung einer nationalen ArbeiterInnenbewegung.

Die Vorstellung neuerer Feldstudien durch jüngere ForscherInnen war ein wichtiger Teil der Konferenz. Florian Butollo (Universität Frankfurt) demonstrierte, dass „industrial upgrading“ im Textil- und IT-Sektor des Perflusdeltas keineswegs das Ende der billigen Arbeit in China bedeute, sondern die Belegschaften weiterhin von niedrig qualifizierten Arbeitskräften dominiert werden. Frido Wenten (SOAS, University of London) und Daniel Fuchs (Universität Wien) gaben einen historischen Überblick über die sich verändernde Klassenzusammensetzung in China und plädierten für eine Analyse der Streiks von WanderarbeiterInnen als spezifische Form der Klassenorganisation. Auf Basis seiner Studien zu österreichischen BetriebsrätInnen ergänzte Mario Becksteiner (Universität Wien) die Konferenz mit einem Blick auf Europa. Er analysierte die industriellen Beziehungen in Österreich und die Krise der österreichischen Sozialpartnerschaft in ihrer Wirkmächtigkeit als „kulturelles Dispositiv“

Nähere Informationen zu allen Vorträgen:

<http://labourchina.univie.ac.at>

Thomas Immervoll ist Absolvent am ipw und Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen

Daniel Fuchs studierte Sinologie an der Universität Wien sowie der Tianjin University (China) und ist Diplomand am ipw

Interview: Uwe Flick

Professor für qualitative Methoden am ipw

Univ.-Prof. Dr. Uwe Flick unterrichtet seit dem WiSe 2011/12 qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung am Institut für Politikwissenschaft. Zusätzlich zu seinem Lehrauftrag in Wien ist er seit 2004 Professor für „Qualitative Forschung in Pflege, Sozialer Arbeit und Gerontologie“ an der Alice-Salomon-Hochschule (Berlin). Das Interview führten Caroline Krischek und Richard Sattler.

Sie sind seit September 2011 Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung am ipw, zuvor waren Sie von 2008 bis 2010 Gastprofessor am IHS. Was hat Sie bewogen nach Wien zu kommen?

Einerseits hatte ich gehört, dass eine freie Stelle am Methodenzentrum ausgeschrieben werden soll, andererseits wurde eine Gastprofessur für ein Jahr am Institut für Politikwissenschaft ausgeschrieben, um die qualitative Methodenausbildung zu verstärken, da es hier zu wenig Lehrveranstaltungsangebote in diesem Bereich gibt. Ebenso finde ich Wien eine reizvolle Stadt, die Universität Wien ist eine reizvolle Arbeitsumgebung.

Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt und an welchen Forschungsprojekten arbeiten Sie derzeit?

Ich habe noch eine Reihe an Forschungsprojekten, die an der Universität in Berlin geblieben sind – aus Drittmitteln finanzierte Projekte, die ich nicht nach Wien mitnehmen konnte. Die Projekte sind im Bereich „Gesundheit“ respektive in der Gesundheitspolitik angesiedelt. Diese umfassen Jugendliche in prekären Lebenssituationen und obdachlose Jugendliche. In einem Projekt, das vor Kurzem abgeschlossen wurde, beschäftigten wir uns mit der Frage, was Versorgungsmöglichkeiten, und -defizite von Jugendlichen sind, die in einer deutschen Großstadt auf der Straße leben.

Ein anderes Projekt beschäftigt sich mit der Frage, wie mit Schlafstörungen von PflegeheimbewohnerInnen umgegangen wird. Diese Schlafstörungen sind spezifisch, insofern sie ein Stück weit durch die Institution des Pflegeheims bedingt sind und sich daraus bestimmte Konsequenzen ergeben. Im Zuge von Schlafstörungen kann es zu Verletzungen und gesundheitlichen Problemen kommen. Ein Thema, das von den Praktikern, sowie von der Planung und Politik relativ unterbewertet und ignoriert wird. Für das Projekt haben wir eine Reihe von Interviews mit MitarbeiterInnen in Pflegeheimen (ÄrztInnen, Pflegekräften) durchgeführt, sowie das Krankheitsbild und die Schlafsituation einer großen Zahl von PflegeheimbewohnerInnen erhoben, wobei eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden angewendet wurde.

Ein drittes Projekt beschäftigt sich mit der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch MigrantInnen. Hier gilt es herauszufinden, weshalb die Kommunikation zwischen MigrantInnen und dem deutschen Gesundheitssystem oft nicht funktioniert und welche Hemmnisse es in diesem Bereich gibt. Dies wird über Interviews mit Betroffenen, ExpertInnen, Fachkräften im Gesundheitswesen, VerbandsvertreterInnen, Selbsthilfegruppen etc. geklärt, sowie durch Beobachtungen von bestimmten Orten der Begegnung dieser Gruppe von MigrantInnen.

Die Politikwissenschaft in Wien bietet zu wenig Methoden-LVs an. Welche Probleme sehen Sie hierin und welche Gründe sehen Sie dafür?

Auf der einen Ebene wurde mir anfangs am Institut kommuniziert, es werden zu wenige LVs angeboten. Andererseits wird einiges angeboten und ist auch einiges im Curriculum vorgesehen. In Anbetracht der riesigen Zahl an potenziellen TeilnehmerInnen ist das Angebot jedoch zu

wenig. Wir müssen in jeder LV immer wieder Leute ab-, oder auf andere LVs hinweisen, in denen es noch Aufnahmekapazitäten gibt. Das heißt, es gibt eigentlich im Curriculum einiges, was theoretisch auch ausreichen würde, wenn es immer alle Studierenden parallel besuchen könnten. Ein anderer Punkt ist, dass manches alternativ angeboten wird. Soweit ich das überblicken kann, werden die LVs für qualitative und quantitative Methoden im Masterstudium einmal jährlich angeboten. Das hat den Effekt, dass die Studierenden, bei dem Versuch, überhaupt in eine Methoden-LV hineinzukommen, meistens nur das eine oder das andere gemacht haben. Wenn man eine Masterarbeit mit quantitativen Methoden verfasst und zuvor ein Seminar zu quantitativen Methoden besucht hat, ist das wunderbar. Wenn man aber, wie das hier am Institut meistens der Fall ist, eine Masterarbeit mit qualitativen Methoden schreibt, zuvor aber in einem quantitativen Methodenseminar seine Kompetenzen erworben hat, gibt es Defizite. Das alternierende Angebot von Methoden-LVs, was sich zum Teil auch aus dem praktischen Ablauf des Studiums und der Zulassung zu Seminaren ergibt, ist, glaube ich, ein großes Problem. Was man sich als Institut – und nicht nur als jemand, der Methoden lehrt – überlegen muss, ist die Ausrichtung des Studiums: Wenn es eher ein theoretisches Studium sein soll, was die Studierenden vor allem zu theoretischer Arbeit qualifiziert, dann kommt man mit dem derzeitigen Lehrangebot ganz gut zurecht. Wenn man aber sagt, die Politikwissenschaft bietet ein Studium an, welches für eine empirisch fundierte Tätigkeit in Forschungsfeldern mit qualitativen oder quantitativen Methoden vorbereitet, so muss dahin gehend mehr angeboten werden, als es jetzt der Fall ist.

Sehen Sie dieses Problem gleichermaßen für das Bachelor- und Masterstudium?

Zum Bachelorstudium kann ich noch wenig sagen, ich habe im WiSe 2011/12 aus praktischen Gründen, die nicht unbedingt meine waren, nur im Master gelehrt. Im SoSe biete ich zum ersten Mal eine Vorlesung im Bachelorstudium an und bin in die Organisation der parallel laufenden

Proseminare involviert und bekomme dabei einen Eindruck davon, wie das angenommen wird und wie die Studierenden aus den Veranstaltungen herauskommen. Das gleiche gilt auch für das Doktoratsstudium, wo ich ebenfalls erst im SoSe LVs anbieten werde.

Wie ist Ihre Erfahrung mit der Methodenlehre in Deutschland im Unterschied zu Österreich?

Ich arbeite seit Jahren in Deutschland an der Fachhochschule und da ist die Lehre viel stärker „verschult“. Das heißt, wenn eine Methodenlehreveranstaltung dort Teil des Curriculums ist, dann werden diese auch so angeboten, dass jedeR in dem Semester, wo sie/er sie besuchen muss, auch besuchen kann. Es gibt so viele Plätze respektive Kurse, dass die Absolvierung in den entsprechenden Semestern auch möglich ist. Das hängt natürlich einerseits davon ab, welche Zahl an Studierenden zugelassen wird – die Aufnahmestimmungen sind bei den Studiengängen in Deutschland zum Teil wesentlich restriktiver. Andererseits muss sich die Politikwissenschaft in Wien ihre Ausrichtung überlegen. Im Zuge der Umstellung vom Diplom- auf das Bachelor-/Masterstudium in Deutschland in den letzten Semestern gab es eine Diskussion darüber, welchen Stellenwert ein Methodencurriculum in der Soziologie und der Politikwissenschaft im Verhältnis zu den anderen Fächern haben soll. Also die Frage: wie groß der Umfang der Methodenlehre sein soll, wobei hier vieles noch einmal neu verhandelt worden ist. In der deutschen Gesellschaft für Soziologie etwa haben wir ein Methodencurriculum entwickelt, welches jedeR SoziologiestudentIn durchlaufen sollte, das sich durch die Umstellung vom Diplom auf das Bachelor-/Masterstudium aber als zu umfangreich herausstellte. Diese Kompromisse gibt es in ähnlicher Form auch hier in Österreich. Aber es gibt nur wenige Universitäten, die unbegrenzt Studierende aufnehmen, wodurch etwa die Politikwissenschaft in Wien eine viel größere Zahl an Studierenden bewältigen muss, als ein Soziologieinstitut in Deutschland.

Welchen Zusammenhang sehen Sie hier zur budgetären Lage der österreichischen Universitäten, die im internationalen Vergleich unterfinanziert sind, oder machen Sie die Probleme an den Massenfächern fest?

Ich denke, dass sich das Problem mit der Unterfinanzierung in Deutschland, abgesehen von Details, genau so stellt wie in Österreich. Die Reaktion der Universitäten ist hier relativ schnell und stark dahin gehend, dass die Zahl der aufzunehmenden Studierenden durch einen Numerus clausus beschränkt wird. In Österreich wird aufgrund fehlender Aufnahmebestimmungen – weshalb auch so viele Studierende aus Deutschland hier sind – das Problem der Überinanspruchnahme intern anders bewältigt, insofern bestimmte Kurse nur in einem beschränkten Ausmaß angeboten werden. Aber vielleicht ist das auch eine falsche Wahrnehmung.

Welche Bedeutung haben qualitative Methoden für die Politikwissenschaft? Ist die Politikwissenschaft in Österreich dahin gehend ausreichend methodologisch fundiert?

Ich denke, die qualitative Forschung hat in der Politikwissenschaft die gleiche Berechtigung, wie sie sie in anderen Sozialwissenschaften hat. Dort, wo es bestimmte Fragestellungen oder auch Felder und Zielgruppen gibt, die nicht weit genug erforscht und theoretisch unterfüttert sind, dass man mit quantitativen Methoden arbeiten könnte, sind qualitative Methoden absolut notwendig. Insofern das ausreichend methodologisch unterfüttert ist, bin ich nicht der Meinung alle Räder in der Politikwissenschaft noch mal neu erfinden zu müssen. Ich denke, die Politikwissenschaft kann von dem Diskurs, der etwa in der Soziologie oder den Erziehungswissenschaften zu qualitativen Methoden geführt worden ist, relativ viel profitieren. Die Fragestellungen der Politikwissenschaft sind nicht so fundamental anders im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften, v.a. wenn es darum geht, diese Fragestellungen empirisch umzusetzen. Hier gibt es mehr Anknüpfungspunkte, als dies aus einer disziplinären Brille erscheinen mag.

Wie ist dahin gehend ihr Eindruck im Bezug auf das ipw, insofern den qualitativen Methoden dieser Stellenwert auch eingeräumt wird?

Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass qualitative Forschung hier sehr hoch angesiedelt wird. Es wird immer wieder gesagt, dass ein großer Teil unserer Studierenden, die empirische Abschlussarbeiten schreiben, mit qualitativen Methoden arbeiten. Wir sind nur nicht dauerhaft darauf vorbereitet, da wir hier keine fest etablierte Professur für diesen Bereich haben. Dass jemand meint, qualitative Forschung würde nicht gebraucht, ist mir hier so noch nicht untergekommen. Es gibt eher Begeisterung darüber, dass hier tatsächlich etwas spezifizierter angeboten werden kann. Natürlich gab es die Kurse vorher auch, aber wenn es eine längerfristige Perspektive über das Jahr meiner Anstellung hinaus gibt, kann die qualitative Methodenlehre auch auf ein eigenes Fundament gestellt werden. Diese Entwicklung ist in allen Gesprächen, die ich bisher geführt habe, relativ positiv bewertet worden.

Sie haben eingangs erwähnt, in der Forschung auch mit quantitativen Methoden zu arbeiten. Was war für Sie der Grund, den Fokus mehr auf die qualitativen Methoden zu setzen? Sehen Sie auf der Politikwissenschaft ein Konkurrenzverhältnis zwischen qualitativen und quantitativen Methoden in Lehre und Forschung?

Ich gehe nicht von einem Konkurrenzverhältnis aus. Ich habe immer wieder mit Fragestellungen gearbeitet, die qualitative Methoden verlangt haben/die es sinnvoll erscheinen ließen, mit qualitativen Methoden zu arbeiten und nicht ausschließlich mit quantitativen. Zum anderen hat mich zu Beginn meiner wissenschaftlichen Arbeit das Potenzial der Entwicklung qualitativer Forschung als Methodenfeld relativ stark interessiert und ich hatte auch die Möglichkeit, das ein Stück weiter zu systematisieren, als dies bis dahin der Fall war. Ich habe eine Reihe von Lehrbüchern geschrieben, die diesem Ziel letztlich folgen, sodass beides Hand in Hand ging: einerseits die Forschungsinteressen, die diese Methoden verlangt haben und andererseits die

Methodeninteressen und die Systematisierung qualitativer Forschung im deutschen Sprachraum, sowie die Verbindung mit der internationalen Ebene ein Stück voranzutreiben.

Zum Verhältnis qualitativer und quantitativer Forschung: Ich arbeite seit Jahren mit Methodenkombination – Stichwort: Triangulation. Wo es sinnvolle Aspekte gibt, verwende ich beide Methoden gleichberechtigt, manchmal sogar nur quantitative Methoden. Bei dem vorhin genannten Projekt mit den Pflegeheimen kann die Auswertung der Bestandsaufnahme hinsichtlich der Häufigkeit von Störungen und deren Zusammenhang mit anderen Krankheitsdiagnosen ausschließlich mit quantitativen Methoden erfolgen. Mein Interesse ist es zu zeigen, dass beide Methoden miteinander kombiniert werden können und man sich auf beiden Seiten der Grenzen der jeweiligen Methoden bewusst sein sollte.

Haben Sie den Eindruck, dass am Methodenzentrum beide Methodenstränge in der Forschung gleichermaßen einbezogen werden?

Soweit ich das beurteilen kann, befindet sich das Methodenzentrum noch im Aufbau, wobei die Stellen für quantitative Forschung zuerst besetzt worden sind. Es wurde eine zweite Stelle besetzt, die eine stärker ethnografische Ausrichtung hat, wodurch sich vermutlich einiges ändern wird. Wenn der Plan einer Professur, die sich nicht speziell auf Ethnografie oder Netzwerkanalyse spezifiziert, sondern sich auf qualitative Forschung insgesamt fokussiert, umgesetzt wird, dann steckt hier einiges an Potenzial. Es ist nicht nur im Wiener Methodenzentrum so, dass zuerst die „Quantitativen“ besetzt werden und die „Qualitativen“ dann erst etwas später kommen und Überzeugungsarbeiten leisten müssen, um sich auch zu etablieren. Das ist häufig eine Eigendynamik von Methodenzentren, nicht nur an der Uni Wien.

Jetzt resümierend, was ist Ihr Anspruch an die Lehre von qualitativen Methoden? Was muss dahingehend an der Politikwissenschaft geändert oder verbessert werden?

Wenn man davon ausgeht, dass die Lehre die Studierenden dazu befähigen soll, mit empirischer Forschung arbeiten zu können, dann sollte auf jeden Fall Forschungsplanung in Seminaren vermittelt werden – also die Bestandteile von Forschungsprojekten und die Alternativen auf methodischer Ebene, sowie gleichzeitig die Vermittlung von praktischen Erfahrungen. Etwa was es bedeutet, eine Idee/Fragestellung in ein methodisches Design umsetzen zu können. Das ist etwas, das notwendig ist für AbsolventInnen, die in der empirischen Forschung arbeiten wollen. Wenn man aber sagt, dass es nur ein Teil der Studierenden ist, die dieses Profil erreichen sollten und der Rest sollte eher theoretisch arbeiten, so sollten auch diese AbsolventInnen einschätzen können, was gute und schlechte Forschung ist, also wie und wo Methoden eingesetzt worden sind. Damit ist die Fähigkeit in der Rezeption von Forschung gemeint, die allen AbsolventInnen vermittelt werden sollte und dafür müssen die entsprechenden Grundkompetenzen auch schon im Bachelorstudium vermittelt werden.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Caroline Krischek

Studentin der Politikwissenschaft im Masterstudium und Studienassistentin am ipw

Richard Sattler

Student der Politikwissenschaft im Masterstudium und Studienassistent am ipw

Malalai Joya – ein Stern am Himmel Afghanistans

Caroline Triml

Die Geschichte dieser besonderen jungen Frau spielt sich in Afghanistan ab: einem Land, dessen westliche Berichterstattung zumeist von politischen Invasionen und diversen Kriegszuständen geprägt ist. Infolge dessen wird stets der Eindruck geweckt, dass Intoleranz, Brutalität und die grausame Unterdrückung der Frauen die afghanische Kultur prägen. Für Außenstehende ist das multiethnische Land mit seinen zahlreichen Volksgruppen nur schwer nachvollziehbar. Das Land beherbergt heute 34 Millionen Menschen.

Malalai Joya war vier Jahre alt, als ihre Familie mit ihr das Land verließ, um zuerst in den Iran und dann nach Pakistan zu flüchten. Sie wurde 1978 geboren, im Jahr der April-Revolution: ein Ereignis, welches das Leben der Afghanen für immer verändern sollte. Aufgrund der geostrategischen Interessen wurde das Land von der Sowjetunion besetzt, und als Schlachtfeld des Kalten Krieges benutzt. Die Widerstandskämpfer wurden mit einem Heer an Waffen durch die USA versorgt. Unzählige Tote und irreparable Behinderungen an über 800.000 Menschen waren die Folgen des Krieges (1).

Zu Beginn des Krieges nannten sich die meisten Kämpfer Mudschaheddin, „Heilige Krieger“, die heute vom Volk in zwei Gruppen unterteilt werden: die Wahren und die Kriminellen. Sie kämpften für das Recht auf Selbstbestimmung, waren afghanische Patrioten, die sich zum Kampf gegen die sowjetischen Invasoren zusammenschlossen. Als die Sowjetunion 1991 zerbrach, legten die einen ihre Waffen nieder und die

Extremisten, auch *Warlords* genannt, begannen einen blutigen Bürgerkrieg. Als der gemeinsame Feind verschwunden war, wurde untereinander um Machtpositionen gekämpft, wofür sogar zeitweilige Bündnisse mit den sowjetischen *Marionetten*, wie Joya sie nennt, geschlossen wurden.

Zwischen 1992 und 1996 wüteten die kriminellen Mudschaheddin über das Land. Viele dieser extremistischen Parteienführer wurden von der CIA und dem pakistanischen Geheimdienst ISI ausgewählt und militärisch ausgerüstet. Laut Joya war der US-Regierung der Bürgerkrieg nicht unrecht: auf diese Weise stellten die gut ausgerüsteten Afghanen keine zu große Gefahr für die Vereinigten Staaten selbst dar. Die internationale Aufmerksamkeit wandte sich von Afghanistan ab, während der Bürgerkrieg seinen Lauf nahm. Joya war eine der fünf Millionen Flüchtlinge, die das Land verlassen musste, und hatte als eines der wenigen Mädchen die Chance, in Pakistan zur Schule zu gehen. Sowie sie lesen und schreiben konnte, unterrichtete sie erwachsene Analphabeten.

Innerhalb der „Organization for Promoting Afghan Women’s Capabilities“ (OPAWC) arbeitete sie nach ihrem Schulabschluss als Untergrund-Lehrerin. 1998 trat sie der Organisation als Sozialaktivistin bei und zog nach 16 Jahren im Exil mit ihrer Familie nach Afghanistan zurück, um hier zu unterrichten. Dies war unter dem Taliban-Regime, das 1996 die Macht ergriff, nicht erlaubt, weswegen sie täglich ihr Leben riskierte, um für die Bildung von Frauen und Mädchen

einzutreten. In dieser schwierigen Zeit nahm Malalai den Decknamen Joya an, um ihre Familie zu schützen. Beeindruckt und inspiriert von ihrem Vater, der schon früh in der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung aktiv war, und den zahlreichen Büchern, die sie Nacht für Nacht las, wollte sie die Zustände in Afghanistan ändern. Ein Vorsatz, dem sie bis heute treu geblieben ist. Die Tatsache, dass afghanischen Mädchen die Schulbildung verweigert wurde, empfand Malalai als unertragbare Ungerechtigkeit. Insbesondere deshalb, da ihr der Unterricht in den pakistanischen und afghanischen Flüchtlingslagern zeigte, wie sehr er das Selbstvertrauen der Frauen stärkte. Die Überzeugung und der Ansporn aus dem Gefühl heraus, das Richtige zu tun, ließen sie von den täglichen Gefahren, denen sie ausgesetzt war, absehen und immer weiter machen. Außerdem stellte der geheime Unterricht ihre persönliche Rebellion gegen die Taliban dar. 2001 wurde sie zur Direktorin der noch nicht zugelassenen Untergrund-NGO OPAWC für Westafghanistan ernannt.

Die schrecklichen Nachrichten des 11. September 2001 versetzten das Land, sowie den Rest der Welt, in einen Schockzustand. Es war sehr bald klar, dass dies Krieg bedeuten würde. Die Invasion der US-Streitkräfte und ihrer Alliierten führte mithilfe der Nordallianz und weiteren zurückgekommenen Warlords zum Sturz der Taliban, woraufhin die kriminellen Kämpfer mit politischen Ämtern beschenkt wurden. Die westlichen Medien nannten sie „Anti-Taliban-Widerstand und Befreier Afghanistans“. Am Ausmaß der Brutalität und Verbrechen änderte sich jedoch nichts.

Nun sah die US-Regierung ihre Aufgabe in der Installation einer amerikafreundlichen Regierung, die sie im Stammesführer Hamid Karzai fand, der im Bürgerkrieg von 1992 bis 1996 stellvertretender Außenminister gewesen war. Er stellte seit den 1980er Jahren einen wichtigen Kontaktmann der CIA und Berater der Firma UNOCAL dar, die ein Pipeline-Projekt in Afghanistan förderte. Als politisch interessiert erlebte Joya nun den Einsatz der neuen Besatzungsarmee, der International Security Assistance Force (ISAF), und den Austausch des fundamentalistischen



Taliban-Regimes durch ein fundamentalistisches Warlord-Regime mit. Nachdem sie mit Hilfe von Familie und Freunden eine öffentliche Klinik im Jahr 2003 und ein Waisenhaus im Alter von nur 25 Jahren errichtete, wurde sie als Leiterin der beiden Institutionen schnell zu einer bekannten Persönlichkeit in ihrer Provinz. Die Leidensgeschichte und Schicksale, die die junge Frau täglich miterlebte, spornten sie an, immer mehr zu tun. Sie entschloss sich schließlich, an den bevorstehenden Wahlen mitzuwirken, um die Herrschaft der Warlords und Fundamentalisten anzuprangern. Malalai hatte immer viel zu sagen, und durch die Wahl zur weiblichen Delegierten erhielt sie die Möglichkeit dazu. Unerwartet ergatterte sie als jüngste Parlamentarierin der Geschichte einen Sitz in der Versammlung der sogenannten *Loja Dschirga*, was soviel heißt wie „großer Kreis“, „Ältestenrat“. Sie erlebte hautnah mit, wie die Mehrheit der Delegierten Warlords und proamerikanische Marionetten waren. Bereits in ihrer ersten Rede, die nach

90 Sekunden unterbrochen wurde, stellte sie die von ihr angeprangerten Kriegsverbrecher vor der Welt bloß. Indem sie den Mut hatte, die Dinge beim Namen zu nennen, erregte sie internationale Aufmerksamkeit. Ihr Bild ging um die Welt. Seit diesem Zeitpunkt lebt Malalai Joya in ständiger Gefahr, kann sich nicht ohne Bodyguards bewegen. Fünf Attentate überlebte sie seit diesem Tag, ohne den Gedanken aufzugeben oder ins Exil zu flüchten.

Sie sieht ihre Verantwortung darin, für die Freiheit und die Rechte ihres Volkes, vor allem für die stark vernachlässigten Rechte der Frauen zu kämpfen. Im September 2005 beteiligte sie sich erfolgreich am Wahlkampf für die ersten Parlamentswahlen seit 33 Jahren.

Auch während dieser risikoreichen Zeit ging Joya ihrer Arbeit als politisch unabhängige Sozialaktivistin nach und empfing Tag für Tag Besucher, die um Rat baten und denen sie als Mediatorin beiseite stand. Mit ihrem errungenen Parlaments-sitz zog sie als jüngstes von rund 250 Mitgliedern ins Unterhaus, die Wolesi Dschirga. Obwohl eine Kandidatur für Milizführer und Streitkräfte illegal ist, stellten Warlords und ihre Verbündeten 60 Prozent der neuen Parlamentarier (2). Diesen war und ist Malalai ein Dorn im Auge. Bereits bei der ersten Wortmeldung im Parlament wurde ihr das Mikrofon abgeschaltet, da sie schwerwiegende Kritik an ihren Mitstreitern äußerte. Das führte zu ihrer Suspendierung als Abgeordnete, welches sie in als „Schaufenster-Demokratie für die US-Regierung“ beschreibt. Malalai fand viele Anhänger im Volk und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sprachen sich für sie aus. 2006 wurde sie nach regierungskritischen Äußerungen physisch angegriffen und in Folge dessen konnten mehrere Mordattentate von ihren Leibwächtern und Freunden aufgedeckt werden. Ohne die Gelegenheit, sich zu verteidigen, wurde sie 2007 ihres Mandats suspendiert und für den Rest der fünfjährigen Bevollmächtigung aus dem Unterhaus ausgeschlossen. Diese Tatsache stieß zwar auf großen Widerstand in der Bevölkerung, bei Journalisten und Medien, doch Fernseh- und Radiosender zögerten nun immer öfter, Joya zu interviewen oder über die junge Politikerin zu

berichten, um sich selbst vor Rachemaßnahmen zu schützen. Journalisten sprechen hierbei von lebensnotwendiger Zensur.

Malalai Joya ruft westliche Nationen dazu auf, Friedens- und Antikriegsbewegungen zu unterstützen. (3) Sie ist der Meinung, dass die westlichen Medien nicht länger zu dem Problem beitragen sollten, indem sie das Volk als rückständig und terroristisch darstellen. Es sei fähig, seine Unabhängigkeit zu verteidigen und die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, womit sie auf die NATO-Besatzung anspielt, die sie scharf kritisiert. Kein Land könne einem anderen die Befreiung, oder gar eine funktionierende Regierung schenken. Errungenschaften wie diese müssen durch das Volk selbst erreicht werden.

Mehr als zehn Jahre nach der amerikanischen Invasion steht das Land immer noch unter fremder Besatzung. Malalai Joya plant ihren Weg nicht intellektuell, sie beschreitet ihn vielmehr intuitiv, lässt sich von ihrem unbändigen Mut und ihren Überzeugungen für eine gerechtere Welt leiten. Dies ist ein Weg, der zu Recht mit großer Hoffnung mit verfolgt werden kann. Ihre Geschichte ist ihres Erachtens nicht wichtig. Aber sie kann die Probleme aus der Perspektive einer Angehörigen der afghanischen Kriegsgeneration schildern und stellt dadurch eine „Stimme der Sprachlosen“ dar.

Im Mai 2012 wird sie in Wien sein und unter anderem auf der Hauptuniversität eine Rede mit anschließender Diskussion halten.

Caroline Triml studiert Internationale Entwicklung

(1) *Untersuchung durch Handicap International, 2005*

(2) *Bericht Human Rights Watch, 2006*

(3) *www.malalaijoya.com, 2011*

Joya, Malalai (2009): *Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan*. München: Piper Verlag GmbH.

STEOP: Studieneingangs- und Orientierungsphase am ipw

Kathrin Glösel

Im März des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung eine Novelle des Universitätsgesetzes beschlossen, die den Beginn in allen Bachelorstudien seit dem Wintersemester 2011/12 neu regelt. Waren die verantwortlichen MinisterInnen und Universitätsleitungen zunächst darum bemüht, einer neuen „Studieneingangs- und Orientierungsphase“ den vordergründigen Charakter einer tatsächlichen Einführungsphase zuzuschreiben, lassen themenbezogene Wortmeldungen in Interviews und Pressemitteilungen darauf schließen, dass der eigentliche Zweck der STEOP nicht mehr verharmlost oder schön-geredet werden muss, sondern vielmehr die Zweckmäßigkeit einer Selektionsphase betont werden kann und soll. Ein Vergleich der Umsetzungen der Eingangsphasen an verschiedenen Instituten der Universität Wien, aber auch an diversen Hochschulen in Österreich zeigt, dass es sich um ein simples Mittel handelt, um Studierendenzahlen binnen eines Semesters zu verringern. Oder, wie es Wissenschaftsministerin Beatrix Karl ausdrückte: „Wir brauchen Zugangsregelungen, um die Qualität an den Universitäten in Studium und Lehre auch sicherzustellen.“ (Ö1-Interview am 7.10.2010)

Am Institut für Politikwissenschaft hat dieses Konzept tatsächlich Früchte getragen. Seit Wintersemester 2009 ist die Zahl der neu für den Bachelor Politikwissenschaft inskribierten Studierenden sukzessive zurückgegangen. Was das Institut zu einem Aufatmen veranlasst, bedeutet jedoch, dass Studienwillige von ihrem Recht auf tertiäre Bildung und ihrem Wunsch nach Theorie- und Methodenwissen abgehalten werden.

Die bundesweite Regelung...

Im §66 des Universitätsgesetzes (UG) ist schon seit 2007 die Bestimmung enthalten, in jedem ordentlichen Bachelor- und Diplomstudium eine Studieneingangsphase vorzusehen, die StudienanfängerInnen einen ersten Überblick über ihr Fach geben sollte. In diversen Curricula wurden studienimmanente Voraussetzungsketten eingeführt, die vorsahen, eben jene Eingangsphase vorweisen zu müssen, bevor einzelne Lehrveranstaltungen besucht werden und Prüfungen abgelegt werden konnten. Doch die für Vorlesungen bis dato gesicherten vier Prüfungsantritte blieben unangetastet. Durch die im März 2011 verankerten Abänderungen wurde nun nicht nur festgelegt, dass die neugestaltete Studieneingangs- und Orientierungsphase komplett positiv absolviert werden muss, bevor man sich auch nur für eine weitere Lehrveranstaltungsprüfung anmelden kann, sondern darüber hinaus sorgte die Formulierung, dass es zumindest zwei Antritte pro STEOP-Prüfung geben soll, dafür, dass Universitäten, in Vorfreude auf einen ersehnten Selektionsmodus, kategorisch Prüfungsantritte kürzten.

... und ihre Implementierung an der Universität Wien

Die Uni Wien nahm diese modifizierte Regelung bereitwillig auf und entschied sich für die rigideste Umsetzung, die legal möglich ist: Erstsemestrige dürfen jede Prüfung innerhalb der STEOP nur ein Mal wiederholen – gelingt dies nicht, sind sie für das Studium an der Uni Wien gesperrt.

Die Prüfungen finden dabei schon früher statt als in höheren Semestern, was zusammenfassend bedeutet, innerhalb weniger Wochen

den Semesterstoff in für zwei bis sechs (je nach Studienrichtung) Lehrveranstaltungen zu verarbeiten und kulminiert im Dezember auszuspeien.

Abgesehen davon, dass man die pädagogische Sinnhaftigkeit (die in öffentlichen Diskussionen um Universitäten und Bildung neben Leistungs-, Verwertungs- und Konsumargumentationen überhaupt keinen Eingang mehr findet) infrage stellen muss, hat dies auch noch weitreichende finanzielle Konsequenzen. Denn gelingen die ersten Antritte nicht und man entscheidet sich notgedrungen dafür, es im Folgesemester nochmals zu versuchen (bzw. nimmt man überhaupt Antritte ob des Lernaufwands oder parallele Erwerbs- und/oder Betreuungsarbeit erst im nächsten Semester wahr), kann es mit der Summe an erworbenen ECTS-Punkten innerhalb der ersten zwei Semester knapp werden, um Transferleistungen wie Familien- und Studienbeihilfe zu beziehen.

H. Fuchs, Senatsvorsitzender der Uni Wien meinte dazu nur: "Wenn ein Student (sic!) gleich am Anfang mehrfach durchfällt, sollte er sich überlegen, ob er ein anderes Studium wählt oder für einige Zeit in die Berufspraxis geht." (Standard-Interview vom 23.11.2011)

Die STEOP am IPW

Die Verankerung der diversen Eingangsphasen im Studienplan des Bachelors hat am Institut einen mehrmaligen Wandel erfahren. Waren ursprünglich positiv absolvierte Lehrveranstaltungen Voraussetzung für die sehr viel später im Curriculum verankerten Spezialisierungsveranstaltungen, wurde durch eine weitere Modifikation eine Voraussetzungskette eingebaut, die absolvierte Teile der Eingangsphase schon für Methodenseminare vorsah.

Die aktuelle Version der STEOP ist mit dem Studienplan 2011/12 gültig geworden. Nach ursprünglichen Planungen hätte die STEOP mit 30-ECTS konzipiert und die Absolvierung binnen eines Semesters zur Voraussetzung gemacht werden sollen, was jedoch durch die Opposition der Studierenden verhindert

werden konnte. Im derzeitigen Bachelorplan wird von Erstsemestrigen verlangt, nach etwa zwei Monaten an der Uni zwei Multiple Choice-Prüfungen in den Fächern Methodologie sowie der sogenannten Fachspezifischen Einführung und dem Propädeutikum (ehemalige „Orientierungsveranstaltung“) abzulegen. Robert L. hat als Tutor und Mentor über zwei Semester Erstsemestrige betreut und festgestellt, dass die neue STEOP für Studienanfänger_innen weitaus mehr Angst und Stress bedeutet als die Regelung davor. "Die STEOP hat mit einer Orientierungsveranstaltung nichts zu tun, Studienanfänger_innen konzentrieren sich nur noch darauf, Definitionen, Zahlen und Namen zu lernen und im Gedächtnis zu behalten. Es bleiben keine Nerven dafür, herauszufinden, was das gewählte Studium insgesamt zu bieten hat." Hinzu kommt, dass bei zweimaligem Nichtbestehen der Methodologie-Prüfung Studierende nicht nur für Politikwissenschaft in Wien gesperrt sind, sondern auch für Soziologie und KSA.

Unerwartet hohe Durchfallquoten hatte die Prüfung der "Fachspezifischen Einführung" zum Ergebnis. Obwohl enthaltene Fragen bereits im Vorfeld kritisiert wurden, beharrte einer der verantwortlichen Professor_innen auf seinen pädagogisch fragwürdigen Teil der Prüfung.

Wer sich also für Sozialwissenschaften interessiert, dafür schon nach Wien gezogen ist (die damit verbundenen Lebenskosten tragend) und eine einzige Prüfung, die darauf ausgelegt ist, innerhalb kurzer Zeit komplexe Texte auf Namen und einzelne Aussagen zu reduzieren, zwei mal nicht geschafft hat, wird als kategorisch ungeeignet für drei Studienrichtung abgestempelt. Da stellt sich die Frage: wenn das nun auf alle LeserInnen umgesetzt würde: um wie viele angehende, schon arbeitende, schon forschende und lehrende PolitikwissenschaftlerInnen wäre die Uni Wien wohl schon ärmer?

Studieren als Luxus

Die Autonomie der Hochschulen und die damit einhergehende chronische Unterfinanzierung, bauen auf einem bildungspolitischen Modell, das Universitäten mit Unternehmen gleichsetzt

– inklusive den entsprechenden Gremien wie dem Universitätsrat, der als Aufsichtsrat fungiert und dessen Mitglieder meist ohnehin UnternehmerInnen sind. Unis sollen effizient arbeiten, sich über Drittmittel finanzieren und Studierende, die während und nach ihrem Studium durch Erwerbsarbeit Profit abwerfen sollen, wie als Humanressource standardisiert ausbilden. Auf kritische Wissenschaft kann ja getrost verzichtet werden – es sei denn, es bedeutet in irgendeiner Weise eine Aufwertung im Uniranking.

In Kombination mit einer verinnerlichten Wettbewerbslogik, der zufolge nicht jedeR das Recht auf die Aufbereitungsstätte „Universität“ haben soll und einen Einsparungsimperativ, stoßen demnach Forderungen nach Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und rigiden Studieneingangsphasen auf offene Ohren. Vor allem die Rektorate zeigen dabei, dass sie für etwas mehr Budget gerne bereit sind, Studieren für eine Vielzahl an SchulabsolventInnen unmöglich zu machen.

Kathrin Glösel studiert am ipw und ist Mandatarin der Studienrichtungsvertretung

Stoppt die StudienanfängerInnen!

Dominik Hultsch

Partystimmung im Kommunikations-Zentrum der Studienvertretung Politikwissenschaft. Die Erstsemestrigen haben gerade den ersten Antritt von insgesamt zwei (!) Antritten einer Multiple-Choice-Prüfung der STEOP (Studieneingangs- und Orientierungsphase 1 neu) überstanden. War sie schwer?, will ich von den Studis wissen. Nein, viel einfacher als vor einer Woche „Einführung in Politikwissenschaft“! Das war ja vollkommenes Neuland. Erstsemestrige als Versuchskaninchen, wieder einmal. Prüfungstoff: 20 Texte, darunter einige in Englisch, ein einführendes Propädeutikum am Anfang des Semesters und die Vorlesung. Neben der Vorlesung gab es freiwillige Hilfestellungen wie Forschungs-Werkstätten mit TutorInnen und Mentoring-Gruppen mit Studierenden aus höheren Semestern, die aber nur die STEOP (alt) absolviert hatten und sich daher teilweise erst in die Texte einlesen mussten.

Beim ersten Antritt für den Multiple-Choice-Test mussten mind. 55% der 39 Fragen und 4 von 6 Fragen aus dem Propädeutikum richtig

beantwortet werden. Einige fanden es ganz gut, dass die erste Prüfung herausfordernd war. Unmöglich soll sie nicht gewesen sein, schließlich gab es selbst-organisierte Hilfe über eine Facebook-Gruppe, zwecks Vernetzung und Verteilung von Exzerpten. Die Tutorinnen halfen über das Internetforum bei Fragen zu Texten und Vorlesung. Die Forschungs-Werkstätten gaben Einblicke in die (politik-)wissenschaftliche Forschung und die Mentoring-Gruppen fungierten als soziale Lerngruppen. Die Teilnahme an den Vorlesungen, den Forschungs-Werkstätten und den Mentoring-Gruppen war freiwillig und ohne Anwesenheitspflicht, was nicht gerade zum Lernen motiviert, so die StudienanfängerInnen. Schon gar nicht, wenn es um einen so großen Prüfungstoff nur 9 Wochen nach Studienbeginn geht. Allein mit den Texten komme man da nicht sehr weit, der Stoff müsse aufgeteilt und diskutiert werden. Manche Fragen sollen beim Test extra schwer und die zugehörigen Antwortmöglichkeiten sehr ähnlich gewesen sein. Manche Fragen wurden im Nachhinein von den Prüfungsleitern

auch herausgenommen, weil sie zwischen gut vorbereiteten und schlecht vorbereiteten Studierenden nicht gut unterschieden hätten. Das sei bei neuen MC-Prüfungen ganz normal, erfahre ich von einem Tutor. Eine anonymisierte Notenverteilung der Prüfung soll nicht veröffentlicht werden, daher kann nur spekuliert werden, wie viele angetreten und wie sie ausgefallen ist.

Die meisten Erstis werden wahrscheinlich zum ersten Antritt erschienen sein, denn um im nächsten Semester einen Platz in einem Seminar zu ergattern, müssen sie schließlich 2 Multiple-Choice-Klausuren bestehen und die Mindeststudiendauer drängt. In der alten STEOP war bereits im ersten Semester der Besuch eines Seminars mit Anwesenheitspflicht möglich. So konnten die StudienanfängerInnen bereits im ersten Semester verpflichtet sein, Arbeiten abzuliefern und an den Diskussionen teilzunehmen. Sie erlangten dadurch schnell einen Einblick ins Studium. Die neuen zwei Klausuren erlauben nur zwei Antritte, wenn die mal vermasselt sind, ist das Politikwissenschaft-Studium gelaufen. JedeR StudierendeR wird nach einem zweiten negativen Antritt lebenslanglich gesperrt. Es gibt keine Möglichkeit zur Wiederholung, selbst nach Jahren nicht!

Die Intention hinter dieser Struktur ist klar: So viele Studienanfänger wie möglich aussieben, abschrecken und malträtieren, damit später die wenigen Plätze in den Seminaren reichen, welche die mangelnde Finanzierung gerade noch so decken kann. Die STEOP (Studieneingangs- und Orientierungsphase) wurde im März 2011 für alle österreichischen Universitäten ab Wintersemester 2011/2012 beschlossen, die noch keine Zugangsbeschränkungen haben. Das heißt es werden Monster-Lehrveranstaltungen mit mehreren hundert Studienanfängern abgehalten, manchmal ohne Zwischentests und mit einer alles entscheidenden Prüfung. Die Ausgestaltung hängt von den Universitäten ab. Auf der Uni Wien ist die Realisierung besonders genau und rigoros durchgesetzt worden, gegen jeden Einspruch der Studierenden und Lehrenden. Auf manchen Unis gibt es drei statt zwei Antritte in der STEOP, nach einem Protest der Studierenden auch auf der WU Wien.

Thomas Hopmann vom Institut für Bildungswissenschaften kritisierte die neue Regelung bereits in der Tageszeitung *Der Standard* scharf. Seiner Meinung nach ist diese Studieneingangsphase sozial selektiver als jede Art von Studiengebühren, weil sie zu Lasten jener geht, die kein akademisches Umfeld haben. Er verglich in einer seiner Vorlesungen die STEOP mit Bulimie, weil die StudienanfängerInnen dazu gebracht werden sollen den Prüfungsstoff so schnell wie nur irgend möglich hineinzufressen und alles im richtigen Moment bei der Klausur auszukotzen. Ein provokativer und empörender Vergleich, für den er sich in der Vorlesung entschuldigte. Am Institut für Bildungswissenschaften würde man gerne begleitende Seminare zu den Vorlesungen machen, allein das Budget und die strikten Regeln der Politik würden es nicht erlauben. Früher war das erste Semester dazu da, sich an die Uni zu gewöhnen, zu lernen aufzustehen und sich die Arbeitszeit selbst einzuteilen. Heutzutage bekommen die StudienanfängerInnen keine Zeit mehr sich auf die Uni einzustellen. Sie werden gleich ins kalte Wasser geworfen und wenn sie beim zweiten Mal noch nicht schwimmen können, ist der Traum vom Studium eben ausgeträumt.

Der Grund für diese abschreckenden Prüfungen zu Beginn des Studiums liegt am Unvermögen der österreichischen Regierung Standards und Regeln für eine geordnete Hochschulpolitik zu definieren. Die Verantwortung für ihre bisherige Unentschlossenheit und Uneinigkeit im tertiären Bildungssektor und den damit verbundenen Missständen wird mittels einer diktierten Studieneingangsphase, die den didaktischen Standards einer Universität unwürdig ist, auf die Universitäten und Institute abgeschoben. Die Leidtragenden sind die StudienanfängerInnen, deren Enthusiasmus ich bei manch älteren Semestern und auch bei mir selbst manchmal vermisste. Es wäre wirklich eine Schande, sie aufgrund eines schlechten Starts in das frische Studium zu verlieren.

Dominik Hultsch ist Redaktionsmitglied und Student am ipw

Löffler, Marion: Feministische Staatstheorie. Eine Einführung, Frankfurt 2011

Marion Löffler ist ein großes Buch gelungen. Ein wirklicher Beitrag zur Grundlagenforschung, wie man ihn im wissenschaftlichen Betrieb des Instituts länger nicht gesehen hat. Diese Monographie ist Einführung in feministische Staatstheorie ebenso wie Vermittlungsmedium des Selbstverständnisses eines Teils des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien. Die Einführung ist übersichtlich und verständlich und dabei auch für fortgeschrittene Leser informativ. Nicht nur weist sie den emanzipatorischen Gehalt eines Theoriemodells auf, das in der Dichte der politikwissenschaftlichen Bearbeitung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien in Europa einzigartig ist, sie liefert auch gute Gründe, diese kritische Arbeit am patriarchalen Staat genau zu beobachten. Dabei zeigt sich die Komplexität eines Gebiets, das allzu oft mit System vernachlässigt oder belächelt wird. Löffler zeigt auf, dass der Staat sowohl patriarchale Institution als auch emanzipatorischer Agent ist (189). In dieser Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit entwickelt sie eine Übersicht über das Wesen von Staatskritik und eine luzide Analyse staatstheoretischer Ansätze von Pluralismus bis Poststrukturalismus. Feministische Herrschaftskritik setzt sich dem Staat als Herrschaftsinstanz eines androzentrischen und heteronormativen gesellschaftlichen Zusammenhangs entgegen und gewinnt daraus ihren normativen kritischen Gehalt. Die Theoriebildung dieser feministischen Kritik resultiert also grundsätzlich aus einem „herrschaftskritischen Interesse“ (127).

Mit der feministischen Staatstheorie soll Klarheit darüber hergestellt werden, dass der Staat nicht etwa nur Agent des Kapitals ist, sondern auch einer anonymen Männlichkeit, die sich über Institutionen und Vergeschlechtlichungen in die Reproduktion der Gesellschaft einschreibt. „Emanzipatorische Politik kann demnach erst

dann erfolgreich sein, wenn das lebensweltlich und damit nicht-politisch und nicht-staatlich strukturierte Patriarchat beseitigt ist.“ (237f)

Eine Aufgabe, die sich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Politik schon aus deren eigenem Anspruch heraus anbietet. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, feministische Wissenschaft und Lehre zu sein. Die feministische Staatstheorie nutzt diese Freiheit und löst die Seilschaften der homosozialen Wissenschaftsstrukturen durch ihre eigenen ab, in dem sie einen Diskurs etabliert. Im Text von Marion Löffler steckt ein Teil dieser Diskursmasse, die das Buch zur Pflichtlektüre macht.

Da der Text als semantische Struktur erscheint, in der die Ordnung des Diskurses eine große Rolle spielt („Staat betrachtet als Serie diskursiver Arenen“ (239)), soll hier noch mittels einer Anmerkung dem Diskurs über den Diskurs sein Ereignischarakter zurückgegeben werden. Denn wenn die Theoretisierung eines empirischen Phänomens „per se schon herrschaftskritisch“ (49) sein kann, gerät der Begriff der Kritik in Bedrängnis. Die „Zärtlichkeit für die Dinge“ (Hegel) blendet deren innere Widersprüche aus. Der kritische Gehalt, der jeweils verwendeten Theorie muss dann nicht mehr konkret ausgewiesen oder historisch revidiert werden. Was zu etwas führt, das Henri Lefèbvre als „Ultradogmatismus“ bezeichnet hat. Also einen dogmatischen Zugang, der seine Dogmatik leugnet, in dem er die interne Reflexion durch eine rituelle Diskussion ersetzt. Und wo ist man näher am Ritus (dem Eigenleben) des Diskurses als in einer politischen Theorie, die mit Foucault und Systemtheorie neben Naturalismus und Essentialismus auch das Subjekt gleich mit entsorgt hat?

Stefan Marx ist Redaktionsmitglied und Dissertant am ipw

Willems, Herbert: Synthetische Soziologie. Idee, Entwurf und Programm.

Wiesbaden: VS Verlag 2012

Willems entwickelt das Projekt von N. Elias und seiner Figurationssoziologie im Rahmen einer synthetischen Soziologie weiter. Das Ziel ist es, eine empirisch gesättigte Theorie aufzustellen, die möglichst alle Ansätze (hier Simmel, Goffman, Foucault, Bourdieu, Elias, Gehlen, Schulze, Luhmann, Tenbruck u.a.) miteinander synthetisiert. Diese werden ebenfalls methodologisch von Foucaults Diskurs-, Goffmans Rahmen-, Luckmanns Gattungs-, Overmanns Deutungsmuster-, sowie bildhermeneutischen- und Skript- Analysen flankiert. Dabei könnte man die synthetische Theorie als ein interdisziplinäres Netz mit dem Ziel ein höheres (abstrakteres) Syntheseniveau zu weben, verstehen. Dieses Netz wird aus verschiedensten Theoriefäden empirisch miteinander verknüpft. Die Ausrichtung der synthetischen Theorie ist, als mehrbändiges Projekt, gegen die sektiererischen Monokulturen und Bindestrichteildisziplinen innerhalb der Soziologie angelegt. Da sich diese voneinander durch immer höhere künstliche Zäune abschotten und dadurch zur anomischen Desintegration des Faches, so die Autorenmeinung, beitragen. Dabei geht es keineswegs um eine sterile Monokulturbildung, wie sich das der quasi omnipotente Parsonianische Strukturfunktionalismus oder die Luhmannsche Systemtheorie als Supratheorien vorstellen. Das Soziale wird eher als ein kontingent-historischer Prozess angesehen, wobei die Organisationsweise sozialer Strukturen das psychische Empfinden bedingt und schließt (fast) alle zeitgenössischen und klassischen soziologischen Paradigmen mit ein.

Das wirklich „Neue“ an dem Band ist die Fortführung des Theatralitätsansatzes Goffmans, der sich aus körperlichem Ausdruck, Darstellung, Inszenierung, Performance und Präsentation zusammensetzt. Dabei werden die Wettbewerbschauspiele beschrieben, die sich innerhalb der medialisierten Märkte (Medienmärkte als

Spielfeldern oder Bühnen; der Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst u.v.m.) ereignen. Das Ziel dieser Spiele ist es an die knappen Ressourcen (Aufmerksamkeit, Glaubwürdigkeit – Kompetenz, guter Eindruck – Image, sowie verstanden oder erinnert werden) zu kommen. Dieser Ansatz kann die aktuellen medialen Prozesse (z.B. Dancingstars) aber auch die politischen Phänomene (z.B. Facebook Seite des Kanzlers), in denen Eindrucksmanagement als Form vor dem Inhalt siegt, eingehender beleuchten. Dabei wird in immer mehr Bereichen aufgrund der Medienmarkt-Logik der Theatralität strategisch-professionell spezialisierter und qualifizierter, sowie bewusst versiert-gecoachter agiert, statt lebensweltlich-laienhaft, intuitiv, spontan und naiv erscheinen zu wollen. Dies können wir als ein Zugeständnis an die Theatralität deuten, die in allen sozialen Feldern immer stärker implizit oder explizit voranschreitet und bereits als Leistung und Notwendigkeit vorausgesetzt wird.

Die „Synthetische Soziologie“ als Gebilde aus verschiedensten Theorieansätzen, läuft stets der Gefahr, sich zu viel auf einmal aufzubürden und dadurch abzusinken, schöpft aber gerade dadurch ein kreatives Innovationspotenzial und eine gewisse Unabschließbarkeit, da immer wieder ein Neubeginn gewagt werden kann. Willems Versuch scheint ambitioniert aber (noch!) unausgegoren zu sein, da es zu einem gewissen Theorieüberhang kommt, der zur Lasten der Empirie geht, sodass die Methode nicht mit der Theorie in einem ausgewogenen Verhältnis steht. Es wäre ebenfalls spannend die theoretische Synthese mit der methodologischen (z.B. Triangulation) zu verbinden um daraus weitere Synergieeffekte einzuleiten. Wäre das der Anfang einer „Synergetischen Soziologie“?

Marko Novosel ist Redaktionsmitglied und Absolvent am Institut für Soziologie

Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora

Peter Lang GmbH. Internationaler Verlag der Wissenschaften.
Frankfurt am Main 2011

Jede Gesellschaft der freien Welt, deren MigrantInnen-Jugend über kein eigenes Demokratie- und Geschichts-Bewusstsein verfügt, in dem es sich auch mit seiner Kultur wieder finden könnte, hat ein veritables Problem. Folgen sind in der Regel verschärfte gesellschaftliche Spannungen und Konflikte. Das trifft besonders auf Völker ohne eigene Staaten wie Kurden zu. Deren Integration hat sich zwar in Österreich seit Jahrzehnten vorbildhaft entwickelt. Geschätzte mehr als zwei Millionen Kurden in Europa können aber z.B. in dieser Diaspora bis heute nicht die eigene kurdische Geschichte studieren, weil es dafür in West-Europa keinen Lehrstuhl gibt. Zu den wenigen Ausnahmen, die sich gezielt auch um den akademischen Nachwuchs unter Kurden-MigrantInnen in Europa kümmert, zählt das Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Es bildet seit Jahrzehnten auch Studenten kurdischer Herkunft in Demokratie aus. Mit weit reichenden Folgen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist etwa der neue „Gorran“ (Wandel) Oppositionsführer in der autonomen Region Kurdistan im Nordirak, Nawshirwan Mustafa, 67, der 1976 an der Universität Wien Politologie studiert und Demokratie gelernt hat. Das Institut selbst beschäftigt auch traditionell Mitarbeiter kurdischer Herkunft wie derzeit etwa den Lektor Azad Noree, einen Kurden aus dem Irak. Zu den österreichischen Politologen, die sich seit Jahren auch für Kurden engagieren, zählt Thomas Schmidinger, 37, ein in Vorarlberg geborener Politikwissenschaftler, Sozial- und Kulturanthropologe, der seit Jahren auch in mehreren Hilfsorganisationen

aktiv ist. Schmidinger veranstaltete ein Seminar an der Universität Wien im Rahmen der Politologie, dessen beste Arbeiten nun in Buchform im Peter Lang Verlag unter dem Titel „Kurdistan im Wandel“ erschienen sind. Von den 24 AutorInnen sind 6 kurdischer Herkunft. Das Buch vermittelt einen guten, breiten Einblick in die Kurdenfrage in allen Ländern des Nahen Ostens, in denen sie verstreut leben, sowie in der Diaspora in Europa. Schwerpunkte sind Ereignisse seit dem 20. Jahrhundert. Die Seminararbeiten sind um Aufarbeitung einer repräsentativen Selektion publizierter Sekundär-Literatur bemüht. Aber auch bemerkenswerte eigene Forschungen wie etwa in der Frauenfrage werden präsentiert. Original-Quellen aus diversen Archiven stehen nicht im Vordergrund, sind allerdings auch kaum verfügbar. Diskussionen, wer die KurdInnen sind, woher sie kommen und welche Identität sie wählen, werden von teils kontroversen Definitions-Thesen dominiert. Neueste Erklärungsversuche von Paläogenetik und DNA-Genealogie über die Herkunft von KurdenInnen sind noch nicht eingearbeitet. Alles in allem ein lesenswertes Buch, bei dem es selten einmal Seminar-Arbeiten in einen international renommierten Verlag geschafft haben.

Ferdinand Hennerbichler ist Journalist und Historiker

Stiglitz, Joseph: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft

München: Pantheon Verlag 2011

Im folgenden Buch reiht sich Stiglitz in die Nachfolge Keynes ein und fordert mehr staatliche Regulierungen für die Finanzmärkte. Anhand politischer Entscheidungsprozesse und wirtschaftlicher Marktmechanismen des Wettbewerbes wird Punkt für Punkt die letzte Finanzkrise Amerikas seziert. Dabei bleibt Stiglitz nicht nur bei der Ursachenforschung stecken, sondern liefert auch Auswege und alternative Szenarien aus der Rezession. Stiglitz vergleicht seine Analyse mit dem Schälen einer Zwiebel, wobei jegliche Erklärung zu einer Folgeerklärung auf einer dahinterliegenden, tieferen Ebene führt.

Die Finanzmärkte und Banken versuchten mittels wissenschaftlich konstruierter Zahlenakrobatik immer spekulativere und damit höhere Risiken im globalen Finanzmarktcasino zu platzieren. Dadurch explodierte das fiktive Marktwachstum in ungeahnte Höhen, während gleichzeitig die Reallöhne stagnierten. Das wirtschaftliche Gesamtwachstum basierte jedoch immer nur auf Kreditschulden. Die Investmentbanken verfolgten ein ähnlich auf Schulden der KundInnen aufgebautes Geschäftsmodell: nämlich zu wetten und zu spekulieren darauf, dass es zu (k)einer Immobilienkrise kommt, obwohl man faule Kredite mit einem zu hohen Risiko vergibt und dann auch diese wieder verzinst weiterverkauft.

Das Problem ist, dass die Banken ein Netzwerkgeflecht darstellen, das voneinander hochgradig abhängig war. Ein weiterer Punkt waren falsch gesetzte Anreize wie Boni, die dazu führten, dass die begünstigten Mittel und Wege fanden, an ebendiese kurzfristigen Boni zu kommen, obwohl langfristig gesehen, die Bankenbilanzen dadurch Verluste schrieben, die Firmen pleitegingen, oder die Immobilienkredite nicht zurückgezahlt werden konnten. Die Aktienkurse wurden künstlich nach oben gedrückt, der Immobilienmakler vermittelte so viele Kredite wie möglich und

von den Investmentbanken wurden unzählige toxische Zertifikate kreiert. Die Beteiligten täuschten und betrogen sich dabei wechselseitig; die MaklerInnen versuchten, möglichst viele Immobilien mittels der Bankkredite zu vergeben. Die Banken frisierten ihre Bilanzen, um dadurch erst mehr Kredite anzubringen. Die Investmentbanken machten aus diesen faulen Krediten toxische Wertpapiere, die an Ahnungslose verkauft wurden. Da schließt sich der Kreis, der nicht aus anthropologischer Gier, sondern aus falschen Anreizen erst in Gang gesetzt wurde, so der Autor. Stiglitz' Fazit ist, dass in den USA eigentlich genau die Falschen, nämlich die Banken, die die Krise erst verursacht hatten, im Stile einer „Konzernwohlfahrt“ und somit den neoliberalen „Status quo“ als Systemzustand, gerettet haben. Seiner Ansicht nach würde ein Fürsorgestaat europäischer Prägung, eher den durch die Krise enteigneten; namentlich den Häuslbauern unter die Arme greifen, um auf diese Weise eventuelle wirtschaftliche Systemveränderungen und mögliche Kräfteverschiebungen einzuleiten.

Das vorliegende Buch stellt gewisse verworrene und komplexe Sachverhalte, in einer einfachen und klaren Form dar. Der Ausblick auf eine neue Wirtschaft und Gesellschaft gleitet leider ins Ideologisch-utopische ab, weil es einen Wohlstand für alle propagiert, indem ein allmächtiger Staat alle Probleme löst. Sehr wohl zeigt der Autor auf, wie sich das Gewinnstreben weniger Netzwerkprofiteure, auf das gesamtgesellschaftliche Allgemeinwohl auswirkt, da sich die Märkte nicht von alleine steuern lassen, ohne dabei ihre eigene Existenz zu gefährden.

Marko Novosel ist Redaktionsmitglied und Absolvent am Institut für Soziologie

MA Latin American Studies in Wien

Der **Interdisziplinäre Universitätslehrgang für Höhere Lateinamerika-Studien** ist der einzige seiner Art in Österreich und vereint sowohl geistes-, human- und naturwissenschaftliche Interdisziplinarität als auch Theorie und Praxis. Letztere wird durch ein mehrwöchiges Forschungspraktikum im Ausland garantiert. Vortragende und Studierende kommen von verschiedenen Disziplinen.

Der Lehrgang ist **berufsbegleitend**, dauert sechs Semester und richtet sich an alle, die berufliche Tätigkeiten in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Kommunikation, Internationale Beziehungen, Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechtsarbeit, politische Beratung, Bildung oder Tourismus anstreben. Die **Berufschancen** für AbsolventInnen ergeben sich durch den Nachweis dieser qualifizierten regionalspezifischen Ausbildung.

Die **Internationalität** des Lehrgangs zeigt sich daran, dass 25% der TeilnehmerInnen aus lateinamerikanischen und anderen Ländern stammen. Die verwendeten Sprachen sind Deutsch, Spanisch, Portugiesisch und Englisch.

Durch den modularen Aufbau in die vier Themenbereiche Politik, Kultur, Wirtschaft und Natur ist der **Einstieg zweimal im Jahr – jeweils zu Semesterbeginn im Oktober und März – möglich.**

Voraussetzungen sind ein abgeschlossenes Bakkalaureat-, Magister- oder Diplomstudium im europäischen Bildungsraum oder die erfolgreiche Absolvierung einer vergleichbaren Studienleistung außerhalb der EU.

Der Lehrgang wird seit dem WS 2007/08 von der Universität Wien in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Lateinamerika-Institut durchgeführt.

Abschluss: Master of Arts (MA) in Latin American Studies

Kosten: 750,- EUR/Semester

Kontakt: Frau Doris Rodas-Waldner

Österreichisches Lateinamerika-Institut, Schlickgasse 1, 1090 Wien

Tel. +43 (0)1 310 74 65 12, lehrgang@lai.at, Web: www.lai.at/lehrgang





WERBUNG IN EIGENER SACHE

AUFRUF ZUR MITARBEIT BEI **politix**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir, die Politix-Redaktion – die die Zeitschrift
des Instituts für Politikwissenschaft
gestaltet – suchen Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter für ebendiese Redaktion.
Unsere Redaktion hat sich in letzter Zeit
sukzessive verkleinert, so dass ein Fortbestand der
Zeitschrift erst durch neue Redaktionsmitglieder
gewährleistet werden kann.

Wir suchen

1. engagierte und gesellschafts-kritische Menschen,
sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen sowie
MitarbeiterInnen der Uni für die Politix-Redaktion.
2. Institutsangehörige: engagierte und gesellschafts-kritische
MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft, die
gerne in der Politix-Redaktion mitarbeiten wollen. Eine
„direkte und damit interne“ Anbindung an das ipw ist
essentiell für die Herausgabe einer Insitutszeitschrift.

Die Redaktionstätigkeit ist unentgeltlich und ermöglicht sowohl das Verfassen eigener
Artikel, als auch die Betreuung von Artikelanfragen.

Das Politix gibt es auch online unter:

<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen, dann schick einfach eine
Mail an politix.politikwissenschaft@univie.ac.at. Auch für Fragen aller Art.

Wir freuen uns auf Dein Interesse!

Die Politix-Redaktion

ipw